



**Fachdienst Verwaltungsmodernisierung**  
Frau Martina Pabst, Tel. 171831

# RAT

(bitte für die Ratssitzung aufbewahren)

**TOP: Stellenplan 2024/25 - 1. Ergänzung**

Beschlussvorlage Nr. 012/2024/1

Produkt: 01.09.01 Organisationsangelegenheiten u. technikunterstützte Informationsverarbeitung

Beratungsfolge	Behandlung	Sitzungstermine
Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung	öffentlich	01.03.2024
Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	18.03.2024
Rat der Stadt Lüdenscheid	öffentlich	15.04.2024

**Finanzielle Auswirkungen?**  ja  nein

investiv  konsumtiv

	einmalig	lfd. jährlich
Aufwendungen/Auszahlungen		
Folgekosten (AfA, Unterhaltung...)		
Kostenbeiträge Dritter/Zuwendungen		
Sonstige Erträge/Einzahlungen		

Bemerkung: Die finanziellen Auswirkungen werden im Begründungsteil der Vorlage dargestellt.

Haushaltsmittel ausreichend vorhanden?

ja, veranschlagt bei folgendem Konto:  nein, Deckungsvorschlag:

Produkt bzw. Auftrag/Sachkonto/Bezeichnung:

Einmalig: / /

Laufend: / /

Hinweis: Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Produkte und Produktsachkonten können diese nicht aufgeführt werden.

gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe

freiwillige Aufgabe

Grundlage: Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW)

**Beschlussumsetzung bis 30.04.2024 bzw. 31.12.2034**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Stellenplan 2024/25 wird beschlossen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung
  - a. die Durchführung der Aufgabenkritik verstärkt voranzutreiben.
  - b. in den nächsten Jahren schrittweise ein Prozessmanagement in der Verwaltung zu etablieren,
  - c. auch darauf aufbauend, die Verwaltungsorganisation so weiterzuentwickeln, dass diese umfänglich auf
    - i. eine umfassende Digitalisierung
    - ii. den Fachkräftemangel
    - iii. die neuen, vielfältigen Bedrohungsszenarien vorbereitet und ausgerichtet ist.

### Begründung:

Mit Beschlussvorlage 012/2024 sind die für die Haushaltsjahre 2024/25 vorgesehenen Änderungen des bisherigen Stellenplans eingebracht worden. Gegenüber dieser Vorlage sind zwischenzeitlich weitere Änderungen notwendig geworden. Zudem wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.02.2024 empfohlen, eine zusätzliche Stelle im Arbeitsbereich Allgemeiner Sozialer Dienst im Fachdienst 51.2 zu schaffen.

Folgende Änderungen ergeben sich:

Nr.	FD	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver-rin-ge-rung	Erhö-hung	Geplante Änderungen
45a	44	FB159549	EG 9b	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten halben Stelle Musikschullehrer/in bis zum 31.07.2026.  Die Stelle wurde zur ersten Änderung des Stellenplan 2021 zur Teilnahme am Förderprojekt Musikschuloffensive NRW geschaffen.  Die Förderung der halben Stelle durch das Land NRW wurde bis zum 31.07.2026 verlängert. Hierdurch ergibt sich in 2024 eine Förderung in Höhe von ca. 90 % (= jährlich 32.550 €).
47a	51.2	41065	S 14 TVöD	-	1,0	Aufstockung der 9,5-Stelle Sozialarbeiter/in bzw. -pädagog/-pädagogin um eine Stelle auf 10,5-Stellen.  In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2024 wurde die Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Bereich Allgemeiner Sozialer Dienst auf Basis der Beschlussvorlage 021/2024 einstimmig empfohlen.

Die Anlage „Erläuterung Stellenplanänderungen 2024/25“ wurde um die genannten Änderungen ergänzt.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen Personalkosten-Ecksätze haben die vorliegenden Änderungsvorschläge zum Stellenplan 2023 jeweils die nachfolgenden Jahres-Gesamt-Volumina.

	2024	2025	Folgejahre	2034
Brutto	2.798.950 €	3.879.076 €	2.988.300 €	2.556.950 €
Refinanzierung	53.500 €	86.050 €	86.050 €	0 €
Netto	2.745.450 €	3.793.026 €	2.902.250 €	2.556.950 €
Stellen mit HSK-Bezug (sh. oben lfd. Nr. 2)	1.362.950 €	1.719.026 €	1.397.000 €	1.133.650 €
SALDO	1.382.500 €	2.074.000 €	1.505.250 €	1.423.300 €

Der Personalrat hat die Beschlussvorlage 012/2024 in seiner Sitzung am 31.01.2024 im Rahmen der Anhörung zum Stellenplan nach § 75 Abs. 1 Nr. 1 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) zur Kenntnis genommen.

Die Beteiligung des Personalrats gemäß § 75 Abs. 1 Nr. 1 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) wurde eingeleitet.

Lüdenscheid, den 26.02.2024

In Vertretung:

*Gez. Kessler*

Fabian Kessler  
Erster Beigeordneter

Anlage:

Erläuterung Stellenplanänderungen 2024/25

**Erläuterung Änderung des Stellenplans 2024/25**  
Anlage zur Sitzungsdrucksachenummer 012/2024/1

**Bürgermeister**

**Referent des Bürgermeisters (REF)**

Keine Änderung

**Personalrat (PR) und Schwerbehindertenvertretung (SBV)**

Keine Änderung

**Fachbereich 1 – Bürgermeister**

**Stabsstelle Demografie, Sozialplanung und Bürgerbeteiligung (D/S)**

Keine Änderung

**Stabsstelle Datenschutz (DSB)**

Keine Änderung

**Gleichstellungsbeauftragte (GB)**

Keine Änderung

**Stabsstelle Regionale Büro (RB)**

Keine Änderung

**Fachdienst Rat- und Bürgermeister (10)**

Keine Änderung

## Fachdienst Personal (11)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
1	115916	EG 9a TVöD	1,0	-	Streichung der Poolstelle nach EG 9a TVöD zur Kompensation der Planstelle Sachbearbeitung Standesamt, sh. lfd. Nr. 27._  Sh. Pos. 2 der BV - HSK-Maßnahme Nr. 18.
2	Neu (0,5)	EG 6 TVöD	-	0,5	Neuschaffung einer halben Planstelle Sachbearbeitung im Bereich Ausbildung nach EG 6 TVöD zur Sicherstellung des Recruitings und der laufenden Betreuung der Ausbildungskräfte.  Sh. Pos. 4 der BV.
3	Neu (0,5)	A 9 LBesG	-	0,5	Neuschaffung einer halben Planstelle Koordination Arbeitsschutz und betriebliches Gesundheitsmanagement nach A 9 LBesG zur Sicherstellung des Arbeitsschutzes.  Sh. Pos. 4 der BV.
4	Neu	A 12 LBesG	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Abteilungsleitung Personalwirtschaft nach A 12 LBesG als notwendige Ressource zur Abteilungsbildung.  Die Bildung einer Abteilung ist organisatorisch notwendig, um eine angemessene Leitungsspanne im Fachdienst sicherzustellen.  Sh. Pos. 5 der BV.
5	Neu	A 10 LBesG	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Personalsachbearbeitung Tarifbeschäftigte nach A 10 LBesG zur Sicherstellung der laufenden Personalverwaltung. Die zusätzliche Stelle ist aufgrund der gestiegenen Anzahl sowie einer erhöhten Fluktuationsrate der Beschäftigten erforderlich.  Sh. Pos. 4 der BV.
6	Neu	EG 11 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Abteilungsleitung Personalabrechnung nach EG 11 TVöD als notwendige Ressource zur Abteilungsbildung.  Die Bildung einer Abteilung ist organisatorisch notwendig, um eine angemessene Leitungsspanne im Fachdienst sicherzustellen.  Sh. Pos. 5 der BV.
7	Neu (0,5)	EG 9a TVöD	-	0,5	Neuschaffung einer halben Planstelle Personalabrechnung nach EG 9a TVöD. Die zusätzliche Stelle ist aufgrund der gestiegenen Anzahl sowie einer erhöhten Fluktuationsrate der Beschäftigten erforderlich.  Sh. Pos. 4 der BV.
8	Neu (0,5)	EG 6 TVöD	-	0,5	Neuschaffung einer halben Planstelle Sachbearbeitung nach EG 6 TVöD, um die zeitintensive Bearbeitung der elektronischen AU-Meldungen entsprechend der gesetzlichen Regelungen sicherzustellen.  Sh. Pos. 4 der BV.

## Örtliche Rechnungsprüfung (14)

Keine Änderungen

## Fachdienst Kultur, Museum, Galerie und Archiv (41)

Keine Änderung

## Fachdienst Stadtbücherei (42)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver-ringerung	Erhö-hung	Geplante Änderungen
9	BNeu (0,5)	EG 9c TVöD	-	0,5	Neuschaffung einer halben bis zum 31.12.2026 befristeten Planstelle nach EG 9c TVöD zur Digitalisierung und vermehrten Bereitstellung von digitalen Angeboten.  Sh. Pos. 2 der BV - HSK-Maßnahme Nr. 23.

## Fachdienst Kulturhaus (46)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver-ringerung	Erhö-hung	Geplante Änderungen
10	B133328	EG 9a TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle im Verwaltungsbereich bis zum 31.12.2025, da die Stelle zur Wahrnehmung von laufenden Verwaltungstätigkeiten u.a. in den Arbeitsbereichen Rechnungswesen und Sitzungsdienst weiterhin benötigt wird.  Sh. Pos. 3 der BV.

## Fachdienst Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften (80)

Keine Änderung

## Fachbereich 2 – Zentrale Dienste

### Stabsstelle Fördermanagement (FM)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver-ringerung	Erhö-hung	Geplante Änderungen
11	Neu	A 11 LBesG	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Sachbearbeitung Fördermanagement nach A 11 LBesG zur Stärkung der Fördermittelakquise.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 8.

## Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen (20)

Keine Änderung

## Fachdienst Finanzbuchhaltung (21)

Keine Änderung

## Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
12	B162820	EG 9a TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Wohnungsverwaltung bis zum 31.12.2025.  Sh. Pos.1 der BV.
13	Neu	EG 13 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Projektbüro nach EG 13 TVöD zur beschleunigten Abwicklung von Neubauprojekten (Großprojekte).  Sh. Pos. 2 und 7 der BV – HSK-Maßnahme 11.
14	Neu	EG 12 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Ingenieursstelle nach EG 12 TVöD zur beschleunigten Abwicklung von Neubauprojekten (Projekt Grundschule Lösenbach).  Sh. Pos. 2 und 7 der BV – HSK-Maßnahme 11.
15	Neu (2,0)	EG 12 TVöD	-	2,0	Neuschaffung von zwei Ingenieursstellen nach EG 12 TVöD zur beschleunigten Abwicklung von Neubauprojekten (OGS-Ausbau).  Sh. Pos. 2 und 7 der BV – HSK-Maßnahme 11.
16	Neu	EG 12 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Ingenieursstelle im Bereich Architektur nach EG 12 TVöD zur Reduzierung von Miet- und Energiekosten durch Büroflächenmanagement.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 6.
17	Neu	A 13 LBesG	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Sachbearbeitung Zentraler Vergabeservice zur Beratung und Begleitung der Vergabeverfahren im Baubereich der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW).  Mit einer weiteren Stelle im Bereich des Vergabewesens soll gleichzeitig dem abzusehenden Ausscheiden eines von insgesamt zwei dort tätigen Beschäftigten durch Wissenstransfer begegnet und andererseits in eine Prüfung eingestiegen werden, ob diese sehr spezielle Rechtsmaterie, die durch sehr wenige Personen abgebildet wird, zukünftig weiterhin alleine wahrgenommen oder durch Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) sichergestellt werden soll. Zur Kompensation wird an der Stelle 22406 ein kw-Vermerk angebracht (sh. lfd. Nr. 18).  Sh. Pos. 4 der BV.
18	22406	A 13 LBesG	-	-	Anbringung eines kw-Vermerks an der Planstelle zur Kompensation der Stelle Sachbearbeitung Zentraler Vergabeservice (sh. lfd. Nr. 17). __  Sh. Pos. 8 der BV.

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver-ringerung	Erhö-hung	Geplante Änderungen
19	BNeu	EG 5 TVöD	-	1,0	Neuschaffung von zwei halben bis zum 31.12.2029 befristeten Planstellen für studentische Hilfskräfte.  Diese Stelle dient der Akquirierung von Personal im Ingenieursbereich durch frühzeitige Bindung von Studierenden.  Sh. Pos. 4 der BV.

### Fachbereich 3 – Bürgerservice/Soziale Hilfen

#### Stabsstelle Kritische Infrastruktur und Bevölkerungsschutz (KIB)

Keine Änderung

#### Stabsstelle Veranstaltungsmanagement (VM)

Keine Änderung

### Fachdienst Verwaltungsmodernisierung (15)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver-ringerung	Erhö-hung	Geplante Änderungen
20	B163200	EG 11 TVöD	-	-	Entfristung der bis zum 31.08.2025 befristeten Planstelle IT-Administration mit dem Schwerpunkt IT-Sicherheit. Angesichts der gestiegenen Anforderungen an die IT-Sicherheit wird die Stelle dauerhaft benötigt.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 10.
21	Neu (2,0)	A 12 LBesG	-	2,0	Neuschaffung von zwei Planstellen im Organisationsbereich Schwerpunkt Prozessmanagement nach A 12 LBesG zur schrittweisen Einführung eines Prozessmanagements als Grundlage für eine strategische Digitalisierung und zukunftsfähige Ausrichtung der Verwaltung.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 10.
22	Neu	A 12 LBesG	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle im Organisationsbereich Schwerpunkt Stellenplan und Geschäftsverteilung nach A 12 LBesG zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme 10.
23	Neu	EG 13 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Abteilungsleitung Technik nach EG 13 TVöD als notwendige Ressource zur Abteilungsbildung.  Die Bildung einer Abteilung ist organisatorisch notwendig, um eine angemessene Leitungsspanne im Fachdienst sicherzustellen.  Sh. Pos. 2 und 5 der BV – HSK-Maßnahme 10.

### Fachdienst Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung (32)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
24	Neu	EG 9a TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Sachbearbeitung Zentrale Bußgeldstelle nach EG 9a TVöD zur Zentralisierung der verwaltungsweiten Bußgeldbearbeitung.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 4

### Fachdienst Bürgeramt (33)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
25	Neu	A 10 LBesG	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Sachbearbeitung Einbürgerung nach A 10 LBesG zur Bewältigung der erhöhten Zahl der Einbürgerungen.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 15.
26	20947	EG 8 TVöD	-	-	Streichung des kw-Vermerks an der halben Planstelle Sachbearbeitung Servicebereich bei gleichzeitiger Befristung bis zum 31.12.2027.  Die Fallzahlen-Entwicklung im Bereich des Bürgeramtes war fallend prognostiziert, was zur Anbringung eines kw-Vermerks geführt hat. Aktuell ist die Entwicklung der Fallzahlen allerdings wieder steigend. Der kw-Vermerk soll daher zugunsten einer Befristung gestrichen werden, um die weitere Entwicklung der Fallzahlen abzuwarten.  Sh. Pos. 4 der BV.

### Fachdienst Standesamt (34)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
27	Neu	EG 9a TVöD	-	2,0	Neuschaffung von zwei Planstellen Sachbearbeitung Standesamt nach EG 9a TVöD zur Digitalisierung der Personenstandsbücher.  Eine Stelle wird kompensiert durch die Streichung der Pool-Stelle 11-115916. Sh. lfd. Nr. 1  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 18.
28	B081576	EG 9a TVöD	-	-	Entfristung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Sachbearbeitung Standesamt zur Digitalisierung der Personenstandsbücher.  Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 18

### Fachdienst Feuer- und Rettungswache (37)

Keine Änderung

**Fachdienst Soziale Hilfen, Integration und Wohnungswesen (50)****- Organisatorisch noch nicht umgesetzt -**

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
29	Neu	A 14 LBesG	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Fachdienstleitung Soziale Hilfen, Integration und Wohnungswesen (FD 50) nach A 14 LBesG als notwendige Ressource zur Bildung des FD 50. In den beiden Fachdiensten des Sozialamtes 50.1 und 50.2 ist eine organisatorische Anpassung zur Herstellung einer angemessenen Leitungsspanne erforderlich. Dieser Notwendigkeit sowie den sich ständig steigenden Anforderungen an konzeptionelle Neuerungen und Nachsteuerungen in diesem Bereich soll mit der Bildung eines gemeinsamen Fachdienstes begegnet werden.  Sh. Pos. 5 der BV.

**Fachdienst Soziale Leistungen (50.1)**

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
30	B162915	A 10 LBesG	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Sachbearbeitung Asyl bis zum 31.12.2025.  Sh. Pos. 1 der BV.
31	B162916	A 10 LBesG	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Sachbearbeitung Asyl bis zum 31.12.2025.  Sh. Pos. 1 der BV.

**Fachdienst Sonstige soziale Dienste und Verwaltung (50.2)**

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
32	B162798	S 12 TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Sozialarbeiter/in bis zum 31.12.2025.  Sh. Pos. 1 der BV.
33	B162799	S 12 TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Sozialarbeiter/in bis zum 31.12.2025.  Sh. Pos. 1 der BV.
34	B162800	EG 9a TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Außendienst bis zum 31.12.2025.  Sh. Pos. 1 der BV.
35	B162803	EG 3 TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Hauswart/in bis zum 31.12.2025.  Sh. Pos. 1 der BV.

## Fachbereich 4 – Planen und Bauen

### Fachdienst Bauservice (60)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
36	B148186	A 10 LBesG	-	-	<p>Entfristung der bis zum 08.04.2024 befristeten Planstelle Sachbearbeitung Breitbandausbau.</p> <p>Die Planstelle wird weiterhin für Aufgaben im Zusammenhang mit der Fortsetzung des Breitbandausbaus benötigt. Im Bereich Breitbandausbau ergibt sich im Zuge von zunehmenden Leitungsgenehmigungen ein deutlich erhöhter Arbeitsanfall im Bereich verkehrsrechtlicher Anordnungen für Straßenbaustellen sowie ein erhöhter Koordinations- und Prüfaufwand durch die Sperrung der BAB 45.</p> <p>Sh. Pos. 6 der BV.</p>

### Fachdienst Bauleitplanung und Städtebau (61)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
37	B116001	EG 12 TVöD	-	-	<p>Verlängerung der bis zum 20.06.2025 befristeten Planstelle bis zum 31.12.2025, da die Stelle für die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Altstadt weiterhin benötigt wird.</p> <p>Sh. Pos. 3 der BV.</p>
38	21148	EG 12 TVöD	-	-	<p>Streichung des kw-Vermerks (HSK-Maßnahme 171) an der Ingenieursstelle, da diese weiterhin für die fachliche Erarbeitung und Aufstellung von städtischen Bauleitplänen benötigt wird.</p> <p>Gem. Ratsbeschluss vom 30.09.2019 (BV 175/2019/1) wurde die Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz beschlossen. Die darin enthaltenen baulichen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgeanpassung beziehen sich auch auf Aufgaben der Bauleitplanung.</p> <p>Sh. Pos. 4 der BV.</p>

### Fachdienst Geoinformation und Grundstückswertermittlung (62)

Keine Änderung

### Fachdienst Bauordnung (63)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
39	BNeu	A 11 LBesG	-	1,0	<p>Neuschaffung einer bis zum 31.12.2029 befristeten Planstelle Digitalisierung des Bauaktenarchivs nach A 11 LBesG. Hierdurch ergibt sich auch eine Reduzierung von Raum- und Personalkosten.</p> <p>Sh. Pos. 2 der BV – HSK-Maßnahme Nr. 34.</p>

## Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung (66)

Keine Änderung

## Fachbereich 5 – Jugend, Bildung, Sport –

### Stabsstelle Jugendhilfe- und Bildungsplanung (51)

Keine Änderung

### Fachdienst Schule und Sport (40)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
40	Neu	A 10 LBesG	-	1,0	Neuschaffung von folgenden Stellen für die Bereiche Schule und Sport:
41	Neu	A 10 LBesG	-	1,0	<ul style="list-style-type: none"><li>• 1,0 VZÄ für den Bereich Sport zur Wahrnehmung konzeptioneller Aufgaben nach A 10 LBesG</li><li>• 1,0 VZÄ für den Bereich Schulen zur Wahrnehmung konzeptioneller Aufgaben nach A 10 LBesG</li><li>• 0,5 VZÄ für den Bereich Schulen zur Wahrnehmung von Verwaltungstätigkeiten nach EG 9a TVöD</li></ul>
42	Neu	EG 9a TVöD	-	0,5	als notwendige Ressourcen zur Aufgabenerledigung. Der zusätzliche Stellenbedarf ergibt sich aus dem Zwischenergebnis einer aktuell laufenden Organisationsuntersuchung in diesem Bereich.  Sh. Pos. 5 der BV.
43	FB159548	EG 9a	-	-	Entfristung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle IT-Administration für die Schulen.  Die Stelle wird im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Schulen für den 1st-Level-Support vor Ort in den Schulen dauerhaft benötigt.  Sh. Pos. 4 der BV.
44	Neu	EG 5 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Stelle Schulsekretariat nach EG 5 TVöD, da die vorhandenen Stellen für die Wahrnehmung der Aufgaben in den Schulsekretariaten nicht mehr ausreichen.  Sh. Pos. 4 der BV.

### Fachdienst Volkshochschule (43)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
45	BNeu (0,5)	EG 9c TVöD	-	0,5	Neuschaffung einer halben bis zum 31.12.2026 befristeten Planstelle Medienpädagogik nach EG 9c TVöD zur Digitalisierung und vermehrten Bereitstellung von digitalen Angeboten.  Sh. Pos. 2 der BV – Sh. HSK-Maßnahme Nr. 23.

### Fachdienst Musikschule (44)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver- ringe- rung	Erhö- hung	Geplante Änderungen
45 a	FB159549	EG 9b TVöD	-	-	<p>Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten halben Stelle Musikschullehrer/in bis zum 31.07.2026.</p> <p>Die Stelle wurde zur ersten Änderung des Stellenplan 2021 zur Teilnahme am Förderprojekt Musikschuloffensive NRW geschaffen.</p> <p>Die Förderung der halben Stelle durch das Land NRW wurde bis zum 31.07.2026 verlängert. Hierdurch ergibt sich in 2024 eine Förderung in Höhe von ca. 90 % (= jährlich 32.550 €).</p>

### Fachdienst Jugendamt – Verwaltung (51.0)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver- ringe- rung	Erhö- hung	Geplante Änderungen
46	123421	A 11 LBesG	-	-	<p>Anhebung der Planstelle Sachbearbeitung Wirtschaftliche Jugendhilfe von A 10 LBesG nach A 11 LBesG nach Neubewertung.</p> <p>Sh. Pos. 8 der BV.</p>

### Fachdienst Jugendamt – Unterhalt (51.1)

Keine Änderung

### Fachdienst Jugendamt – Allgemeiner Sozialer Dienst (51.2)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver- ringe- rung	Erhö- hung	Geplante Änderungen
47	FBNeu	EG 4 TVöD	-	1,0	<p>Neuschaffung einer bis zum 31.12.2029 befristeten Planstelle Studentische Hilfskraft nach EG 4 TVöD.</p> <p>Diese Stelle dient der Akquirierung von Personal im Bereich Soziale Arbeit durch frühzeitige Bindung von Studierenden. Die Planstelle wird zu 100 % refinanziert.</p> <p>Sh. Pos. 4 der BV.</p>
47 a	41065	S 14 TVöD	-	1,0	<p>Aufstockung der 9,5-Stelle Sozialarbeiter/in bzw. -pädagog/-pädagogin um eine Stelle auf 10,5-Stellen.</p> <p>In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2024 wurde die Schaffung der zusätzlichen Stelle im Bereich Allgemeiner Sozialer Dienst auf Basis der Beschlussvorlage 021/2024 einstimmig empfohlen.</p>

### Fachdienst Jugendamt – Kinder- und Jugendförderung (51.3)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
48	B121663	S 8a TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Erzieher/in bis zum 31.12.2025, da diese weiterhin zur Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich Integration von Kindern mit Fluchthintergrund benötigt wird.  Sh. Pos. 1 der BV.

### Fachdienst Jugendamt – Kindertageseinrichtungen (51.4)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
49	Neu	EG 9b TVöD	-	0,5	Neuschaffung einer halben Planstelle nach EG 9b TVöD für notwendige fachliche Absprachen mit der ZGW zur Koordination von Bauprojekten.  Sh. Pos. 7 der BV.

### Fachdienst Jugendamt – Beratungsstelle (51.5)

Keine Änderung

## Fachdienst Jugendamt – Besondere Dienste (51.6)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Verringerung	Erhöhung	Geplante Änderungen
50	B154155	S 12 TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten Planstelle Kindertagespflege bis zum 31.12.2025, da die Stelle weiterhin aufgrund von defizitären Kinderbetreuungsangeboten sowie Veränderungen im Rahmen der SGB-VIII-Reform benötigt wird.  Sh. Pos. 3 der BV.
51	B103670	S 14 TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten halben Planstelle Vormundschaften bis zum 31.12.2025, da sich durch gesetzliche Veränderungen eine deutliche Aufgabenerweiterung ergibt und die gesetzliche Fallobergrenze von 50 Vormundschaften pro Vollzeitstelle nicht überschritten werden darf.  Sh. Pos. 1 der BV.
52	B168621	S 14 TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten 0,25-Planstelle bis zum 31.12.2025, da die Planstelle aufgrund der anhaltenden Zunahme an Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge weiterhin zur Erfüllung der Pflichtaufgabe Vormundschaften nach dem SGB VIII benötigt wird.  Sh. Pos. 1 der BV.
53	Neu	S 12 TVöD	-	0,5	Neuschaffung einer halben Planstelle Sachbearbeitung Pflegekinderdienst nach S 12 TVöD, um die Pflichtaufgabe Pflegekinderdienst nach dem SGB VIII erfüllen zu können. Dem steigenden Bedarf an Pflegeeltern und der nachlassenden Bereitschaft bzw. Fähigkeit, sich hierfür zur Verfügung zu stellen, soll mit einer Verstärkung des Pflegekinderdienstes begegnet werden.  Sh. Pos. 4 der BV.
54	Neu	S 17 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Koordination Pflegekinderdienst nach S 17 TVöD, um die Pflichtaufgabe Pflegekinderdienst nach dem SGB VIII erfüllen zu können. Dem steigenden Bedarf an Pflegeeltern und der nachlassenden Bereitschaft bzw. Fähigkeit, sich hierfür zur Verfügung zu stellen, soll mit einer Verstärkung des Pflegekinderdienstes begegnet werden.  Sh. Pos. 4 der BV.

## Fachbereich 6 – Umwelt und Klima –

### Fachdienst Klima- und Umweltschutz, Grünflächenplanung (67)

Nr.	Stellenplannummer	Entgelt-/Besoldungsgruppe	Ver-ringerung	Erhö-hung	Geplante Änderungen
55	Neu	EG 8 TVöD	-	1,0	Neuschaffung einer Planstelle Sachbearbeitung Baumkontrollen nach EG 8 TVöD, um den kontinuierlich steigenden Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht im Bereich Forsten nachkommen zu können.  Sh. Pos. 4 der BV.
56	B123396	EG 6 TVöD	-	-	Verlängerung der bis zum 31.12.2024 befristeten 0,26-Planstelle Verwaltungsangelegenheiten bis zum 31.12.2025, da die Stelle weiterhin zur Abrechnung der an den STL vergebenen Dienstleistungsaufträge benötigt wird.  Sh. Pos. 3 der BV.

### Finanzielle Auswirkungen

Auf der Grundlage der vorstehend genannten finanzwirksamen Stellenplananträge ergeben sich folgende finanzielle Auswirkungen (Jahresbeträge):

<u>Vorgeschlagene Maßnahme</u>	<u>Finanzielle Auswirkungen</u>
Aufhebung von Planstellen	-70.600 €
Neuschaffung von Planstellen	+2.729.050 €
Anhebung von Planstellen	6.700 €
Abwertung von Planstellen	0 €
Umwandlung von Planstellen	0 €
Anbringung von ku-Vermerken	0 €
Anbringung und Aufhebung von kw-Vermerken	+133.800 €
Realisierung von kw-Vermerken	0 €
<b>Zwischensumme:</b>	<b>2.798.950 €</b>
Auswirkungen gemäß Stellenplanbereinigungen	-53.500 € *)
<b>Gesamt</b>	<b>+2.745.450 €</b>

\*) Der Betrag wird zu 100 % refinanziert.

# Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid für das Berichtsjahr 2022



Stadt  
Lüdenscheid

## **Vorwort zum Beteiligungsbericht**

Der Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid gibt Ratsmitgliedern, Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit, sich über die Gesellschaften zu informieren, an denen die Stadt Lüdenscheid beteiligt ist.

Die Stadt Lüdenscheid ist an Gesellschaften der Branchen Energie, Versorgung, Wohnungsbau, Verkehr, Wirtschaftsförderung sowie Altenpflege beteiligt. Außerdem betreibt die Stadt eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, die vor allem der Entsorgung im Abfallbereich dient. Die Anstalt des öffentlichen Rechts ist für die Abwasserbeseitigung zuständig.

Der Beteiligungsbericht wird nach § 117 GO NRW und § 53 KomHVO NRW erstellt und enthält Angaben über:

- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
- eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
- Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Ebenfalls ist dem Beteiligungsbericht eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beigefügt. Entsprechend der geltenden gesetzlichen Vorschriften liegen alle Beteiligungen im öffentlichen Interesse. Sie dienen der Daseinsvorsorge und demnach der Erledigung von städtischen Aufgaben.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Beteiligungsbericht Berichtsjahr 2022 .....</b>	<b>6</b>
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes .....	6
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes .....	7
<b>3</b>	<b>Das Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid .....</b>	<b>8</b>
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio.....	11
3.2	Beteiligungsstruktur .....	11
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen .....	14
3.4	Einzelarstellung .....	18
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2022 .....	18
3.4.1.1	Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH.....	19
3.4.1.2	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH.....	28
3.4.1.3	Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid .....	37
3.4.1.4	Lüdenscheider Wohnstätten AG .....	56
3.4.1.5	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR- .....	69
3.4.1.6	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH.....	87
3.4.1.7	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH .....	95
3.4.1.8	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH .....	104
3.4.1.9	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG .....	111
3.4.1.10	Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH .....	130
3.4.1.11	Kunststiftung Lüdenscheid (nachrichtlich).....	144
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2022.....	146
3.4.2.1	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH.....	146
<b>4</b>	<b>Organisation der Beteiligungsverwaltung .....</b>	<b>159</b>
<b>5</b>	<b>Public Corporate Governance Kodex .....</b>	<b>160</b>

## **1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen**

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen

Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

## **2 Beteiligungsbericht Berichtsjahr 2022**

### **2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes**

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat der Stadt Lüdenscheid gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat am 25.09.2022 für das Jahr 2022 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Lüdenscheid gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

## **2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes**

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Lüdenscheid. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Lüdenscheid, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Lüdenscheid durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Lüdenscheid durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Lüdenscheid insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Lüdenscheid. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Lüdenscheid die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Lüdenscheid unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2023 festgestellten Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2022. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2022 aus. Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen des Geschäftsjahres in Höhe von über 10 T€ der Beteiligungsunternehmen zur Stadt Lüdenscheid und untereinander wurden bei den Gesellschaften erfragt. Die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Lüdenscheid, der SELH AöR und dem STL wurden den jeweils mit der Stadt Lüdenscheid abgestimmten Saldenabgleichen entnommen.

### **3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid**

Die Darstellung des Beteiligungsberichts 2022 erfolgt auf der Grundlage des Musters für den Beteiligungsbericht (Anlage 32 zur „VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW“), das am 13.04.2021 im Ministerialblatt veröffentlicht wurde.

Dargestellt werden die Beteiligungsunternehmen, an denen die Stadt Lüdenscheid unmittelbar mit mehr als 20 % beteiligt ist. Zudem wird über die als wesentlich anzusehende mittelbare Beteiligung „Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH“ berichtet.

Zu den ausgewählten Daten im Einzelnen:

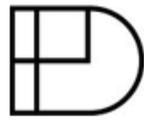
- Die ausgewählten Unternehmensdaten beziehen sich auf den Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2022.
- Der Gegenstand der Unternehmen wird aus den Jahresabschlüssen 2022 der Gesellschaften übernommen.
- Der Geschäftsverlauf der Unternehmen für das Jahr 2022 orientiert sich an den Lageberichten der Gesellschaften.
- Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane erfolgen unterjährig für das Kalenderjahr 2022.
- Die Entwicklungen der Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnungen und die Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen werden im Zweijahresvergleich abgebildet.
- Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungsunternehmen des Geschäftsjahres zur Stadt Lüdenscheid und untereinander werden dargestellt.

Als Hinweis ist hinzuzufügen, dass aufgrund der Komprimierung des Zahlenmaterials und der Verwendung von Formeln die Beträge Rundungsdifferenzen aufweisen können.

**Tabellarische Darstellung der Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid  
Stand: 31.12.2022**

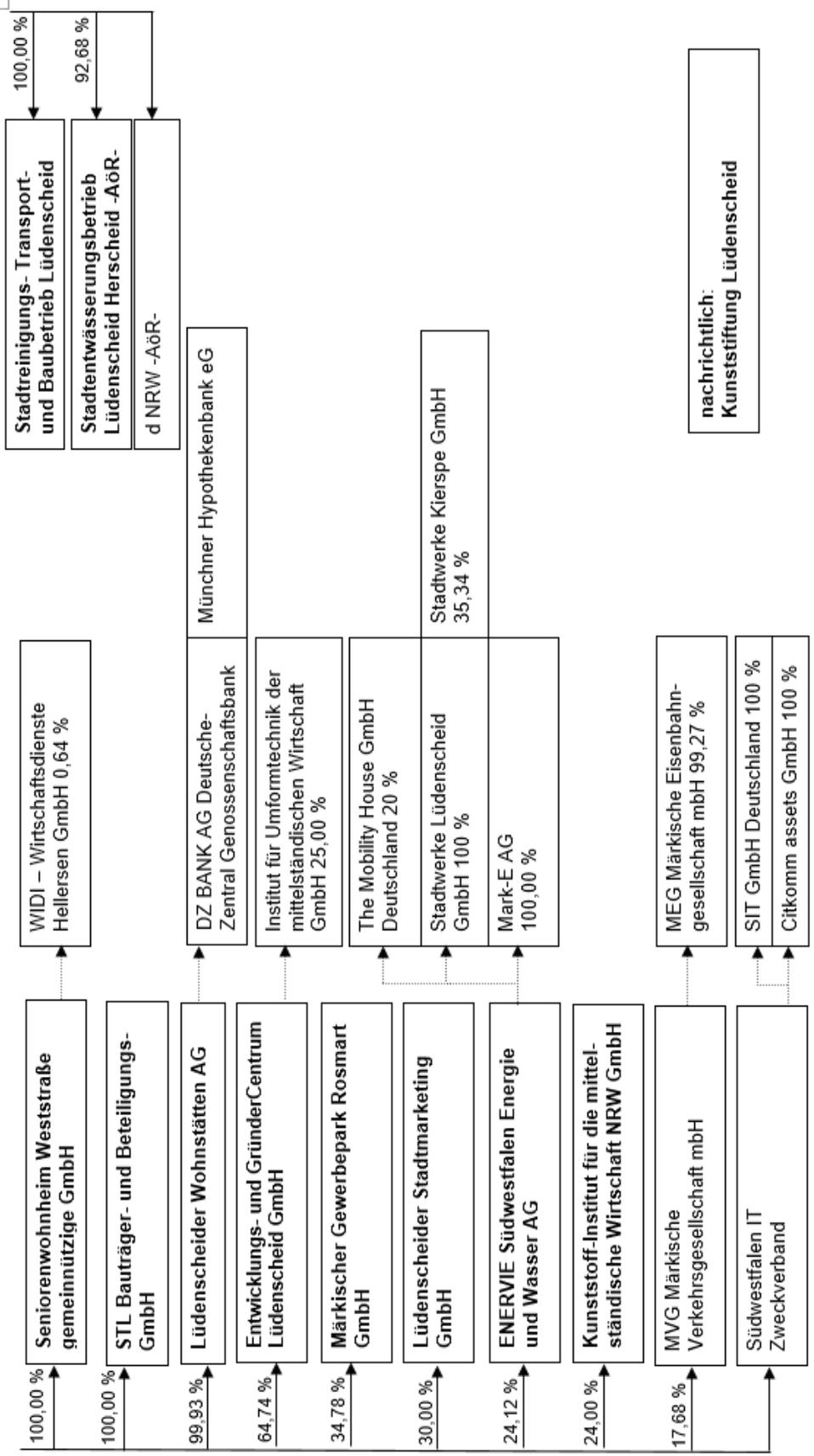
<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>über</u> 50 %</b>	<b>Stammkapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stammkapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stammkapital %</b>
- Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH	255.645,94	255.645,94	100,00
- STL Bauträger- und Beteiligungs- GmbH	511.291,88	511.291,88	100,00
- Lüdenscheider Wohnstätten AG	8.819.784,96	8.813.611,11	99,93
- Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	556.850,00	360.500,00	64,74
<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>unter</u> 50 %</b>			
- Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	207.000,00	72.000,00	34,78
- Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	100.000,00	30.000,00	30,00
- ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	114.900.000,00	27.718.192,00	24,12
- Kunststoff-Institut für die mittel- ständische Wirtschaft NRW GmbH	450.000,00	108.000,00	24,00
- MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH	5.410.551,00	956.372,00	17,68
<b>Eigenbetriebsähnliche Einrichtung</b>			
- Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid	1.942.909,15	1.942.909,15	100,00
<b>Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts</b>			
- Stadtentwässerungsbetrieb Lüden- scheid Herscheid -AöR-	21.580.000,00	20.000.000,00	92,68
- d-NRW -AöR-	1.368.000,00	1.000,00	**0,07
**laufende Änderungen durch Beitritte weiterer Kreise und Städte			
	<b>Stiftungskapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stiftungskapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stiftungskapital %</b>
<b>nachrichtlich:</b>			
- Kunststiftung Lüdenscheid	1.021.359,15	100.000,00	9,79

Stand: 31.12.2022



# Stadt Lüdenscheid

→ unmittelbare Beteiligungen  
 ..... mittelbare Beteiligungen



### 3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr Berichtsjahr 2022 hat es Änderungen im Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid gegeben.

Die SEW Beteiligungs Verwaltungs GmbH und die SEW Beteiligungs GmbH & Co. KG sind zum 01.01.2022 auf die ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG verschmolzen.

### 3.2 Beteiligungsstruktur

Tabelle 1:

Übersicht der Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2022	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	%	
1	Seniorenwohnheim Weststraße GmbH	256	256	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	581			
zu 1	WIDI – Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH	1.634	11	0,64	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019, Jahresergebnis 2020 bis 2022 liegen nicht vor	608			
2	STL GmbH	511	511	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	212			
3	Stadtreinigungs- Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid	1.943	1.943	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	528			
4	Lüdenscheider Wohnstätten AG	8.820	8.814	99,93	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	1.363			
zu 4 4.1	DZ BANK AG Deutsche-Zentral Genossenschaftsbank	4.926	4	Anteil aufgrund der minimalen Beteiligung nicht darstellbar	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	380.000			
4.2	Münchener Hypothekenbank eG	1.272.003	0,07	Anteil aufgrund der minimalen Beteiligung nicht darstellbar	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	68.086			
5	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR-	21.580	20.000	92,68	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	5.189			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2022	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
			T€	T€	
<b>6</b>	Entwicklungs- und Gründer-Centrum Lüdenscheid GmbH	557	361	64,74	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-36			
<b>zu 6</b>	Institut für Umformtechnik der mittelständischen Wirtschaft GmbH	205	51	25,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	-73,2			
<b>7</b>	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	207	72	34,78	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-391			
<b>8</b>	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	100	30	30,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-9			
<b>9</b>	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	114.900	27.718	24,12	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	37			
<b>zu 9</b> <b>9.1</b>	The Mobility House GmbH Deutschland	200.000	40.000	20,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	20			
<b>9.2</b>	Stadtwerke Lüdenscheid GmbH	27.666	26.357	100,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	4.820			
<b>9.3</b>	Mark-E AG	66.470	59.823	90,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	48			
<b>9.4</b>	Stadtwerke Kierspe GmbH	5.665	1.583	35,34	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	878			
<b>10</b>	Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH	450	108	24,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-188			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2022	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	%	
11	Zweckverband Südwestfalen IT	Kein Stammkapital, da Zweckverband	Nicht darstellbar, da kein Stammkapital	Nicht darstellbar, da kein Stammkapital	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	35			
11 zu 11.1	Südwestfalen – IT (SIT GmbH)	250	s.o	s.o.	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	761			
11.2	Citkomm assets GmbH	35	s.o	s.o	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	-2,5			
12	Kunststiftung Lüdenscheid	1.021	100	9,79	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	3			
13	MVG Märkische Verkehrsgesellschaft mbH	5.411	956	17,68	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	0			
13 zu 13.1	MEG Märkische Eisenbahngesellschaft mbH	1.150	1.142	99,27	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	400			
14	d NRW -AöR-	1.368	1	0,07	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	0			

### 3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tabelle 2: Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt Lüdenscheid (in T€)

	unmittelbare Beteiligungen										mittelbare Beteiligung		
	Stadt Lüdenscheid	Seniorenwohnhelm	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Kunststiftung	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH
<b>Stadt Lüdenscheid</b>													
Forderungen	0	43.246	0	1.605.516	187.490	0	0	0	unter 10 T€	8.430.000	0	0	0
Verbindlichkeiten	0	587.320	0	0	4.294.427	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0
Erträge aus Gewinnabführung	208.956	1.212.295	42.145	1.377.889	3.797.004	12.995	104.167	0	0	3.553.736	unter 10 T€	0	63.752
Aufwendungen	155.000		20.000	450.000	3.672.505					3.377.325			
	0	25.114.858	0	398.811	2.330.410	85.009	0	145.000	0	534.456	0	0	85.987
<b>Seniorenwohnhelm</b>													
Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten	0	unter 10 T€	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0	0
Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aufwendungen	208.956	unter 10 T€	0	0	51.552	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Zuwendung	155.000												
<b>STL</b>													
Forderungen	587.320	unter 10 T€	68.476	unter 10 T€	unter 10 T€	unter 10 T€	unter 10 T€	0	34.115	0	0	0	unter 10 T€
Verbindlichkeiten	43.246	0	unter 10 T€	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0	0
Erträge	25.114.858	unter 10 T€	68.476	unter 10 T€	58.613	unter 10 T€	0	139.826	0	unter 10 T€	0	0	unter 10 T€
Aufwendungen	1.212.295	0	804.939	0	482.414	unter 10 T€	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0
<b>STL GmbH</b>													
Forderungen	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten	0	0	68.476	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erträge	0	0	804.939	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aufwendungen davon Gewinnabführung	42.145	0	68.476	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	20.000												

unmittelbare Beteiligungen											mittelbare Beteiligung		
	Stadt Lüdenscheid	Seniorenwohnhelm	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Kunststiftung	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH
LüWo	Forderungen	0	0	0		16.332	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	1.605.516	unter 10 T€	0		0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	398.811	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen davon Gewinnabführung	1.827.889	0	unter 10 T€	0	538.169	0	0	0	0	0	0	0
SELH	Forderungen	4.291.427	unter 10 T€	0	0		0	0	0	0	0	0	15.191
	Verbindlichkeiten	187.490	0	unter 10 T€	163.332	0	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0
	Erträge	2.330.410	51.552	482.414	538.169	16.889	0	0	0	0	0	0	147.443
	Aufwendungen davon Gewinnabführung	3.797.004	0	58.613	0	0	0	0	0	0	0	0	0
EGC	Forderungen	0	0	0	0	0					unter 10 T€	0	0
	Verbindlichkeiten	279.884	0	unter 10 T€	0	0					0	0	0
	Erträge	85.009	0	0	0	0					149.973	0	0
	Aufwendungen	12.995	0	unter 10 T€	0	16.889					unter 10 T€	0	0
MGR	Forderungen	0	0	0	0	0					0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0					0	0	0
	Erträge	0	0	0	0	0					0	0	0
	Aufwendungen	104.166	0	0	0	0					0	0	0

unmittelbare Beteiligungen												mittelbare Beteiligung			
												Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH			
	Stadt Lüdenscheid	Seniorenwohneheim	STL	STL GmbH	LuWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Kunststiftung			
LSM	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	unter 10 T€	34.115	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	145.000	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	0	0	139.826	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ENERVIE	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19.903
	Verbindlichkeiten	8.430.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	unter 10 T€
	Erträge	534.456	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen davon Gewinnabführung	3.563.736 3.377.325	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	unter 10 T€
KIMW	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	unter 10 T€	0	unter 10 T€	0	0	0	149.973	0	0	0	0	0	0	0
Kunststiftung	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

	unmittelbare Beteiligungen											mittelbare Beteiligung Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH			
	Stadt Lüdenscheid	Senioren- wohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW		Kunststiftung		
Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten	0	0	unter 10 T€	0	0	15.191	0	0	0	19.903	0	0	0	0	0
Erträge	85.987	0	0	0	0	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0
Aufwendungen	63.753	0	unter 10 T€	0	0	147.443	0	0	0	0	0	0	0	0	0

In dieser und den nachfolgenden Tabellen wird die Gewinnabführung der Unternehmen als Aufwand ausgewiesen, da im verbindlichen Muster für den Beteiligungsbereich gem. § 133 Abs.2 Nr. 6 GO NRW keine separate Position dafür vorhanden ist. Daher werden die Gewinnabführungen in der zuvor abgebildeten Tabelle unter der Position Aufwendungen und Erträge (bei der Stadt Lüdenscheid) extra ausgewiesen.

## **3.4 Einzeldarstellung**

### **3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2022**

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Lüdenscheid einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Lüdenscheid mehr als 50 % der Anteile hält.
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Lüdenscheid geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Lüdenscheid zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese in Tabelle 1 lediglich nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Lüdenscheid gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Lüdenscheid dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

### 3.4.1.1 Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Weststraße 19 58509 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1993
<b>Grundkapital</b>	255.645,94 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe sowie der damit im weitesten Sinne verbundenen Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach dem Gesellschaftsvertrag verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung 1977 (§§ 51 ff.) in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Die Wirtschaftlichkeitsgrundsätze nach § 109 GO werden angewendet.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
<b>Weitere Beteiligungen:</b>	Zum 01.11.2003 hat die Gesellschaft den Anteil der Stadt Lüdenscheid an der WIDI Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH zum Nominalwert von 10.361,72 € erworben.

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen des Seniorenwohnheims zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 209 T€. Hiervon entfällt ein Betrag von 155 € auf die jährliche Ausschüttung des Seniorenwohnheims an die Stadt Lüdenscheid für gemeinnützige Zwecke. Der restliche Betrag entfällt auf Grundbesitzabgaben.

Finanzbeziehungen des Seniorenwohnheims zur SELH bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 51,6 T€ für Entwässerungsgebühren.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	15.705,4	16.466,8	-761,4	<b>Eigenkapital</b>	21.585,1	21.159,4	425,8
<b>Umlaufvermögen</b>	9.371,8	8.602,0	769,8	<b>Sonderposten</b>	184,7	196,4	-11,7
				<b>Rückstellungen</b>	836,7	708,3	128,4
				<b>Verbindlichkeiten</b>	2.358,9	2.902,1	-543,2
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	111,8	102,7	9,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>25.077,2</b>	<b>25.068,8</b>	<b>8,4</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>25.077,2</b>	<b>25.068,8</b>	<b>8,4</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2022 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
154.616,00	Seniorenwohnheim Weststraße gGmbH	Stadt Lüdenscheid	Landschaftsverband
Gesamt: 154.616,00			

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	10.478,9	10.865,1	-386,2
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	1.315,4	1.489,0	-173,6
<b>3. Materialaufwand</b>	1.654,9	1.693,0	-38,1
<b>4. Personalaufwand</b>	8.283,4	7.727,5	556,0
<b>5. Abschreibungen</b>	909,3	622,4	286,9
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	335,5	550,5	-215,1
<b>7. Finanzergebnis</b>	-30,4	-55,1	24,7
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	580,7	1.705,6	-1.124,8
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>580,7</b>	<b>1.705,6</b>	<b>-1.124,8</b>

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	86,8	85,2	1,6
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	2,7	8,1	-5,4
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	138,6	129,7	8,9
<b>Verschuldungsgrad</b>	14,8	17,1	-2,3
<b>Umsatzrentabilität</b>	4,9	13,8	-8,9

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die Zahl der Beschäftigten 253 (Vorjahr 254).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Grundlage des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe sowie der damit im weitesten Sinne verbundenen Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen. Dabei verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke.

## **Wirtschaftsbericht**

### Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 581 T€ (Vorjahr 1.706 T€) ist als gut zu bewerten.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge sind in der Summe um 555 T€ (Vorjahr 729 T€) gesunken. Die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen sind um 140 T€ gesunken und die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung um 12 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die weiteren Ertragsminderungen resultierten mit 448 T€ im Wesentlichen aus der Reduzierung der sonstigen betrieblichen Erträge sowie der Erträge aus gesonderter Berechnung der Investitionskosten. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die Zuschüsse nach der Verordnung über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung während der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie (sogenannter Pflege-Rettungsschirm) sowie die Erstattungen nach der Corona-TestVO enthalten. Der Pflege-Rettungsschirm ist zum 30.06.2022 ausgelaufen und daher sind die entsprechenden Erträge im 2. Halbjahr 2022 entfallen. Die Erstattungsansprüche nach der CoronaTestVO sind in 2023 weggefallen. Der Rückgang der Erträge aus gesonderter Förderung der Investitionskosten resultiert daraus, dass in 2021 die Nachberechnung der Investitionskosten der Vorjahre gebucht wurde. Dieser Ertrag war einmalig und ist somit in 2022 entfallen.

Die Betriebskosten einschließlich des Personalaufwandes sind in der Summe um 517 T€ (Vorjahr 143 T€) gestiegen. Ausschlaggebend hierfür ist die Entwicklung der Personalaufwendungen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 556 T€ erhöht haben. Die Erhöhung resultiert aus Tarifsteigerungen und der Wiederbesetzung vakanter Stellen. Trotz erheblicher inflationsbedingter Mehrkosten sind die Materialaufwendungen in der Summe um 38 T€ gesunken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die pandemiebedingten Mehraufwendungen in 2022 gegenüber 2021 deutlich zurückgegangen sind.

Das Finanzergebnis hat sich nochmals um 30 T€ (Vorjahr 59 T€) verbessert und beträgt nunmehr -25 T€.

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls nochmals verbessert. Die flüssigen Mittel einschließlich Wertpapierdepots haben um 1.285 T€ (Vorjahr 1.568 T€ Abnahme) zugenommen. Das Sachanlagevermögen hat um 761 T€ (Vorjahr 600 T€) abgenommen. Gleichzeitig wurden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 545 T€ (Vorjahr 3.306 T€) abgebaut. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und die Verbindlichkeiten halten sich stabil.

Die Finanzlage ist als gesichert zu bezeichnen.

Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (unter Berücksichtigung des Sonderpostens) konnte nochmals verbessert werden und beträgt jetzt 86,66 % (Vorjahr 85,2 %).

Die Ertragslage ist bei nachhaltigen Jahresüberschüssen seit Jahren unverändert gut.

Die wirtschaftliche Lage ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

## **Auslastung - Belegungsstruktur**

Die Auslastung der stationären Wohnbereiche sowohl in der Weststraße wie auch im Haus Toscana war im Jahr 2022 unverändert gut.

Im ersten Halbjahr 2023 war es zeitweise schwierig, freie Plätze zeitnah neu zu belegen. Ursächlich hierfür war die negative Presseberichterstattung im Zusammenhang mit der beantragten Pflegesatzerhöhung. Inzwischen hat sich die Auslastung wieder stabilisiert.

Die Auslastung der Tagespflege lag bei rd. 77 % und hat sich damit gegenüber 2021 zwar verbessert, jedoch noch nicht das Niveau vor der Pandemie erreicht. In 2023 wird aufgrund der Einschränkungen durch die Umbaumaßnahme die durchschnittliche Auslastung voraussichtlich ebenfalls noch unter der 80 % - Sollbelegung liegen.

Die Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen ist zufriedenstellend.

Im Betreuten Wohnen sind außerordentlich viele Wohnungen frei geworden und mussten neu belegt werden. Die hohe Fluktuation hat dazu geführt, dass die Auslastungsquote im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken ist.

## **Investitionsmaßnahmen**

### Renovierungs – und Modernisierungsarbeiten im Seniorenheim Weststraße

Im Geschäftsjahr 2022 sind pandemiebedingt nur in begrenztem Umfang Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten realisiert worden.

Im ersten Halbjahr 2023 ist mit dem Umbau und der Sanierung der Tagespflege begonnen werden. Die Maßnahme wird voraussichtlich im August 2023 abgeschlossen sein. Die Planungen für die Installation einer Photovoltaik-Anlage auf den Gebäuden Weststraße 19 und 21 sowie für die Balkonüberdachung sind weitgehend abgeschlossen und die Auftragsvergabe und möglichst auch die Ausführung ist im Jahr 2023 vorgesehen. Auch die Erneuerung der Küchenzeilen in den 24 Wohnungen des Betreuten Wohnens im Gebäude 19 wird noch im laufenden Jahr erfolgen. In Planung sind derzeit die Erneuerung der Türgegensprechanlage sowie die Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachung des Gebäudes Weststraße 21, die Sanierung der Räumlichkeiten des Ambulanten Dienstes sowie die Erneuerung einer Nebeneingangstür im Betreuten Wohnen. Diese Maßnahmen werden voraussichtlich in 2023 ganz oder teilweise zur Ausführung kommen.

Die Erneuerung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen erfolgt ebenfalls sukzessiv. Ein Teil der geplanten Neubestuhlung der Cafeteria ist bereits abgewickelt. Die Desinfektionsspülen für die Wohnbereiche im Gebäude Weststraße 19 und die Patientenlifter wurden angeschafft und sind in Betrieb.

Darüber hinaus mussten im ersten Halbjahr 2023 zwei nicht geplante Investitionen umgesetzt werden. Im Haus Weststraße 19 war es notwendig, eine Waschmaschine zu erneuern – Kosten rd. 43.000 € -. Im Haus Toscana war der Austausch eines defekten Wäschetrockners – Kosten rd. 12.000 € - notwendig.

Für die nächsten Jahre stehen weitere umfangreiche Investitionsmaßnahmen an. Beispielhaft sind hier zu nennen:

1. Erneuerung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen  
Bestuhlung Cafeteria (teilweise abgewickelt)  
Pflegebetten, Pflegenachttische, Kastenmöbel für 108 Bewohnerzimmer  
Erneuerung der Beleuchtung in den Bewohnerzimmern
2. Sanierung der Bäder (108) im stationären Bereich sowie im Betreuten Wohnen (24) des Gebäudes Weststraße 19 sowie im zweiten Schritt im Gebäude Weststraße 21
3. Sanierung und teilweise Erneuerung der Zimmertüren im stationären Bereich Weststraße 19
4. Sanierung der Bodenbeläge in den Dienstzimmern und den Aufenthaltsräumen im Gebäude Weststraße 19
5. Teilweise Erneuerung der Balkontüren und Nebeneingangstüren im Gebäude Weststraße 19
6. Bau einer Überdachung am Haupteingang Gebäude Weststraße 19
7. Sanierung der Aufzuganlagen im Gebäude Weststraße 19
8. Erneuerung der Küchenzeilen in den 24 Wohnungen des Betreuten Wohnens im Gebäude Weststraße 19 sowie im zweiten Schritt in den 58 Wohnungen im Gebäude Weststraße 21.
9. Photovoltaik-Anlage für das Gebäude Philippstraße 21 (Haus Toscana)
10. Erneuerung der Handläufe auf den stationären Wohnbereichen
11. Teilweise Erneuerung von Dachflächenfenstern im Gebäude Weststraße 21
12. Umfangreiche Malerarbeiten und Bodenbelagsarbeiten in allen Gebäuden

Das Investitionsvolumen für die geplanten und aktuell in Umsetzung befindlichen Maßnahmen beläuft sich nach einer groben Schätzung auf etwa 3.000 €. Für die Finanzierung stehen ausreichend Eigenmittel über die in den vergangenen Jahren gebildeten Gewinnrücklagen zur Verfügung. Im Sinne der Gemeinnützigkeit des Unternehmens sind diese Mittel für den gemeinnützigen Zweck zu verwenden.

## **Prognosebericht**

Für das Geschäftsjahr 2023 werden erhebliche Mehraufwendungen sowohl bei den Personalaufwendungen wie auch bei den Sach- und Materialaufwendungen erwartet. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Umsatzerlöse bei den Erträgen aus Allgemeinen Pflegeleistungen sowie den Erträgen aus Unterkunft und Verpflegung zu erwarten, da zum 01.01.2023 eine Pflegesatzanpassung für die Stationären Pflegebereiche Weststraße und Haus Toscana in Kraft getreten ist. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass zwei Kunden der Pflegesatzanpassung widersprochen haben und die Wirksamkeit des Informationsschreibens zur Pflegesatzanpassung bestreiten. Da die Wirksamkeit des Informationsschreibens eine maßgebliche Grundlage für die Entgelterhöhung darstellt, wird es notwendig, vorsichtshalber das Ankündigungsverfahren zum nächstmöglichen Termin zu wiederholen. Im schlimmsten Fall könnte die Unwirksamkeit des Informationsschreibens dazu führen, dass sich der Erhöhungszeitpunkt auf August 2023 verschiebt und ein Teil der bereits für Januar bis Juli 23 berechneten Pflegesatzerhöhungen rückabgewickelt werden müssen.

Erwartungsgemäß ist der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2022 liegt damit wieder auf dem Niveau eines Durchschnittsjahres. Für das Jahr 2023 ist ebenfalls ein durchschnittliches Jahresergebnis zu erwarten.

## **Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Trotz einer verschärften Wettbewerbssituation hat die Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH eine gute Marktposition behauptet.

Grundsätzlich sind aktuell für die künftige Entwicklung keine besonderen Risiken ersichtlich. Allerdings stellt sich die bedarfsgerechte Personalausstattung zunehmend als Herausforderung für die Zukunft der Altenpflege im Allgemeinen und damit auch für das Unternehmen dar.

Es sind weder Liquiditätsengpässe noch sich langfristig abzeichnende Vermögensverluste zu erwarten. Der rechtliche Bestand ist ebenfalls in keiner Weise gefährdet.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

## **Geschäftsführung**

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

## Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Frau Petra Noack (Pflichtplatz)	BM Sebastian Wagemeyer
Leitung des Fachbereichs Bürgerservice/Soz. Hilfen	Stellvertretende Leitung des Fachbereichs Bürgerservice/Soz. Hilfen
RH Dirk Franke	RH Lothar Hellwig
RF Ramona Ullrich	SB Dorothee Neuhaus
RF Karin Hertes	RH Michael Thielicke
SB Brunhilde Gromball	SB Renate Klebeck
RH Ernst Helmut Norbert Adam	RF Gesthimani Demirtzoglou
RF Ursula Maria Meyer	RH Michael Dregger
RF Elisabeth Siebensohn	RF Anja Tadda-Schlichting
SB Renate Lazar	SB Ilona Bartocha

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen zehn Mitglieder/innen des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid, die vom Rat bestellt und abberufen werden. Zudem werden fünf Mitglieder/innen und deren Stellvertreter/innen von den Arbeitnehmern aus ihren Reihen gewählt und ein Mitglied und sein/e Stellvertreter/in wird vom Heimbeirat gewählt.

## Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte Vertreterin	In ungeraden Jahren stimmberechtigte Vertreterin
RF Heide Marie Skorupa	RF Susanne Mewes
<b>Stellvertretung:</b> RF Susanne Mewes	<b>Stellvertretung:</b> RF Heide Marie Skorupa

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt 66,67 %. Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als stellvertretende Mitglieder beträgt zum 31.12.2021 5 (55,56 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bisher nicht erstellt. In der Gesellschaft sind regelmäßig deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (Anteil zwischen 85 und 90 %) und auch die Leitungsfunktionen sind zum weitaus überwiegenden Teil mit Frauen besetzt.

### 3.4.1.2 STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1988
<b>Grundkapital</b>	556.850,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Einrichtung, die Unterhaltung und der Betrieb von Einrichtungen ohne wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 GO NRW sowie der Erwerb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Grundstücke, die Beteiligung an diesen Einrichtungen und alle damit im weitesten Sinne zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft steht nach dem Unternehmensgegenstand in direktem Zusammenhang mit dem Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid. Es handelt sich um Aufgaben aus dem Bereich der Wiederverwendung und Entsorgung von Abfällen. Diese Aufgaben gehören zur Daseinsvorsorge, obliegen kommunalen Körperschaften und sind damit öffentlicher Art.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
------------------------------	----------

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der STL GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von rd. 42,2 T€. Ein Betrag in Höhe von rd. 22,1 T€ entfällt auf die Avalprovision für die Bürgschaft der Stadt Lüdenscheid. Zudem erhält die Stadt Lüdenscheid von der STL GmbH eine jährliche Dividende in Höhe von 20 T€.

Finanzbeziehungen der STL GmbH zum STL bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 68,5 T€ für Verwaltungskosten (56,3 T€) und EDV-Nutzung (12,1 T€).
- Erträge in Höhe von 805,0 T€ für Pachtzahlungen des STL.
- Aufwendungen in Höhe von 68,4 T€ für Verwaltungskosten (56,3 T€) und EDV-Nutzung (12,1 T€).

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	5.606,8	5.863,9	-257,1	<b>Eigenkapital</b>	2.991,6	2.800,0	191,6
<b>Umlaufvermögen</b>	2,8	14,4	-11,6	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	22,4	24,6	-2,2
				<b>Verbindlichkeiten</b>	2.595,8	3.053,6	-457,8
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,2	0,0	0,2	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,1	-0,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.609,8</b>	<b>5.878,3</b>	<b>-268,5</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.609,8</b>	<b>5.878,3</b>	<b>-268,5</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2022 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
891.385,12	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	Stadt Lüdenscheid	Sparkasse an Volme und Ruhr
878.077,58	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	Stadt Lüdenscheid	KfW
Gesamt: 1.769.462,70			

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	807,6	813,5	-5,9
2. sonstige betriebliche Erträge	0,3	0,0	0,3
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	3,2	3,2	0,0
5. Abschreibungen	332,8	328,3	4,5
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	96,3	93,2	3,1
7. Finanzergebnis	-59,7	-74,9	15,2
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	315,9	313,9	2,0
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	211,5	212,6	-1,1

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	53,3	47,6	5,7
Eigenkapitalrentabilität	7,1	7,6	-0,5
Anlagendeckungsgrad 2	64,2	61,6	2,6
Verschuldungsgrad	87,5	109,9	-22,4
Umsatzrentabilität	26,2	26,1	0,1

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren weiterhin keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Grundlagen der Gesellschaft

Die STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH (STL-GmbH) ist eine sogenannte kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Handelsgesetzbuches. Einzige Gesellschafterin ist die Stadt Lüdenscheid. Die öffentliche Zwecksetzung der Gesellschaft ist mit der Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL), der als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt in Lüdenscheid die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und den Winterdienst durchführt und den städtischen Baubetrieb betreibt, gegeben.

## **Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 % höher als im Vorjahr. Die gesamtwirtschaftliche Lage war vor allem von den Folgen des Kriegs in der Ukraine geprägt, zu denen extreme Energiepreiserhöhungen zählten. Hinzu kamen dadurch verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise für weitere Güter wie z. B. Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende, Corona-Pandemie.

Die im Frühjahr 2022 fast alle aufgehobenen Corona-Schutzmaßnahmen trugen zunächst zur Erholung der deutschen Wirtschaft bei. Der Aufschwung wurde allerdings durch den Angriff Russlands auf die Ukraine Ende Februar und den dadurch steigenden Energiepreisen gebremst. Lieferengpässe und stark anziehende Einfuhr- und Erzeugerpreise erschwerten die Lage weiter. Die Inflationsrate stieg so hoch wie noch nie seit der deutschen Vereinigung. In der Folge kam die konjunkturelle Erholung Deutschlands ins Stocken.

In der aktuellen BIP-Jahresrechnung ist eine Schätzung für das 4. Quartal 2022 enthalten, die aber zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt und dadurch auf einer unvollständigeren Datenbasis durchgeführt wurde als die reguläre Quartalsrechnung. Dementsprechend ist das Ergebnis für das 4. Quartal noch mit hoher Unsicherheit behaftet. Nach bisherigen Erkenntnissen stagnierte das BIP im 4. Quartal 2022 preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im 3. Quartal 2022 noch gewachsen war.

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 211,6 T€.

### **Lage**

#### Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit Umsatzerlösen von 807,7 T€ (Vorjahr: 813,5 T€) und einem Jahresüberschuss von 211,6 T€ (Vorjahr: 212,6 T€) geschlossen. Die Bilanzsumme sank von 5.878,3 T€ im Jahr 2021 um 268,4 T€ auf 5.609,9 T€ im Berichtsjahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich im Berichtsjahr auf 2.514,8 T€ (Vorjahr: 2.979,2 T€). Es entstanden Zinsaufwendungen in Höhe von 37,5 T€ (Vorjahr: 47,5 T€) und Bürgschaftsprovisionen in Höhe von 22,1 T€ (Vorjahr: 27,5 T€) für Bürgschaften der Stadt Lüdenscheid. Die Bürgschaftsprovision beträgt wie in den Vorjahren 1,0 % der Bürgschaftssumme.

Die Umsatzerlöse (Pachterträge) betragen im Jahr 2022 insgesamt 807,7 T€ (Vorjahr: 813,5 T€). Für die Berechnung der Pacht des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuch-

werte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Der Pachtzins beträgt wie in den Vorjahren 6,20 % (4,70 % Zinsen + 1,00 % Avalprovision + 0,50 % Verwaltungskosten) der Restbuchwerte der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke und Gebäude. Zudem wird ein Unterhaltungskostenaufschlag in Höhe von 0,75 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens berücksichtigt.

Seit dem 26.04.1999 sind rd. 65.000 m<sup>2</sup> des Grundstücks Spielwigge langfristig bis zum Jahr 2035 an den Hegering Lüdenscheid e.V. verpachtet, der das Gelände zum Betrieb einer Schießstätte gemäß der Erlaubnis der Kreispolizeibehörde nutzt. Im Jahr 2022 entstanden Pächterträge in Höhe von rd. 4,4 T€.

### Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 2.991,6 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 5.609,9 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 53,2 % (Vorjahr: 47,5 %).

Die sonstigen Rückstellungen betragen 21,4 T€ (Vorjahr: 21,2 T€). Sie bestehen für externe und interne Jahresabschlusskosten sowie für die Buchhaltung und die Aktenaufbewahrung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen mit 2.514,8 T€ um -464,4 T€ unter dem Betrag des Vorjahres (2.979,2 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten liegen mit 81,0 T€ um insgesamt 6,6 T€ über dem Vorjahresniveau (74,4 T€). Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten mit 2.595,8 T€ 46,3 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 3.053,6 T€, 51,9 %).

Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum bis zur Erstellung des Lageberichtes gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

### **Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG**

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Südwestfalen-Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2022 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

### **Gesamtaussage**

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann als insgesamt gut bezeichnet werden und bewegt sich im Rahmen des Wirtschaftsplanansatzes.

### **Prognosebericht**

Auf der Deponie Lüdenscheid-Kleinleifringhausen soll eine Umladestation durch den Eigenbetrieb betrieben werden. Die Verhandlungen zwischen der Bezirksregierung Arnsberg als Aufsichtsbehörde, dem Märkischen Kreis / der Abfallentsorgungsgesellschaft des Märkischen Kreises mbH und der Stadt Lüdenscheid sind zurzeit noch nicht abgeschlossen. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung wird für 2023 erwartet.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat dem Grundstückskauf durch die Gesellschaft bereits zugestimmt. Sobald alle Genehmigungen vorliegen und die Rahmenbedingungen erfüllt sind, wird die STL-GmbH das Grundstück von der Stadt Lüdenscheid erwerben und an den Eigenbetrieb verpachten. Hierfür ist im städtischen Haushalt ein Kaufpreis von rd. 120,0 T€ angesetzt. Hinzuzurechnen sind Investitionsmittel für die Herrichtung des Geländes, beispielsweise

für Containerstandorte oder die Instandsetzung von Gebäuden. In der Summe sind für den Grundstückskauf und erste Baumaßnahmen auf dem Gelände Mittel in Höhe von insgesamt 270,0 T€ im Wirtschaftsplan 2023 veranschlagt. Die Inbetriebnahme der Umladestation ist für den 01.07.2023 geplant.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat in seiner Sitzung am 20.06.2022 die STL-GmbH mit der Errichtung der Kindertageseinrichtungen Lenneteich und Schöneck (Parkstraße) beauftragt. Das Investitionsvolumen wird auf rd. 13.000,0 T€ geschätzt. Hiervon entfallen rd. 5.500,0 T€ auf die Einrichtung Schöneck und 7.500,0 T€ auf den Standort am Lenneteich. Diese Schätzung des beauftragten Architekturbüros berücksichtigt bereits Kostensteigerungen im Baugewerbe entsprechend den Vorjahren. Zu beachten ist, dass aufgrund der derzeitigen dynamischen wirtschaftlichen Lage eine Prognose sehr schwierig ist.

Nach Rücksprache mit der Stadt soll mit dem Vergabeverfahren für die Kindertagesstätte Schöneck begonnen werden, sodass eventuell bereits im Herbst des Geschäftsjahres 2023 mit dem Rohbau begonnen werden könnte. Die Kindertagesstätte Lenneteich startet zeitversetzt ein paar Monate später, sodass hier auch mit einem späteren Ausführungsbeginn zu rechnen ist.

Daher wird in Absprache mit der Stadt Lüdenscheid ein Betrag von rd. 1.500,0 T€ als Investitionssumme in den Plan 2023 eingestellt.

Für die Folgejahre ist eine Summe von 11.500,0 T€ zu veranschlagen, die hälftig im Finanzplan für 2024 und 2025 eingestellt wurde.

Die folgenden weiteren Investitionen in Höhe von 350,0 T€ sind auf dem Betriebshof geplant:

- |  |          |
|--|----------|
| • Austausch von Fenstern für das Büro der Werkleitung          | 20,0 T€  |
| • Erneuerung des Daches der Fahrzeugremise                     | 60,0 T€  |
| • Photovoltaikanlage auf dem Dach der Fahrzeugremise           | 100,0 T€ |
| • Asbestsanierung des Fahrzeugremise                           | 100,0 T€ |
| • Erneuerung der Sanitär- und Sozialräume auf dem Recyclinghof | 50,0 T€  |
| • Sonnenschutz für das Verwaltungsgebäude                      | 20,0 T€  |

Entsprechend der Planzahlen wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 186,0 T€ erwartet.

Am 24.02.2022 begann der russische Angriffskrieg auf das souveräne Nachbarland Ukraine. Die weltweiten Auswirkungen dieses Krieges sind nicht absehbar. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine kam es aufgrund der Corona-Krise durch hohe Personalausfälle nahezu weltweit zu Lieferengpässen in allen Lebens- und Geschäftsbereichen.

Durch den Überfall Russlands auf die Ukraine verschlimmern sich nahezu täglich die wirtschaftlichen Folgen. Die im Gegenzug von den westlichen Alliierten verhängten Sanktionen gegen Russland belasten die ohnehin geschädigten globalen Lieferketten noch zusätzlich.

## **Chancen- und Risikobericht**

### Risikobericht

Die Gesellschaft ist überwiegend abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und der strategischen Ausrichtung des Eigenbetriebes.

Im Rahmen der internen Revision finden regelmäßige Überprüfungen der Arbeitsabläufe und wichtiger sonstiger Sachverhalte statt. Im Jahr 2020 wurden die Versicherungen für die Gesellschaft geprüft.

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht eine Eigenschadenversicherung sowie eine Haftpflichtversicherung. Darüber hinaus bestehen für die Gebäude der Gesellschaft Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag und Leitungswasser zzgl. Sturm und Elementarschäden.

Durch die angespannte Situation auf dem Kapitalmarkt, besteht das Risiko der steigenden Darlehenszinsen.

Der wichtigste Einflussfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2022 sind die Folgen des Krieges in der Ukraine. Obwohl die deutsche Wirtschaft sich durch die fast komplett aufgehobenen Corona-Schutzmaßnahmen im Frühjahr 2022 zunächst erholte, wurde der Aufschwung durch den Angriff Russlands auf die Ukraine Ende Februar gebremst. Die Inflationsrate stieg so hoch wie noch nie seit der deutschen Vereinigung, die konjunkturelle Erholung Deutschland kam ins Stocken.

Wesentliche wirtschaftliche Auswirkungen sind daraus für die Gesellschaft nicht zu erwarten.

### Chancenbericht

Der Gesellschaftszweck der STL-GmbH ist entsprechend § 108 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) auf den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, das Erstellen von Gebäuden und die Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den STL-Eigenbetrieb beschränkt. Die Übertragung von investiven Bautätigkeiten der Stadt auf die Gesellschaft würde deren wirtschaftliche Entwicklung verbessern.

Das Betriebsgelände könnte durch den Kauf des alten Feuerwehr-Gerätehauses von der Stadt Lüdenscheid erweitert werden. Ein Kaufinteresse ist hinterlegt.

Veränderte Chancen ergeben sich aus der Übernahme von Bauträgerertätigkeiten für die Stadt. Der Bau von zwei Kindergärten ist geplant. Des Weiteren kann der Pachtvertrag mit dem Eigenbetrieb erweitert werden (z. B. Übernahme Umladestation).

## Gesamtaussage

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht weiter ausbaufähig. Eine Änderung der Geschäftspolitik hat sich durch die Übernahme von Bauträgertätigkeiten für Projekte, die im öffentlichen Interesse stehen, und deren vollständige Abwicklung für die Stadt, ergeben. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2009 der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft entsprechend der Beschlussfassung im Rat der Stadt Lüdenscheid geändert. Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

## Geschäftsführung

Die Stadt Lüdenscheid ist in der Geschäftsführung durch den Werkleiter des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes, Herrn Heino Lange, vertreten.

## Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
RH Daniel Florian Kahler	RF Dr. Antje Heider
RH Lucas Karich	RF Gesthimani Demirtzoglou
RF Elisabeth Frieda Siebensohn	RH Ernst Helmut Norbert Adam
RH Mert Can Cetin	RH Michael Dregger
RF Karin Hertes	RF Nicole Schulte
RH Steffen Kriegel	RF Ramona Ulrich
RH Lothar Hellwig	RH Dirk Franke
RF Verena Szermerski-Kasperek	RF Heide-Marie Skorupa
SB Peter-Paul Marienfeld	SB Jochen Kliebisch
SB Renate Klebeck	SB Bruno Sixtus Schwarz
SB Margret Schade	SB Dietmar Fernholz
BM Sebastian Wagemeyer	Herr Frank Kusmirtz
Stadtkämmerer Sven Haarhaus	Leitung Fachdienst für Finanzen, Steuern und Beteiligungen Frau Sabine Weichler

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen alle 13 Mitglieder/innen des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Acht Mitglieder/innen sowie deren Stellvertreter/innen werden vom Rat aus seiner Mitte gewählt, drei Mitglieder/innen und deren Stellvertreter/innen werden vom Rat als sachkundige Bürger gewählt, zusätzlich muss der Bürgermeister oder ein vom ihm vorgeschlagene/r Beamter/Beamtin oder Angestellte/r dazuzählen und der Rat wählt ein Mitglied der Verwaltung und deren Stellvertreter/in.

## **Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht**

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder und stellvertretende Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt bei den ordentlichen Mitglieder 5 (41,7 %) und bei den stellvertretenden Mitgliedern 6 (50,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % jeweils erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG für die STL GmbH entfällt, da die Gesellschaft keine Beschäftigten hat.

### 3.4.1.3 Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1991
<b>Grundkapital</b>	1.942.909,15 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung, der Betrieb des städtischen Fuhrparks, des städtischen Baubetriebes und der Zentraldeponie Kleinleifringhausen sowie die mit diesen Aufgaben mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Tätigkeiten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des Öffentlichen Zwecks

Eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid ist der Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb Lüdenscheid. Diese eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist ein Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie bildet rechtlich eine Einheit mit der Stadt Lüdenscheid, ist aber als Sondervermögen aus der Haushaltswirtschaft der Stadt ausgesondert und verfügt über eine eigene Wirtschaftsplanung, Buchführung und Rechnungslegung. Der STL ist in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts organisiert und organisatorisch dem Bürgermeister zugeordnet.

Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind lebenswichtige Bedürfnisse der Gemeinschaft, gehören zur Daseinsvorsorge und sind öffentliche Aufgaben der kommunalen Körperschaften. Mit der Übernahme dieser Aufgaben erfüllt der Betrieb unmittelbar öffentliche Zwecke.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
------------------------------	----------

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen des STL zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Forderungen lt. Ausweis im Saldenabgleich in Höhe von 587,3 T€
- Verbindlichkeiten lt. Ausweis im Saldenabgleich in Höhe von 43,2 T€
- Erträge in Höhe von 25.115 T€. Als wesentliche Beträge können hier Kostenerstattungen in Höhe von 15.014,2 T€, Unterhaltung Straßen in Höhe von 2.900 T€, Grünflächen in Höhe von 1.575 T€ genannt werden.
- Aufwendungen in Höhe von 1.212,3 T€, insbesondere für den Verwaltungskostenbeitrag (656,0 T€, Pacht in Höhe von 114,5 T€ und Kostenerstattung in Höhe von 374,8 T€).

Finanzbeziehungen des STL zur STL GmbH bestehen wie folgt:

- Forderungen und Erträge in Höhe von 68,5 T€ für Verwaltungskosten (56,3 T€) und EDV Nutzung (12,1 T€)
- Aufwendungen in Höhe von 804,9 T€ für Pachtzahlungen.

Finanzbeziehungen des STL zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 58,6 T€ für Einlaufeinigung, Winterdienst und Verkauf von Diesel.
- Aufwendungen in Höhe von 482,4 T€ für die Dienstleistung Rechnungswesen und Personalmanagement (451,8 T€) und Entwässerung (15,8 €)

Finanzbeziehungen des STL zur LSM GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 139,8 T€ für Entsorgung, Reinigung, Sonstiges und Weihnachtsbeleuchtung.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	4.636,7	5.098,3	-461,6	<b>Eigenkapital</b>	4.335,5	3.807,6	527,9
<b>Umlaufvermögen</b>	2.900,1	2.108,3	791,8	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	1.293,6	1.630,8	-337,2
				<b>Verbindlichkeiten</b>	1.912,1	1.771,4	140,7
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	14,0	12,9	1,1	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	9,6	9,6	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>7.550,8</b>	<b>7.219,5</b>	<b>331,3</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>7.550,8</b>	<b>7.219,5</b>	<b>331,3</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	29.501,2	29.006,6	494,6
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	338,7	302,9	35,8
<b>3. Materialaufwand</b>	5.504,2	5.854,8	-350,6
<b>4. Personalaufwand</b>	10.434,5	10.520,7	-86,2
<b>5. Abschreibungen</b>	1.201,2	1.250,1	-48,9
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	12.123,8	11.553,3	570,5
<b>7. Finanzergebnis</b>	-1,4	-2,9	1,5
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	574,8	127,7	447,1
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>527,9</b>	<b>2,5</b>	<b>525,4</b>

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	57,4	52,7	4,7
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	12,2	0,1	12,1
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	93,5	74,7	18,8
<b>Verschuldungsgrad</b>	73,9	89,4	-15,4
<b>Umsatzrentabilität</b>	1,8	0,0	1,8

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die Zahl der Beschäftigten 202 (Vorjahr 206,5).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Grundlagen des Eigenbetriebes

Der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid und eine organisatorisch und finanzwirtschaftlich weitestgehend selbstständige Einrichtung der Stadtverwaltung Lüdenscheid ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Betrieb bietet in den Bereichen Abfallentsorgung, Reinigung, Winterdienst, Pflege von Grün- und Freiflächen, Unterhaltung der kommunalen Friedhöfe, Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze sowie Gebäude- und Straßenunterhaltung ein umfangreiches Leistungspaket. Dabei handelt es sich hauptsächlich um hoheitliche Tätigkeitsfelder, die vorrangig im öffentlichen Interesse durchgeführt werden. Zudem werden Tätigkeiten für städtische Gesellschaften oder Tochtergesellschaften der Stadt und für Nachbarstädte und Gemeinden durchgeführt.

## **Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 % gewachsen, damit hat sich die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr angesichts der Energiekrise und der Lieferkettenprobleme als erfreulich widerstandsfähig erwiesen und ist trotz Ukraine-Krieg gewachsen. Gründe für den positiven Verlauf sind Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie sowie nachlassende Lieferengpässe. So hat der private Konsum mit einer Wachstumsrate von +4,6 % stark expandiert, da wieder Reisen, Restaurantbesuche, große Kulturveranstaltungen, Feste und Messen möglich waren. (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz – BMWK- vom 13.01.2023)

Weiter heißt es in dieser Pressemitteilung:

Auch wenn die Industrie im Durchschnitt vergleichsweise gut mit den gestiegenen Energiepreisen klarkommt, sind die Auswirkungen der Energiepreiskrise insbesondere in den energieintensiven Bereichen sichtbar. So lag die Produktion in der besonders betroffenen chemischen Industrie im November rund 20 % unter dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2021. Zusätzlich sorgten die unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven und steigende Zinsen dafür, dass viele Investitionsprojekte zunächst zurückgestellt wurden. Insbesondere am Bau verlief die Entwicklung im letzten Vierteljahr schwach, weil die Finanzierung deutlich teurer geworden ist. Auch zum Jahresende 2022 hat sich der Arbeitsmarkt weiterhin als widerstandsfähig erwiesen. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Dezember saisonbereinigt um 13.000 Personen ab. Dies ist der erste Rückgang seit sieben Monaten. Die Erwerbstätigkeit legte im November kräftig zu (+50.000 Personen). Das im Jahr 2022 erreichte Höchstniveau bei den gemeldeten offenen Stellen von 845.000 zeigt, dass die Arbeitskräfteknappheit zunehmend zur Wachstumsbremse der deutschen Wirtschaft wird. Insbesondere im Dienstleistungssektor suchen fast alle Branchen nach neuen Mitarbeitern.

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend und wird auch in den kommenden Jahren von der Brückensperre auf der A 45 beeinflusst. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

Die Menge der entsorgungspflichtigen Hausmüllabfälle ist in 2022 gesunken und hat wieder das Niveau wie vor der Corona-Pandemie erreicht. Die Entwicklung spiegelt das bereits beschriebene private Konsumverhalten wider, da durch Wegfall von Reisebeschränkungen und Beherbergungsverboten keine erhöhten Anwesenheitszeiten in den eigenen Wohnungen mehr zu verzeichnen sind.

## Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von 527,9 T€. Die Umsatzerlöse bewegen sich mit rd. 29.501,2T€ um rd. 494,6 T€ über dem Vorjahreswert (Erläuterungen unter 3. a) Ertragslage).

Die Haupttätigkeit des Betriebes ist die Sammlung und der Transport von Abfällen aus den privaten Haushalten der Stadt im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung. Bei der gewerblichen Abfallentsorgung ist der Betrieb im Bereich der Papiersammlung weiterhin für die Dualen Systeme tätig. Der Vertrag für die Sortierung und Vermarktung von Papier mit der Firma Meyer Recycling in Hagen hatte eine Laufzeit von zwei Jahren und endete am 31.12.2022. Aufgrund der guten Erfahrungen wurde auch in 2022 der Neuvertrag indexbezogen ausgeschrieben und nicht zu einem Festpreis, da ähnliche Voraussetzungen wie bei der letzten Ausschreibung vorlagen.

Die Sammlung von Leichtstoffverpackungen führt der Betrieb ebenfalls als direkter Vertragspartner der Systembetreiber durch. Die Verträge hatten eine Laufzeit bis zum 31.12.2022. Die Ausschreibung für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2025 konnte der STL wieder für sich entscheiden. Durch den im Jahr 2022 gefassten politischen Beschluss zur Umstellung des Sammelsystems von Gelben Säcken auf Gelbe Tonnen, wurden neue Behälter inklusive der Auslieferung an die Bürger europaweit ausgeschrieben, der Auftrag konnte an die Firma Schäfer aus Siegen vergeben werden.

Im Jahr 2022 wurde das Budget des Betriebes für Gemeindestraßen, Signalanlagen, Straßenbeleuchtung, Grünanlagen sowie Spiel- und Bolzplätze weiter erhöht. Die Höhe des Unterhaltungsbudgets beträgt unter Berücksichtigung von tariflichen und allgemeinen Kostensteigerungen 4.942,0 T€ im Vergleich zu 4.825,0 T€ in 2021. Um weitere, unerlässliche Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Gehwegen, in Grünanlagen und auf Spielplätzen durchführen zu können, wurden dem Betrieb in 2022 weitere Mittel in Höhe von 1.409,0 T€ über das Budget hinaus zur Verfügung gestellt. Ein großer Teil dieser Maßnahmen konnte abgeschlossen werden. Der Rest wurde in das Jahr 2023 übertragen. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Halver im Bereich der Abfallentsorgung entwickelt sich weiter gut.

Gemäß den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sammelt und transportiert der Betrieb unter anderem Grün- und Bioabfälle im Auftrag des Märkischen Kreises stofflich getrennt. Auf die verpflichtende Einführung einer Biotonne wird nach wie vor kreisweit verzichtet. Im Auftrag des Kreises werden entsprechende Sammelbehälter auf den Recyclinghöfen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bereitgehalten. Zusätzlich können in Lüdenscheid Bioabfälle auf freiwilliger Basis haushaltsnah über Behälter erfasst werden.

Die enorme Trockenheit der vergangenen Jahre hat den Bäumen im Stadtgebiet erheblich zugesetzt. Bei fast allen Baumarten sind Schäden oder Vitalitätsminderungen zu beobachten. Hinzu kommt der Schädlingsbefall (z. B. Borkenkäfer), der die Bäume weiter schädigt und in großen Teilen absterben lässt. Angesichts der aktuellen Entwicklung durch den Klimawandel, stellt die Stadt Lüdenscheid seit 2020 rd. 400,0 T€ jährlich für zwingend notwendige Unterhaltungsmaßnahmen an den rd. 33.000 Straßenbäumen bereit. Diese Mittel sind nach derzeitigen Erkenntnissen auch in den Folgejahren erforderlich. Die Werkleitung wird mit der Kämmerei der Stadt entsprechende Gespräche führen.

Der Betrieb hat vor Pandemiebeginn ein gut funktionierendes betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut. Damit verbunden waren auch regelmäßige arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Wiedereingliederungsgespräche und kostenlose Kurse zur Gesundheitsprävention außerhalb der Pandemiezeiten. Ziel war es die hohen Ausfallzeiten zu reduzieren und die Attraktivität des Betriebes im Wettbewerb zu steigern. In 2022 musste pandemiebedingt das betriebliche Gesundheitsmanagement auf das notwendige Maß heruntergefahren werden. Für 2023 ist die Wiederaufnahme und Intensivierung geplant.

Das bereits in 2020 in Kooperation mit der SELH AöR (Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR) eingeführte Dokumentenmanagementsystem wurde erweitert und an die betrieblichen Erfordernisse angepasst. Zukünftig sollen auch Vergabeverfahren und Rechnungen, die durch die örtliche Rechnungsprüfung der Stadt Lüdenscheid zu prüfen sind, über den digitalen Weg abgewickelt werden. Erste Gespräche hierzu haben bereits stattgefunden.

Im Bereich der operativen Einsatzplanung wurde das Programm AIS 5 eingeführt. Das Containergeschäft wird bereits über dieses Programm abgewickelt. Eine Schnittstelle zum SAP wurde bereits erstellt und soll in 2023 getestet werden, so dass der Papierflow zur Buchhaltung durch einen digitalen Workflow ersetzt wird und Rechnungen direkt erzeugt werden können. Zukünftig soll über dieses Programm die Personal- und Einsatzplanung, Behälterverwaltung und Tourenplanung abgewickelt werden.

Mit der Clean Vehicles Directive (dt. „Saubere Fahrzeug Richtlinie“) hat die Bundesregierung am 14.06.2021 ein Gesetz veröffentlicht, das öffentliche Auftraggeber ab dem 02.08.2021 verpflichtet, Mindestquoten zu erreichen, die vorgeben, wie viele Fahrzeuge des Fuhrparks emissionsfrei sein müssen. Dazu gehören auch Fahrzeuge der Abfallentsorgung.

Die Umsetzung der Clean Vehicles Directive soll folgende Entwicklungen bewirken:

- Luftqualität in den Städten verbessern.
- Treibhausgase reduzieren.
- Lärmpegel senken.
- Markt für emissionsfreie Fahrzeuge schaffen.

Der Betrieb wird wie bisher bei künftigen Fahrzeugbeschaffungen prüfen, ob geeignete emissionsfreie Fahrzeuge auf dem Markt verfügbar sind, die den Anforderungen des Betriebes entsprechen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in 2018 ein Konzept zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit aufgelegt. Als Teil dieses Konzepts schafft das Teilhabechancengesetz neue Chancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt. Die Förderungen nach § 16i des Teilhabechancengesetzes sind erheblich, denn der Zuschuss in den ersten beiden Jahren beträgt annähernd 100 Prozent und verringert sich in jedem weiteren Jahr um 10 Prozent. Die Förderung pro Teilnehmer ist auf fünf Jahre begrenzt. Der STL beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 14 Mitarbeiter. Die Mitarbeiter können in allen betrieblichen Bereichen eingesetzt werden und sollen bei entsprechender Eignung die Chance bekommen, freiwerdende Stellen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu besetzen.

In einem weiteren Förderprogramm nach § 16e des Teilhabechancengesetzes erhalten Mitarbeiter einen Zeitvertrag über zwei Jahre, im ersten Jahr mit einer Förderung von 75 %, im 2. Jahr mit 50 %. Auf Grund von hohen krankheitsbedingten Ausfällen und als Alternative zur

Einstellung von Krankenvertretungen wurden im Rahmen dieses Programms drei Mitarbeiter eingestellt. Auch diese Mitarbeiter können in allen betrieblichen Bereichen eingesetzt werden und sollen bei entsprechender Eignung die Chance bekommen, freiwerdende Stellen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu besetzen.

## Lage

### Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen mit 29.501,2 T€ (Vorjahr 29.006,6 T€) etwas über den Umsatzerlösen des Vorjahres und gliedern sich auf die Hauptbetriebsbereiche wie folgt auf:

Bereiche	2022	2021
Abfallentsorgung	15.328,0 T€	15.014,2 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	52,0 %	51,8 %
Reinigung und Winterdienst	3.094,0 T€	3.138,5 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	10,5 %	10,8 %
Deponiebetrieb und Schadstoffsammlung	391,7 T€	393,5 T€
(gewerblich)	1,3 %	1,4 %
Leistungen für die Stadt	10.312,7 T€	10.110,5 T€
(öffentlich-rechtlich)	35,0 %	34,9 %
Sonstige Leistungen	374,8 T€	349,9 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	1,2 %	1,2 %
<b>Summe</b>	<b>29.501,2 T€</b>	<b>29.006,6 T€</b>

Die Umsätze im Bereich Leistungen für die Stadt (öffentlich-rechtlich) in Höhe von 10.312,7 T€ (Vorjahr 10.110,5 T€) enthalten im Wesentlichen Leistungen des Baubetriebes in der Straßen- und Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung, Gebäude- und Sportflächenunterhaltung von 6.517,6 T€ (Vorjahr 6.447,0 T€). Darüber hinaus sind in dem Betrag Tiefbauinvestitionen in Höhe von 1.184,6 T€ (Vorjahr 1.381,8 T€) sowie Mittel aus dem von der Stadt aufgelegten Sonderprogramm Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 1.027,9 T€ (Vorjahr 643,6 T€) enthalten, die ergebnisneutral abgerechnet werden. Sonstige Leistungen für die Ämter wurden in Höhe von 1.585,1 T€ (Vorjahr 1.638,1 T€) erbracht.

### Sonstige betriebliche Erträge und Zinsen

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 338,6 T€ (Vorjahr 302,9 T€). Im Wesentlichen ist hier die Korrektur der abzugsfähigen Vorsteuer für die gewerblichen Betriebsbereiche von 269,0 T€ (Vorjahr 250,2 T€) ausgewiesen. Unterjährig wird eine Bruttoerfassung der Eingangsrechnungen vorgenommen. Die abzugsfähige Vorsteuer wird nach Feststellung des endgültigen Vorsteuerschlüssels als Ertrag erfasst bzw. vom Anlagevermögen und den Vorräten abgesetzt. Außerdem sind noch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Versicherungserstattungen sowie aus Erträge aus Anlageabgängen enthalten. Zinserträge gab es in 2022 keine.

## Aufwendungen

Die Aufwendungen bewegen sich mit 29.312,0 T€ inkl. 46,9 T€ Steuern (Vorjahr 29.307,0 T€ inkl. 125,2 T€ Steuern) leicht über dem Niveau des Vorjahres und gliedern sich wie folgt auf:

<b>Aufwendungen</b>	<b>2022</b>	<b>2021</b>	<b>Veränderungen 2022 zu 2021</b>
Personalkosten	10.434,5 T€	10.520,7 T€	- 86,2 T€
Pachtkosten	921,9 T€	922,7 T€	- 0,8 T€
Betriebsstoffkosten	1.037,7 T€	775,6 T€	262,1 T€
Fahrzeugkosten	894,8 T€	981,2 T€	-86,4 T€
Reinigung und Winterdienst	924,8 T€	1.152,9 T€	-228,1 T€
Entsorgungsgebühren	3.806,3 T€	4.122,3 T€	-316,0 T€
Abschreibungen	1.201,2 T€	1.250,1 T€	-48,9 T€
Straßen und Grünflächen, sonstige Kosten	10.042,5 T€	9.453,4 T€	589,1 T€
Zinsaufwand	1,4 T€	2,9 T€	-1,5 T€
<b>Zwischensumme</b>	<b>29.265,1 T€</b>	<b>29.181,8 T€</b>	<b>83,3 T€</b>
Steuern	46,9 T€	125,2 T€	-78,3 T€
<b>Summe</b>	<b>29.312,0 T€</b>	<b>29.307,0 T€</b>	<b>5,0 T€</b>

In 2022 waren im Mittel insgesamt 202,0 Arbeitnehmer beschäftigt. Im Vorjahr waren es noch 206,5. Die Personalkosten liegen um 86,2 T€ unter den Kosten des Vorjahres. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die geringere Zahl an Mitarbeitern. Insgesamt wurden durch das gewerbliche Personal im Jahr 2022 244.200 Leistungsstunden (Vorjahr 250.120 Leistungsstunden) erbracht.

Für die Berechnung der Pacht werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Zudem wird ein Betrag in Höhe von 0,75 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens für anstehende Unterhaltungsmaßnahmen eingerechnet. Der Pachtzins beträgt weiterhin 6,2 % (inklusive der Avalprovision und dem Verwaltungskostenanteil) der Buch- und Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude. In der Position Pachtkosten sind auch Pachten und Sondernutzungsentgelte enthalten, die an die Stadt für die Wertstoffsammelstellen abgeführt werden.

Die Kosten für Betriebsstoffe liegen mit 1.037,7 T€ auf Grund der erheblich gestiegenen Kraftstoffpreise im Zusammenhang mit der Ukrainekrieg um 262,1 T€ über den Beträgen des Vorjahres (775,6 T€).

Die Fahrzeugkosten liegen mit 894,8 T€ unter dem Vorjahreswert von 981,2 T€.

Die Sachkosten für die Reinigung und den Winterdienst (Streumaterial, Kosten für Drittbeauftragte usw.) liegen mit 924,8 T€ aufgrund des mildereren Winters unter dem Vorjahreswert von 1.152,9 T€ (-228,1 T€).

Die Entsorgungsgebühren für Abfall, die an den Märkischen Kreis abzuführen sind, liegen aufgrund der rückläufigen Abfallmengen von insgesamt 23.268 to (Vorjahr 25.575 to) mit 3.806,3 T€ um 316,0 T€ unter dem Vorjahreswert von 4.122,3 T€.

Die Abschreibungen betragen 1.201,2 T€ (Vorjahr 1.250,1 T€).

Im Bereich Straßen und Grünflächen, Sonstige Kosten und Zinsaufwendungen liegen die Aufwendungen mit 10.043,9 T€ um 588,2 T€ über dem Vorjahreswert (9.456,3 T€). Ursächlich hierfür sind die erhebliche gestiegenen Energiekosten (+ 200,9 T€) und die erhöhten Aufwendungen im Bereich der Tätigkeiten des Baubetriebes für die Stadt (+ 314,7 T€)

### Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von 527,9 T€ (Vorjahr 2,5 T€).

### Ergebnis der Betriebsbereiche

Der Jahresüberschuss von 527,9 T€ ergibt sich aus den einzelnen Betriebsbereichen wie folgt:

<b>Ergebnis der Betriebsbereiche</b>	<b>2022</b>
Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung	379,3 T€
Öffentlich-rechtliche Straßenreinigung und Winterdienst	59,8 T€
Baubetrieb (Inkl. Straßen und Grünflächen)	7,7 T€
Baubetrieb Investitionen	0,0 T€
Friedhöfe	14,1 T€
Leistungen für die Stadt	18,0 T€
Leistungen für andere öffentlich-rechtliche Dritte	8,9 T€
<b>Zwischensumme ö-r Betriebsbereiche</b>	<b>487,7 T€</b>
Gewerbliche Abfall- und Wertstoffentsorgung	39,7 T€
Sonstige Leistungen für Dritte	0,5 T€
<b>Zwischensumme gewerbliche Betriebsbereiche</b>	<b>40,2 T€</b>
<b>Summe</b>	<b>527,9 T€</b>

In den öffentlich-rechtlichen Betriebsbereichen beträgt der Überschuss 487,7 T€. Dieser Überschuss ist maßgeblich beeinflusst durch die Überdeckung in den Gebührenbereichen öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung (379,3 T€) und öffentlich-rechtliche Straßenreinigung und Winterdienst (59,8 T€). Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen eine geringere zu entsorgende Abfallmenge im Vergleich zu den Vorjahren und ein milder Winterverlauf. In den gewerblichen Betriebsbereichen ist ein Überschuss von 40,2 T€ nach Steuern zu verzeichnen.

Auch in den öffentlich-rechtlichen Bereichen „Baubetrieb“ und „Leistungen für die Stadt und andere öffentlich-rechtliche Dritte“, in denen Winterdienstaufwendungen auflaufen sowie im gewerblichen Betriebsbereich „Sonstige Leistungen für Dritte“ werden die Ergebnisse von dem milden Winterverlauf beeinflusst.

Die gewerbliche Abfall- und Wertstoffentsorgung schließt mit einem Ergebnis von 39,7 T€ positiv ab und bewegt sich damit im Rahmen des Wirtschaftsplanansatzes (Plan 31,4 T€).

Im Bereich der gewerblichen Reinigung und des gewerblichen Winterdienstes einschließlich Sonstiger Leistungen für Dritte konnte ein positives Ergebnis von 0,5 T€ erzielt werden, was geringfügig unter dem Wirtschaftsplanansatz liegt (15,1 T€).

## Finanzlage

Das Eigenkapital beträgt 4.335,5 T€ und liegt damit um 527,9 T€ über dem Vorjahreswert von 3.807,6 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 7.550,8 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 57,4 % (Vorjahr 52,8 %).

Die allgemeine Rücklage des Betriebes hat zum 31.12.2022 einen Bestand von unverändert 2.319,2 T€ (Vorjahr 2.319,2 T€).

Die Rückstellungen belaufen sich auf insgesamt 1.293,6 T€ (Vorjahr 1.630,8 T€). Davon entfallen 1.027,6 T€ auf Personalarückstellungen, 90,5 T€ auf Rückstellungen für Prüfungskosten und interne Jahresabschlusskosten, 34,3 T€ auf Rückstellungen für Altersteilzeit und 141,2 T€ auf übrige Rückstellungen insbesondere für noch ausstehende Rechnungen. Die Gebührenüberdeckungen werden in Anlehnung an die Ergebnisse der 109. Sitzung des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (ÖFA) vom 16. Februar 2012 seit 2017 als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten betragen mit insgesamt 1.912,1 T€ rd. 25,3 % der Bilanzsumme und liegen um 140,6 T€ über dem Vorjahreswert von 1.771,5 T€. Die Verpflichtungen gegenüber dem Gebührenzahler liegen mit 504,7 T€ um 291,0 T€ über dem Vorjahreswert (213,7 T€). Darüber hinaus betragen zum Stichtag die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Kontokorrentkredit) 0,0 T€ (Vorjahr 119,1 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen stichtagsbezogen um 63,5 T€ und betragen 1.000,1 T€ (Vorjahr 936,6 T€).

Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum hinaus bis zur Erstellung dieses Lageberichts gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

Die Investitionen des Betriebes betragen im Jahr 2022 insgesamt 750,4 T€. Die Investitionssumme lag im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 1.779,6 T€ unter dem Ansatz von 2.530,0 T€. Im Rahmen der Investitionsplanung wurde von kürzeren Lieferzeiten ausgegangen. Die bereits bestellten Investitionsgüter werden im 1. Quartal 2023 geliefert. Ein Übertrag der entsprechenden Mittel wird im 1. Nachtragsinvestitionsplan für das Jahr 2023 vorgenommen.

## Vermögenslage

Die Bilanzrelationen haben sich im Vergleich zum Vorjahr geändert. Die Bilanzsumme erhöht sich um 331,3 T€ auf 7.550,8 T€ (Vorjahr 7.219,5 T€). Auf der Aktivseite der Bilanz nahm das Anlagevermögen um insgesamt 461,6 T€ ab und beträgt mit 4.636,7 T€ 61,4 % der Bilanzsumme (Vorjahr 5.098,3 T€, 70,6 %). Das kurzfristig gebundene Umlaufvermögen in Höhe von 2.900,1 T€ nahm stichtagsbezogen um 791,8 T€ zu (Vorjahr 2.108,3 T€). Das Anlagevermögen ist zu 93,5 % (Vorjahr 74,7 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte u. a. durch bilanzielle Abschreibungen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe von 14,0 T€ (Vorjahr 12,9 T€) ausgewiesen.

Der STL nimmt die Aufgabe Friedhofswesen im Rahmen der STL-Betriebssatzung und STL-Dienstanweisung wahr. Der Rechnungsabgrenzungsposten für die Gebühreneinnahmen für die Überlassung von Grabstätten für zukünftige Jahre wird bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid geführt.

## **Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG**

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Südwestfalen Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2022 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

## **Gesamtaussage**

Die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist unter Berücksichtigung des vorgegebenen Budgetrahmens der Stadt und dem aktuellen Marktumfeld in den gewerblichen Bereichen nach wie vor gut.

## **Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Ziel des Betriebes ist die Erreichung eines ausgeglichenen Ergebnisses, das sich im Rahmen des vorgegebenen Wirtschaftsplans unter Einhaltung der Budgetvorgaben bewegt. Zur Unternehmenssteuerung dient ein umfassendes unterjähriges Berichtswesen mit einem Soll-/Ist-Abgleich. Zur Gewährleistung gleichbleibender Qualität der Leistung und um die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern, werden die Mitarbeiter kontinuierlich geschult und weitergebildet. Schulungsmaßnahmen und Weiterbildungen fördern die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Betrieb, was sich insbesondere in einer sehr geringen Mitarbeiterfluktuation zeigt.

Die Reduzierung von Emissionswerten und Energieverbräuchen sind wesentliche Kriterien bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten.

Auch bei den sonstigen zu beschaffenden Produkten wird auf Nachhaltigkeit Wert gelegt. Im Bereich der Beschaffung von Gefahrstoffen soll zukünftig verstärkt auf Möglichkeiten der Substitution geachtet werden.

## **Prognosebericht**

Der wichtigste Einflussfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2023 sind die Marktlagen bei der Beschaffung von Energie und Kraftstoffen sowie die Lieferketten. Insgesamt spielt in diesem Zusammenhang die weitere Entwicklung des Ukrainekriegs eine große Rolle. Das Infektionsgeschehen dürfte nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

In Ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2023 erwartet die Bundesregierung eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 0,2 %. Große Unsicherheiten bestehen weiterhin aufgrund des Kriegs in der Ukraine, der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Energiepreise. Trotz staatlicher Maßnahmen wie Energie- und Gaspreisbremse bleibt ein erheblicher Einfluss auf die Kaufkraft bestehen. Die Inflation geht langsam zurück, insgesamt rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg des Verbraucherpreisindex um 6 % gegenüber dem Vorjahr.

Die durch das Hochwasser im Juli 2021 aufgetretenen Schäden an der Infrastruktur konnten noch nicht alle behoben werden. Zur weiteren Abarbeitung wurde im Rahmen eines Wiederaufbauplans bei der Bezirksregierung Fördermittel in Höhe von rund 1.160 T€ beantragt. Mit einer Entscheidung ist in 2023 zu rechnen.

Die seit dem 02.12.2021 gesperrte Talbrücke der Autobahn A45 bei Lüdenscheid wird auch in 2023 zu erheblichen Verkehrsproblemen führen.

Der deutlich gestiegene Fahrzeugverkehr führt auf Lüdenscheider Straßen zu erheblichen Beschädigungen, so dass in den nächsten Jahren umfangreiche finanzielle Mittel zur Sanierung der Infrastruktur notwendig sein werden. Das Verkehrsaufkommen mit Stauungen belastet die Anwohner und die Wirtschaft erheblich. Eine Abwanderung von Firmen und Fachkräften ist bereits jetzt zu erkennen und wird sich in Zukunft voraussichtlich verstärken.

Betroffen sind auch alle Reinigungs- und Abfallsammeltouren, Verzögerungen und längere Fahrzeiten sind die Regel. Mit der Bezirksregierung und dem Märkischen Kreis konnte eine Bundesimmissionschutzgesetz-Genehmigung für die Umladestation Kleinleifringhausen erwirkt werden, die es ermöglicht sämtliche Hausmüll, Sperrmüll und Grünabfälle aus dem Stadtgebiet in Großcontainer umzuladen, die mit LKW-Hängerzügen zu den Entsorgungsanlagen gebracht werden. Die Genehmigung ist zunächst auf ein Jahr befristet und wird erst durch eine Vereinbarung mit dem Märkischen Kreis zur Herstellung von Planungsrecht für die Umladestation unbefristet.

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf Lieferketten und Energie. Durch die verschiedensten Maßnahmen der Regierung konnte teilweise gegengesteuert werden. Auch belasten die von den westlichen Alliierten verhängten Sanktionen gegen Russland weiterhin die ohnehin geschädigten globalen Lieferketten.

Bisher hat es in der Bundesrepublik nicht zur Verknappung von Lebensmitteln geführt, obwohl aus Russland und der Ukraine rund ein Drittel der globalen Weizenexporte stammen. Wie sich diese Situation entwickelt, bleibt abzuwarten, Auswirkungen bis in die privaten Lebensbereiche sind weiterhin möglich.

Ein Ende des Krieges ist zurzeit nicht absehbar, wirtschaftliche Folgen und Auswirkungen auf den Betrieb sind weiterhin möglich.

Die Bundesagentur für Arbeit geht im Ausblick für 2023 davon aus, dass bedingt durch den Angriff Russlands auf die Ukraine und die dadurch ausgelöste Energiekrise der Arbeitsmarkt unter Druck gerät und mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen sei.

Der Bedarf an Fachkräften bleibt weiterhin hoch, negativ wirkt sich im Betrieb seit Jahren die Verfügbarkeit von Technikern und Ingenieuren aus. Es gelingt oftmals nicht, hochqualifiziertes Personal in den öffentlichen Betrieben zu halten oder neu einzustellen.

Der Betrieb wird auch in 2023 sowohl im Verwaltungsbereich als auch in den operativen Geschäftsbereichen ausbilden, so dass altersbedingt freiwerdende Stellen übergangslos nachbesetzt werden können. Insgesamt werden in 2023 sechs Ausbildungsstellen besetzt sein.

In der gewerblichen Abfallentsorgung sinken die Abfallmengen insbesondere im Bereich Altpapier und gemischte Gewerbeabfälle, während die Mengen an Holz- und Bauabfällen gestiegen sind. Auf Grund der Preisentwicklung im Bausektor ist in diesem Bereich in 2023 ein Rückgang wahrscheinlich. Im Vergleich dazu haben die Abfallmengen der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung das Niveau vor der Coronapandemie wieder erreicht. Ein Rückgang ist bei den Altpapiermengen zu erwarten, da die Printmedien ab- und Verpackungen zunehmen. Verpackungen haben ein hohes Volumen aber ein geringeres Gewicht, so dass der Sammelaufwand nicht geringer wird, das Sammelgewicht insgesamt aber sinkt.

Die Vermarktung von Sekundärrohstoffen hat sich im vergangenen Jahr sehr unterschiedlich entwickelt. Der Schrottmrkt war zum Jahresende 2022 deutlich rückläufig, das Handelsvolumen laut EUWID (47.2022) deutlich unter dem Normalniveau. Eine Prognose für 2023 ist schwierig, da es sich hier um einen energieintensiven Markt handelt und auf Grund von Unsicherheiten der konjunkturellen Entwicklung sowie gestiegenen Finanzierungskosten Projekte zurückgestellt werden. Im Bereich der Holzverwertung sind die Erlöse bedingt durch den Energiemarkt gestiegen, auch in 2023 dürften sich die Erlöse auf einem hohen Niveau bewegen. Beim Altpapier stiegen die Preise der Massensorten bis zum Sommer kontinuierlich, während es zum Herbst zu einem rapiden Preiseinbruch kam. Die Lage hat sich im Januar beruhigt, allerdings ist von einer Besserung im ersten Quartal 2023 nicht auszugehen, die Prognosen der Papierindustrie für das zweite Quartal fallen optimistischer aus. Da die Papierverwertung in 2023 weiterhin indexbezogen abgerechnet wird, nimmt der Betrieb an den Marktschwankungen teil. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Nachfrage nach Entsorgungsdienstleistungen ebenfalls wieder verbessert. Die Dienstleistungsangebote des Betriebes werden diese Entwicklung begleiten und laufend den Markterfordernissen angepasst.

Die für die Stadt durchzuführenden Aufgaben wie die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und der Winterdienst, die Leistungen des Baubetriebes, die Friedhofsunterhaltung und die sonstigen Leistungen werden auf Basis von Selbstkosten abgerechnet und im Rahmen der Wirtschaftsplanansätze für das Jahr 2023 abgewickelt.

Bei der Wahrnehmung seiner hoheitlichen und freiwilligen Aufgaben, wirkt der Betrieb auf die Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung hin, wie sie in den Nachhaltigkeitszielsetzungen der UN (Sustainable Development Goals, SDG), des Bundes und des Landes NRW niedergelegt sind. Grundlage dafür ist die Beteiligung des Betriebes am Nachhaltigkeitshaushalt der Stadt Lüdenscheid. Im Rahmen dieses Projektes wurden folgende strategische bzw. operative Nachhaltigkeitsziele entwickelt:

- Bis Ende des Jahres 2025 werden alle Fahrzeuge des Betriebes mindestens auf Euro 5, bis Ende 2030 mindestens auf Euro 6 umgerüstet.
- Bis Ende 2030 werden die mit Hausmüllwagen gefahrenen Kilometer pro in Tonnen gemessener Menge transportierten Haus- und Sperrmülls aus Lüdenscheid im Vergleich zum Jahr 2019 um mindestens 25 % gesenkt.
- Bis Ende 2030 verbessert der Betrieb die natürlichen Lebensräume von Insekten durch die Erhöhung der biologischen Vielfalt auf städtischen Grün- und Friedhofsflächen im Vergleich zum Jahr 2019 um weitere 5.000 m<sup>2</sup>.

Zusätzlich hat der Betrieb am Projekt „Global nachhaltige Kommune“ teilgenommen, bei dem für die Stadt Lüdenscheid weitere Nachhaltigkeitsziele erarbeitet wurden.

Die Höhe des Unterhaltungsbudgets für 2023 für den Bereich Baubetrieb wurde im Vergleich zum Vorjahr um die tariflichen Lohnkostensteigerungen angepasst. Damit liegt die Höhe des Unterhaltungsbudgets für das Jahr 2023 bei insgesamt 5.084,0 T€.

Damit weitere dringend erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen über die Pflichtaufgaben hinaus durchgeführt werden können, werden dem Betrieb über den städtischen Haushalt bereits seit Jahren zusätzliche Unterhaltungsmittel bereitgestellt. Für das Jahr 2023 beträgt die Summe 1.319,0 T€.

Im Bereich der Instandhaltungsrückstellungen konnten aufgrund des Personalmangels im Bereich des Bauingenieurwesens die Arbeiten in 2021 nicht abgewickelt werden. Die Mittel wurden in das Jahr 2022 übertragen, die Auftragsvergabe erfolgte, die Abarbeitung der Maßnahmen wird in 2023 abgeschlossen. Ob noch für das Jahr 2023 und darüber hinaus Mittel für Instandhaltungsrückstellungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden können, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Ebenfalls in dieser Summe enthalten sind 400,0 T€ für die Unterhaltung von Bäumen, da aufgrund des Klimawandels die zur Verfügung gestellten Unterhaltungsmittel in diesem Bereich nicht ausreichen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass auch in den Folgejahren erhebliche Mittel für die Unterhaltung der Straßenbäume benötigt werden. Ob dem Betrieb über das Jahr 2023 hinaus Mittel auf Basis von Instandhaltungsrückstellungen bereitgestellt werden, wird noch mit dem Kämmerer der Stadt besprochen.

Auch künftig wird das Budget, das durch die Stadt bereitgestellt wird, zur Sicherstellung der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den jährlichen Preissteigerungen und Lohnerhöhungen angepasst.

Die Aufwendungen können sich aufgrund allgemeiner Preissteigerungen, zum Beispiel bei den Energie- und Kraftstoffaufwendungen, im Jahr 2023 noch erhöhen. Jedoch scheinen die Prognoseziele des Betriebes erreichbar zu sein.

Darüber hinaus sieht sich der Betrieb mit steigenden Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit sowie zunehmender Ansprüche an Service- und Qualitätsstandards unter gleichzeitiger Beibehaltung qualifizierter Arbeitsplätze konfrontiert. Der Betrieb hat sich zum Ziel gesetzt, diese Anforderungen auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels – sowohl bei der Dienstleistung gegenüber der Lüdenscheider Bevölkerung als auch bei der internen Leistungsbeziehung – zu bewältigen.

Seit 2020 hat der Betrieb in verschiedenen Stadtteilen die Pflichtpapiertonne für private Haushalte eingeführt und zeitgleich die Depot-Altglasbehälter gegen Unterflurbehälter ausgetauscht. Das Ziel ist es, die Verschmutzung an den Wertstoffsammelstellen zu verringern und die Qualität des zu vermarktenden Altpapiers zu verbessern, um so einen höheren Vermarktungspreis zu erzielen. Diese Maßnahmen sind sehr erfolgreich und haben zu einem deutlich verbesserten Erscheinungsbild der Standorte beigetragen. Die Maßnahme wird deshalb in 2023 auf ausdrücklichen Wunsch der Politik in einem weiteren Stadtteil fortgesetzt.

Die Laufzeit des Vertrages über die Erfassung von Leichtverpackungen in der Stadt Lüdenscheid ist befristet und endet zum 31.12.2025. Der Rat der Stadt hatte entschieden, dass ab dem 01.01.2023 die Sammlung der Leichtverpackungen nicht mehr, wie bisher über Gelbe Säcke sondern über Gelbe Tonnen erfolgen soll. Ob diese Sammlung ab dem 01.01.2026 um eine Wertstofftonne erweitert wird, muss die Politik spätestens in 2024 entscheiden.

Im Auftrag der Politik hat der Betrieb angrenzend an den Humanfriedhof Piepersloh eine Fläche von rd. 1.000 m<sup>2</sup> gepachtet und betreibt dort seit 2022 einen Tierfriedhof, der von der Lüdenscheider Bevölkerung und darüber hinaus angenommen wird. Die Bestattungszahlen bewegen sich im kalkulierten Bereich.

Damit die Attraktivität der kommunalen Friedhöfe der Stadt auch künftig auf hohem Niveau gehalten werden kann, sind kontinuierliche Neubau- und Erweiterungsarbeiten durchzuführen. Es ist regelmäßig erforderlich, das Angebot der unterschiedlichen Grabarten zu prüfen,

zu erweitern und den Flächenbedarf anzupassen. Deshalb sind dem Betrieb aus dem städtischen Haushalt in 2022 rd. 740,0 T€ bereitgestellt worden, um den Kommunalfriedhof Piepersloh zu erweitern. Die Baumaßnahmen laufen seit September 2022, die Inbetriebnahme als Friedhofsfläche wird in 2023 erfolgen.

Das Unternehmen Ruhebaum plant in Kooperation mit Baron von dem Bussche auf einem Areal am Stillking in Lüdenscheid einen Bestattungswald zu errichten. Die Politik steht diesem Vorhaben positiv gegenüber, rechtliche Klärungen stehen noch aus. Derzeit ist nicht davon auszugehen, dass dieses Vorhaben bereits in 2023 umgesetzt wird. Die Auswirkungen auf zukünftige Bestattungszahlen der kommunalen Friedhöfe sind derzeit nicht absehbar, halten sich aber voraussichtlich in einem überschaubaren Rahmen, da Ruhebaum überregional agiert und eine ähnliche Bestattungsform auf dem Friedhof Piepersloh auch durch den Betrieb angeboten wird.

Die voraussichtliche Entwicklung des Betriebes ist trotz der zurzeit bestehenden schwierigen Rahmenbedingungen gut. Die Abfallbranche bietet gerade für kommunale Betriebe aufgrund des günstigen politischen Umfeldes weiteres Wachstumspotential (Stichwort: Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit). Es ist jedoch von Bedeutung, dass durch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz bisher nicht steuerbare Leistungen möglicherweise künftig steuerbar und steuerpflichtig werden. Vorläufig wurde die Neuerung zurückgestellt, welche Auswirkungen sich durch eine geänderte Gesetzeslage für den Betrieb ergeben und ob mit Einschränkungen, beispielsweise im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, zu rechnen ist, wird die Werkleitung beobachten.

Auf der ehemaligen Hausmülldeponie Kleinleifringhausen betreibt der STL im Auftrag der AMK mbH eine Umlade Anlage für Hausmüll, Sperrmüll und Grünabfälle. In 2022 konnte eine BImSchG-Genehmigung erzielt werden, die vorläufig bis zum 30.09.2023 befristet ist. Der Betrieb möchte über diesen Termin hinaus die Umladeanlage in Eigenregie weiter nutzen, da sonst selbst geringe Abfallmengen in Direkttransporten von Lüdenscheid nach Iserlohn zur Verbrennungsanlage transportiert werden müssten. Das wäre unwirtschaftlich und hätte erhebliche Auswirkungen sowohl auf die öffentlich-rechtlichen als auch auf die gewerblichen Transportleistungen des Betriebes und ist gerade unter Umweltgesichtspunkten zu vermeiden. Entsprechende Gespräche und Vertragsverhandlungen mit den Aufsichtsbehörden und der AMK GmbH laufen derzeit und können voraussichtlich in 2023 abgeschlossen werden.

Grundsätzlich werden aus Sicht des Betriebes trotz des schwierigen Marktumfeldes, keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft gesehen. Die Werkleitung hat das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zur Abfall- und Wertstofffassung in den hoheitlichen und gewerblichen Geschäftsbereichen jederzeit im Blick.

Insbesondere auf Grund der Budgeterhöhung, wird für das Geschäftsjahr 2023 ein ausgeglichenes Gesamtergebnis erwartet.

## **Chancen- und Risikobericht**

Die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen (KonTraG) hat der Betrieb entsprechend der Vorschriften, mit der Implementierung eines Chancen- und Risikomanagementsystems erfüllt. Im Chancen- und Risikomanagementsystem werden alle, den Betrieb und das Ergebnis dauerhaft beeinflussende Chancen und Risiken der Betriebsbereiche erfasst, fortlaufend überwacht und geeignete Maßnahmen zur Risikostreuerung definiert. Eine regelmäßige Berichterstattung und die Überprüfung der Abläufe durch die Revision gewährleisten eine umfassende Information.

Im Berichtsjahr wurden die Prozesse des Workflows „Rechnungsprüfung“ innerhalb der Anwendung „Dateimanagementsystem“ (DMS) sowie des Zahlungsverkehrs am Recyclinghof an der „Kasse“ und über mobile Endgeräte mit der Software „Abakus“ überprüft.

### Leistungen für die Stadt

Der Betrieb ist hauptsächlich abhängig von der Auftragsvergabe durch die Stadt Lüdenscheid in den Bereichen Baubetrieb (einschließlich Bau- und Ingenieurwesen) und sonstige Leistungen für die Stadt. Die Haushaltssituation der Stadt wirkt sich so unmittelbar auf die Ertragskraft des Betriebes aus.

### Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung

Die Ausweitung des nationalen Brennstoffemissionshandels auf Abfälle durch das deutsche Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) und das EU-Emissionshandelssystem (EHS) würden erhebliche Auswirkung auf die Höhe der Entsorgungskosten und somit auf die Abfallgebühren haben. Diese Entwicklung bleibt abzuwarten.

### Gewerbeabfall

Die Ausrichtung des Betriebes in den gewerblichen Betriebsbereichen orientiert sich daran, die Leistungsfähigkeit und den unternehmerischen Erfolg zu steigern, um im Wettbewerb weiter bestehen zu können. Der Betrieb stellt sich diesen Herausforderungen durch intensive Kundenbetreuung und verstärkte Vertriebsaktivitäten. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes ist im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung unter anderem davon abhängig, ob und wann sich die allgemeine Konjunkturlage auch in der Entsorgungsbranche durch einen Anstieg des Preisniveaus bemerkbar macht.

### Wertstofffassung

Die Verwertung der Bioabfälle erfolgt auch in 2023 in einer durch den Märkischen Kreis zugewiesenen Biogasanlage, in welcher der erfasste Biomüll vergoren und nach entsprechender Verstromung in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird.

Die Schrottpreise und auch die Verwertungserlöse für Altpapier sind zum Jahresende 2022 deutlich gesunken. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Preise trotz der vielen Risiko- und Unsicherheitsfaktoren erholen. Die Erlöse, die der Betrieb durch die flächendeckend eingeführte haushaltsnahe Wertstofffassung erzielt sowie der gut aufgestellte Recyclinghof werden auch künftig zur Gebührenstabilität beitragen.

Die Werkleitung beobachtet und begleitet auch über die Verbandsebene (Verband kommunaler Unternehmen / Deutscher Städtetag) das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zu dieser Thematik.

## Reinigung und Winterdienst

Kostenerhöhungspotentiale bestehen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Reinigung. Die zunehmende Verunreinigung der Innenstädte ist ein landesweites Problem geworden und die Forderung nach erhöhten Reinigungsleistungen und einem saubereren Stadtbild kann ohne zusätzliches Reinigungspersonal und ohne weiteren Maschineneinsatz nicht umgesetzt werden. Vorgesehen ist, dass die Produkthersteller ab 2025 in den sogenannten Einwegkunststofffonds einzahlen, aus dem die Kommunen Mittel zur Entsorgung des Plastikmülls abschöpfen und so die Entsorgung des Plastikmülls finanzieren können.

Auch die Anforderungen an die Winterwartung erhöhen sich aufgrund der extremeren Witterungsverhältnisse, was in Zukunft zu erheblichen Schwankungen der Ergebnisse führen kann. In den Kalkulationen der Gebührenbereiche und bei der Anpassung der Entgelte für Dritte werden diese Risiken weitgehend für die Zukunft berücksichtigt. Verluste im Bereich der öffentlich-rechtlichen Straßenreinigung und Winterdienst können in den Folgejahren durch Gebühreanpassungen ausgeglichen werden.

Im Geschäftsbereich des gewerblichen Winterdienstes musste der Betrieb einen Großteil der Verträge kündigen, weil aufgrund der strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Rufbereitschaftszeiten, Begrenzung der Tagesarbeitszeit, Arbeitszeitgesetz, Lenkzeitverordnung) diese Leistung nicht mehr wirtschaftlich erbracht werden konnte. Dennoch sind die Verpflichtungen sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privatwirtschaftlichen Winterdienst so groß, dass sich der Betrieb der Hilfe Dritter bedienen muss. Die Leistung wurde aufgrund des Auftragsumfangs in 2022 für die Zeit von November 2022 – Mai 2027 europaweit ausgeschrieben. Das Ausschreibungsergebnis zeigte stark gestiegene Konditionen, so dass Preisanpassungen in 2023 unumgänglich sind. Welche Auswirkungen das auf die Auftragslage hat, bleibt abzuwarten.

## Versicherungsschutz

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht über die Stadt Lüdenscheid bei der GVV-Kommunalversicherungs VVaG eine Vermögenseigenschadenversicherung für alle Beschäftigten sowie eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung für den Werkleiter und seinen Stellvertreter. Zusätzlich zur Haftpflicht-, Unfall- und Kaskoversicherung für die Beschäftigten und Fahrzeuge des Betriebes bestehen für das Inventar der STL Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag, Einbruchdiebstahl sowie gegen Elementar- und Elektronikschäden.

## **Chancenbericht**

Der Betrieb erfüllt durch die eingeführten Managementsysteme die ständig steigenden Anforderungen am Markt. Beispiele hierfür sind:

### **Zertifizierung**

Der Betrieb verfügt über ein integriertes Managementsystem im Rahmen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung. Die Entsorgungsgemeinschaft der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. (EdDe) bestätigte im November des Berichtsjahres die erfolgreiche Durchführung und Weiterentwicklung des Systems. Die Überprüfung erfolgte im Oktober des Berichtsjahres und wurde bis zum 17.04.2024 verlängert.

## **Arbeitsschutz / Gefahrgut**

Im Bereich des Arbeitsschutzes wurden und werden kontinuierlich Gefährdungsanalysen von der Fachkraft für Arbeitssicherheit aufgestellt, bei denen sich keine wesentlichen Beanstandungen ergaben. Entsprechend des Jahresberichtes des Gefahrgutbeauftragten gab es beim STL im Berichtsjahr keine Unfälle mit gefährlichen Gütern, bei denen Personen, Tiere, Sachen oder die Umwelt durch das Freisetzen gefährlicher Güter zu Schaden gekommen sind. Auch aus dem Jahresbericht 2022 für die Deponie Kleinleifringhausen des Betriebsbeauftragten für Abfall haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Weitere kommunale Kooperationen bieten gute Chancen zur Entwicklung des Betriebes. Beispiele dafür sind:

- Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Abfallentsorgung mit Nachbarstädten und Gemeinden,
- die gemeinsame Nutzung von Personal- und Fahrzeugkapazitäten auf Baubetriebshöfen und
- die Durchführung des kommunalen Winterdienstes im Verbund.

Im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung und der gewerblichen Straßenreinigung und des Winterdienstes wird der steigenden Konkurrenz der Mitbewerber mit hohem Maß an Erfahrung und Zuverlässigkeit in Verbindung mit einer guten Qualität der Leistung begegnet. Ziel des Betriebes ist es, sich in diesen Bereichen als kompetenter regionaler Anbieter weiter zu etablieren.

## **Gesamtaussage**

Bestandsgefährdende Risiken sind unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich abzeichnenden Veränderung der Wettbewerbssituation für den Betrieb nicht erkennbar.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

## **Werkleitung**

Werkleiter ist Herr Heino Lange.

## Werksausschuss

<b>Mitglieder</b>
RH Daniel Kahler (Vorsitzender)
RF Heide-Marie Skorupa (1. stellv. Vorsitzende)
RF Ursula Meyer (2. stellv. Vorsitzende)
SB Gülpasa Erdogan
RH Dirk Franke
RH Lothar Hellwig
SB Jochen Kliebisch
SB Michael Kaulbach
SB Peter-Paul Marienfeld
SB Renate Klebeck
RH Lucas Karich
RH Michael Dregger
RF Gesthimani Demirtzoglou
RH Manuel Bunge-Altenberg
SB Margit Schade
<b>Beratendes Mitglied</b>
RF Brunhilde Gromball

Für die Stellvertretung gilt im Regelfall die allgemeine Vertretungsliste der Fraktionen.

### **Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Der Werksausschuss eines Eigenbetriebes/eigenbetriebsähnlicher Einrichtung nach § 5 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW ist ein Ausschuss des Rates der Gemeinde und als solcher, wie auch die anderen Ausschüsse des Rates der Gemeinde vom Geltungsbereich des LGG ausgenommen. Von daher findet das LGG keine Anwendung auf den STL.

### 3.4.1.4 Lüdenscheider Wohnstätten AG

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Liebigstraße 15 58511 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1927
<b>Grundkapital</b>	8.819.784,96 €

#### Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft errichtet, bewirtschaftet, betreut und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgabenübernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft dient vorrangig einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Die Tradition der Gesellschaft als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen bei der Zurverfügungstellung von Wohnraum soll damit erhalten bleiben. Der im Gesellschaftsvertrag beschriebene Gegenstand des Unternehmens ist auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ausgerichtet: Eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung stellt nach wie vor einen wichtigen öffentlichen Zweck dar. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben stand für die Gesellschaft im Berichtsjahr wieder im Mittelpunkt ihres Handelns.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	8.813.611,11 € = 99,93 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Angehörige des Baugewerbes	1.763,96 € = 0,02 %
Industriefirmen und Private	4.409,89 € = 0,05 %
<b>Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:</b>	
Münchener Hypothekenbank eG	70,00 €
DZ BANK AG Deutsche-Zentral Genossenschaftsbank	4.120,00 €

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der LüWo zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 1.605,5 T€ für Darlehen der Stadt Lüdenscheid.
- Erträge in Höhe von 398,8 T€ für Mieten.
- Aufwendungen in Höhe von 1.827,9 T€. Diese setzen sich zusammen aus Avalprovision (38,8 T€), Gewinnabführung (450 T€), Zinsen und Verwaltungskostenbeitrag für das Darlehen (41,7 T€), Grundbesitzabgaben (1.144,2 T€) und Erbbauzinsen (153,4 T€).

Finanzbeziehungen der LüWo zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 538,2 € für Entwässerung

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	56.161,8	57.206,6	-1.044,7	Eigenkapital	29.355,4	28.442,5	912,9
Umlaufvermögen	7.246,1	5.830,8	1.415,3	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	1.018,0	530,7	487,3
				Verbindlichkeiten	33.067,3	34.090,5	-1.023,2
Aktive Rechnungsabgrenzung	32,8	30,2	2,6	Passive Rechnungsabgrenzung	0,0	3,8	-3,8
<b>Bilanzsumme</b>	<b>63.440,7</b>	<b>63.067,5</b>	<b>373,2</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>63.440,7</b>	<b>63.067,5</b>	<b>373,2</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2022 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
3.594.414,50	Lüdenscheider Wohnstätten AG	Stadt Lüdenscheid	KfW

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	12.871,4	12.492,3	379,1
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	384,3	1.203,1	-818,8
<b>3. Materialaufwand</b>	7.322,7	7.652,1	-329,4
<b>4. Personalaufwand</b>	1.118,2	1.011,0	107,2
<b>5. Abschreibungen</b>	1.839,9	1.824,2	15,7
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	555,1	515,6	39,5
<b>7. Finanzergebnis</b>	-547,4	-657,4	110,1
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	1.872,4	2.035,2	-162,7
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>1.363,2</b>	<b>1.607,5</b>	<b>-244,3</b>

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	46,3	45,1	1,2
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	4,6	5,7	-1,1
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	79,2	75,7	3,5
<b>Verschuldungsgrad</b>	116,1	121,7	-5,6
<b>Umsatzrentabilität</b>	10,3	11,7	-1,5

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die Zahl der Beschäftigten 14 (Vorjahr 13).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland

### Steigende Energiepreise

Der Ende Februar 2022 ausgebrochene Ukraine-Krieg führte insbesondere die Gaspreise weiter in drastische Höhen. Die deutlich gestiegenen Energiekosten trieben die Inflation und erzeugten einen gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftentzug. Die weiterhin bestehenden Störungen der internationalen Lieferketten ließen die Preise für Rohstoffe und Vorprodukte weiter ansteigen.

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 2022 um 1,9 %. Unterstützt wurde dieses Wachstum von Nachholeffekten bei den Dienstleistungsbereichen und privaten Konsumausgaben, während hohe Preise und Materialmangel Industrieproduktion und Bau bremsten.

### Gestiegene Energiepreise und Zinsen

Die Energieträger erweisen sich auch langfristig als der größte Preistreiber bei den Wohnkosten. Die Verbraucherpreise für Gas, Heizöl und andere Haushaltsenergie stiegen seit dem Jahr 2000 um 190 % an. Dagegen nahmen die Nettokaltmieten bundesweit seit dem Jahr 2000 nur um 32 % zu. Sämtliche Energiearten zeigten von Mitte 2021 bis Juli 2022 eine Preissteigerung von 44 %.

Die jahrelange Phase der niedrigen Zinsen endete im 1. Halbjahr 2022. Zwischen Dezember 2021 und November 2022 erhöhten sich die Effektivzinssätze bei Krediten für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften deutlich.

### Wohnungsbau bleibt wichtiger Treiber der Nachfrage

Die Bauinvestitionen in Neubau, Modernisierung und Instandhaltung von Wohnungen konnten mit 0,7 % gegenüber dem Vorjahr moderat gesteigert werden. Mit einem Volumen von 256 Mrd. € macht der Wohnungsbau wie im Vorjahr mit 62 % den größten Anteil aller Bauinvestitionen in Deutschland aus.

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum insbesondere in den Ballungsgebieten bleibt ungebrochen.

### Wohnungsbaugenehmigungen und –fertigstellungen, unsichere Förderkulisse

Im Jahr 2021 wurden mit insgesamt 381.000 Wohnungen 3,3 % mehr genehmigt als im Vorjahr. Allerdings ging die Zahl der fertiggestellten Wohnungen 2021 erstmals seit vielen Jahren zurück. Mit 293.000 Wohnungen lag sie um 4,2 % geringer als im Vorjahr.

Es entsteht weniger Wohnungsneubau. Von den von der Bundesregierung jährlich ausgerufenen 400.000 neu zu errichtenden Wohnungen wurden in 2021 lediglich rund dreiviertel geschaffen.

Neben den gestiegenen Bau- und Kapitalkosten dürften auch der überraschende Stopp der KfW-Förderungen für energieeffiziente Neubauten und Sanierungen sowie die Unklarheit zur Neuausrichtung dieser Förderung Wohnungsbauinvestoren verunsichert haben. Dies zeigt der deutliche Rückgang der Baugenehmigungen des ersten Halbjahres 2022.

### Der Wohnungsmarkt in Lüdenscheid

Der Wohnungsmarkt in Lüdenscheid blieb auch 2022 entspannt. In der Bevölkerungsvorausberechnung für NRW vom Juni 2022 geht IT NRW von einer weiteren Schrumpfung der Einwohnerzahlen der Kommune aus.

Der Ukraine-Krieg führte zu einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum insbesondere durch Flüchtlinge aus dem Kriegsland. Das Unternehmen konnte dabei die Kommune umfassend mit Wohnraum unterstützen, vermietete aber auch direkt an Flüchtlinge. Das trug zu einem ausgeglichenen Ergebnis der Vermietung der Gesellschaft bei.

Ein einschneidendes Ereignis für die Stadt und die Region war die beidseitige Sperrung der baufälligen Rahmedetalbrücke der Bundesautobahn 45 zwischen den Anschlussstellen Lüdenscheid und Lüdenscheid-Nord Ende 2021.

Seitdem führt die Umleitung des Autobahnverkehrs durch die Stadt Lüdenscheid. Das Ausmaß der negativen Folgen für den Wohnungsmarkt in der Stadt und für das Unternehmen sind noch nicht abzusehen.

Inzwischen steht mit dem 7. Mai 2023 zumindest ein Sprengtermin für die marode Brücke fest.

### **Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Der Lüdenscheider Wohnstätten AG hat den vorrangigen Zweck, die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung im öffentlichen Sinne zu gewährleisten. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Kerntätigkeitsfeld ist die Errichtung und Vermietung von Wohnungen und Häusern in der Stadt Lüdenscheid.

Auch im dritten Corona-Pandemie-Jahr verfolgte die Lüdenscheider Wohnstätten AG ihre allgemeine Strategie, Umsatzerlöse zu stabilisieren und die Mittel für Instandhaltung und Modernisierungen umsichtig zu verwenden.

Das Unternehmen arbeitete weiter an seiner besonderen Strategie, den Klimaschutz und die Senkung des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs voranzutreiben und bis zum Jahr 2040 einen klimaneutralen Bestand zu bewirtschaften.

Mietanpassungen im Bestand erfolgten nach Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Neuvermietung. Daneben führte das Unternehmen zum 1. Oktober 2022 eine moderate Vergleichsmieterhöhung für rund 300 Wohnungen durch. Sie führen zu Mehreinnahmen von 7.000 € monatlich. Ihre Darlehensbelastungen konnte die Lüdenscheider Wohnstätten AG weiter verringern.

Pandemiebedingte Mietrückstandssteigerungen blieben weiterhin aus.

Die im Jahr 2022 massiv gestiegenen Energiekosten insbesondere beim Gas und die von der Politik abgeleiteten Maßnahmen und Verordnungen, um die Preisentwicklung zu dämpfen, prägten die Geschäftstätigkeit. Gestiegene Baukosten und gestörte Lieferketten verzögerten den Beginn oder die Fertigstellung von in 2022 geplanten größeren Maßnahmen wie beispielsweise der Umbau der beiden Wohnhäuser Brüderstraße 25/27 zu einer Kindertagesstätte oder die Betonsanierung an den Laubengängen der Philippstraße 36-44b. Die gestoppten KfW-Förderungen für energieeffiziente Neubauten sowie die Unklarheit zur Neuausrichtung dieser Förderung in Verbindung mit gestiegenen Bau- und Kapitalkosten ließen die Gesellschaft die Neubauvorhaben Am Grünewald 19-47 zurückhaltender angehen. Den Bauantrag wird die Gesellschaft voraussichtlich in diesem Jahr einreichen. Die Umsetzung des Projektes hängt von der Entwicklung der Rahmenbedingungen ab.

LüWo ist Stadtgestalter und pflegt und erhält angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Sie sichert damit im Sinne des Versorgungsauftrages eine sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für breite Teile der Bevölkerung in Lüdenscheid.

Schwerpunkte der Aktivitäten waren:

- Umbau von zwei Wohngebäuden an der Brüderstraße 25/27 zu einer Kindertagesstätte
- umfassende Einzelmodernisierungen
- barrierearme Badsanierung
- Austausch Gasgeräte

Die Gesellschaft will den Bestand weiter verbessern, nachhaltig entwickeln und wirtschaftlich leistungsfähig bleiben.

Gleichzeitig betrachtet die Gesellschaft den Klimaschutz als das für die zukünftige Entwicklung vielleicht wichtigste Thema.

Dazu wird ein Sonderbudget von 300 T€ für sogenannte Quick-Wins zur Dekarbonisierung bereit gestellt. Dazu gehörten Maßnahmen wie:

- Austausch von Gasdurchlauferhitzern in den Häusern Starenweg 6 und 8 durch elektrische Durchlauferhitzer in noch nicht sanierten Wohnungen
- Optimierung der Heizzentralen durch Nacht- und Wochenendabsenkungen
- teilweise Durchführung eines hydraulischen Abgleichs
- Beschaffung einfacher kombinierter Hygrometer/Thermometer für Kunden der Gesellschaft

Im Juli 2022 hat LüWo eine Energieberaterin in Teilzeit eingestellt. Ihre Aufgaben sind es insbesondere, die im Jahr 2021 erstmalig erstellte Portfolioanalyse zum CO<sub>2</sub>-Verbrauch in den Beständen der Gesellschaft fortzuschreiben und an der Entwicklung der Investitionsprogramme zur Dekarbonisierung mitzuwirken.

Seit dem Jahr 2022 bezieht die Gesellschaft rünen Strom aus ausgeförderten EE-Anlagen in Form von Herkunftsnachweisen gemäß § 79 EEG 2021 für das Treppenhauslicht in den Häusern. Das Unternehmen trägt dabei die Mehrkosten zum bisherigen grauen Strom.

Im Jahr 2022 stellt die Gesellschaft den Firmenfuhrpark abschließend auf Elektrofahrzeuge um. Sie lassen sich an zwei auf dem Firmengelände installierten Wallboxen mit grünem Strom laden.

Um Energie zu sparen und den CO<sub>2</sub>-Verbrauch zu senken, optimiert LüWo die Heizung der Büros durch Maßnahmen wie die Ausweitung der Nacht- und Wochenendabsenkung, geringere Zieltemperaturen, geringere Fühlertemperatur zur Abschaltung im Sommerfall, Ergänzung der fehlenden Dämmung der Rohre, Überprüfung von Pumpenleistung, Druck und Wasserfüllstand. Sie schaltetet die nächtliche Beleuchtung der Büro-Reklame aus.

Die Stadt Lüdenscheid beabsichtigt, die Klimaneutralität bereits im Jahr 2040 zu erreichen.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG beabsichtigt, ihren Beitrag zu leisten, dass auch ihr Bestand entsprechend entwickelt und in eine klimaneutrale Zukunft geführt wird. Dies erfordert eine grundsätzlich neue Ausrichtung des Unternehmens, die mit der vom Aufsichtsrat in den

Jahren 2021 und 2022 beschlossenen mittelfristigen Instandhaltungs- und Modernisierungsplanungen 2022 bis 2026 und 2023 bis 2027 ihren Einstieg fand.

Das Unternehmen hat sich im Jahr 2022 die Prüfung zur Aufgabe gemacht, inwieweit das Ziel der Klimaneutralität für die Gesellschaft möglich gemacht und erreicht werden kann.

Dazu erstellte das Unternehmen einen Businessplan für die Jahre 2022 bis 2040. Er zeigt die Auswirkungen auf das Unternehmen, wenn die Umsetzung zielorientiert erfolgt.

Der Businessplan baut unter anderem auf der im Jahr 2021 erstmalig durchgeführten CO<sub>2</sub>-Portfolioanalyse sowie auf den aktuellen Wirtschaftsplänen auf.

Um das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 zu erreichen, müssten erheblich mehr Investitionen in den Bestand getätigt werden als bisher. Würde das gegenwärtige Tempo fortgeführt, würde das Ziel deutlich verfehlt.

Der Businessplan zeigt allerdings auch, dass das Unternehmen ein gesteigertes Investitionsvolumen unter Beibehaltung der aktuellen Rahmenbedingungen auf Dauer unternehmerisch/kaufmännisch nicht durchhalten und auch dann das Ziel nicht erreichen würde. Dabei bleiben weitere Themen, wie beispielsweise der Personalbedarf dafür im Unternehmen oder aber der allgemeine Handwerkerangel etc., unberücksichtigt. Die Zahlen im Businessplan zeigen die Tendenzen.

Der Businessplan soll deshalb dabei helfen, die Diskussion über die Ausrichtung des Unternehmens in den Gremien der Gesellschaft, bei der Gesellschafterin und im politischen Raum zu führen.

## Hausbewirtschaftung

Die Gesellschaft bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2022 folgende Einheiten:

<b>Eigene Wohnungen</b>		
<b>Wohnungen</b>	2.058	WE
<b>Wohnungsbestand</b>		
<b>Verwaltete Wohnungen</b>		
<b>2 Eigentümergemeinschaften</b>	49	WE
<b>Wohnungen insgesamt</b>	2.107	WE
<b>Eigene Garagen und Stellplätze</b>	748	GA
<b>Verwaltete Garagen</b>	30	GA
<b>Eigene gewerbliche Einheiten</b>	20	GE

Im Geschäftsjahr 2022 investierte die LüWo rund 3.565 T€ in die Aufwertung und Pflege Wohnungsbestandes durch Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Für die Vorbereitung für den Neubau Am Grünewald 19-47 wurden rund 134 T€ aufgewendet. Für den Umbau der Häuser Brüderstraße 25/27 zu einem Kindergarten wurden 393 T€ aufgewendet. Die Mittel wurden mit Fremdmitteln finanziert. Für den Balkonanbau der Objekte an der Brüderstraße 9-11 wurden 83 T€ aufgewendet. Die Maßnahme wurde komplett aus Eigenmitteln finanziert.

## Modernisierung

In 2022 sind für Modernisierungsmaßnahmen ca. 522 T€ auszuweisen.

## **Instandhaltung**

Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen betragen im Jahr 2022 insgesamt 3.037 T€ (2021: 3.642T€).

Sie stellen rund. 24,11 % (Vorjahr rd. 29,60 %) der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung dar.

## **Ertragslage**

Das Geschäftsjahr 2022 führte zu einem sehr guten Ergebnis. Es wurde ein Jahresüberschuss von 1.363 T€ (Plan: 970 T€, Ergebnis Vorjahr: 1.608 T€) erwirtschaftet.

Das bessere Ergebnis gegenüber den ursprünglichen Annahmen lässt sich insbesondere auf die nicht durchgeführten Maßnahmen an der Philipppstraße (Materiallieferung) und der Elsa-Brändström-Straße (geplante Modernisierung) zurückführen.

Der Jahresüberschuss war von einmaligen Sachverhalten geprägt. Hierzu trug insbesondere die Bildung einer Rückstellung für noch nicht ausgetauschte Heizungen von 380 T€ bei.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind in etwa gleichgeblieben.

Die durchschnittliche Nettokaltmiete ist moderat gestiegen. Dies liegt in erster Linie an durchgeführten Gesamt- und Einzelmodernisierungen und daraus resultierenden Mietanpassungen bei Neuvermietungen sowie an einer zum 1. Oktober 2022 wirksamen Vergleichsmieterhöhung für rund 300 Wohnungen.

Die Leerstandsquote ist von 7,7 % auf 6,9 % gesunken. Mit dazu beigetragen hat die Vermietung von Wohnraum an die Stadt Lüdenscheid zur Unterbringung von Flüchtlingen und an Flüchtlinge direkt. Die Herstellung der Vermietbarkeit von Wohnraum durch Instandsetzungen und Modernisierungen verzögerte sich teilweise durch Materiallieferschwierigkeiten und Handwerkerengpässe. Die zum Abriss vorgesehenen Objekte Am Grünwald machen alleine 51 % des gesamten Leerstandes aus.

Der Erfolg der Hausbewirtschaftung blieb im Geschäftsjahr 2022 durch strukturelle Wohnungsleerstände belastet. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Wir wollen diesen Leerständen weiterhin mit der Umsetzung der Unternehmensstrategie und weiterer Bestandspflege begegnen.

## **Vermögens- und Finanzlage**

Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Gesellschaft sind geordnet. Die langfristigen Vermögenswerte sind langfristig finanziert. Eine zufriedenstellende Liquiditätsreserve im kurzfristigen Bereich ist weiterhin vorhanden. Die Ermittlung der Deckungsverhältnisse basiert auf der Maßgabe, dass das Anlagevermögen, die Rechnungsabgrenzungsposten, das Eigenkapital (ohne geplante Dividende) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (ohne rückständige Annuitäten von 17 T€) und anderen Kreditgebern vollständig langfristig betrachtet werden.

Die Fremdkapitalquote ist weiter gesunken und die Eigenkapitalquote in 2022 um 1,2 % auf 46,3 % gestiegen.

Das Anlagevermögen beträgt 88,5 % (Vorjahr: 90,7 %) des Gesamtvermögens. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern dienen der langfristigen Objektfinanzierung.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 2.872 T€ (Vorjahr: 2.674 T€).

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2022 immer gegeben.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind geordnet; die Zahlungsfähigkeit ist gewährleistet.

Hinsichtlich eigener Aktien vergleiche die Angaben im Anhang nach § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG.

### Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren	2022	2021
Investitionen ins Anlagevermögen	725 T€	765 T€
Eigenkapitalquote	46,3 %	45,1 %
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	2.872 T€	2.674 T€
Sollmiete/m <sup>2</sup> /p.m.	5,15 €	5,10 €
Leerstand - marktabhängig	3,5 %	3,5 %
Leerstand - Modernisierung	1,3 %	1,8 %
Leerstand - Mieterwechsel	1,4 %	1,7 %
Leerstad – andere Gründe	0,7 %	0,7 %
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.363 T€</b>	<b>1.608 T€</b>

Die im Rahmen der fortgeschriebenen Portfolioanalyse zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen der Bestände der Lüdenscheider Wohnstätten AG ermittelte Wert für das Jahr 2021 lag bei rund 5.035 Tonnen (Vorjahr rund 4.763 Tonnen); das sind 34,96 kg/m<sup>2</sup> Nutzfläche (Vorjahr 33,06 kg/m<sup>2</sup> Nutzfläche).

Bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator der Gesellschaft ist der Jahresüberschuss.

### Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagementsystem besteht aus dem internen Kontrollsystem, dem Risikofrüherkennungssystem und dem Controlling. Analysen werden in unterschiedlichen Zeitintervallen durchgeführt.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG erlebt weiter wachsende Anforderungen des Klimaschutzes an die Wohnungswirtschaft. Sie stellt sich den Herausforderungen und hat das Ziel, im Kontext mit den Zielen der Stadt Lüdenscheid bis zum Jahr 2040 einen klimaneutralen Bestand zu bewirtschaften. Die im Jahr 2021 erstmalig durchgeführte und im Jahr 2022 fortgeschriebene Portfolioanalyse zu den CO<sub>2</sub>-Verbräuchen der Bestände bildet die Grundlage für ihre Dekarbonisierung.

Daneben sollen im Rahmen von kleinen „Quick-Wins“-Maßnahmen wie beispielsweise ein Energiemonitoring oder der Austausch von Heizungen CO<sub>2</sub>-Verbräuche in einzelnen Beständen gesenkt werden. Dafür wurde auch für das Jahr 2023 im Rahmen der Wirtschaftsplanung ein unterstützendes Budget von 300 T€ bereitgestellt.

Der Gesetzgeber diskutiert aktuell die Neufassung des GEG und plant die Einführung einer sogenannten 65 %-EE-Regel. Dabei droht eine Beschränkung oder das Verbot des Einbaus

von Heizungen, die ausschließlich mit fossiler Energie betrieben werden und defekt gehende Anlagen ersetzen sollen.

Ab dem Jahr 2023 werden auch Vermieter im Rahmen eines Stufenmodells an den Kosten für die CO<sub>2</sub>-Umlage beteiligt. Die Beteiligung des Vermieters ist umso größer, je schlechter die Effizienzklasse des Gebäudes ist. Die Gesellschaft ermittelte die Auswirkungen dieser Kosten auf das Unternehmen. Sie schwächen die Investitionskraft der Gesellschaft insbesondere für die Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz.

Seit dem Jahresanfang 2022 gab es für die Branche Wechsel in der Förderlandschaft insbesondere für Neubauvorhaben. Die Neubauförderung hat sich zunehmend verschlechtert. In Verbindung mit gestiegenen Zinsen für Kapitalmarktdarlehen und gestiegenen Baukosten führte das zum Stopp beziehungsweise Einmotten von Neubauvorhaben vieler Wohnungsunternehmen. Auch die Lüdenscheider Wohnstätten AG wird deshalb ihr Neubauvorhaben Am Grünwald 19-47 nicht um jeden Preis realisieren. Das Projekt ist noch nicht gestoppt, aber die Gesellschaft beobachtet die Entwicklung der Rahmenbedingungen sehr genau.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG ist auf umfangreiche Fördermittel angewiesen, um ihre Strategie und Aufgaben des Klimaschutzes erfüllen zu können. Sie wird ihre Anstrengungen erheblich intensivieren müssen. Der 2022 erstellte Businessplan 2022-2040 zeigt, dass das mit den aktuellen finanziellen und sonstigen unternehmerischen Rahmenbedingungen so nicht gelingen kann.

Die Diskussion um die zukünftige Umlagefähigkeit der Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnungen ist aktuell ruhiger geworden. Sie ist aber noch nicht vom Tisch.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG spürt weiterhin die Preissteigerungen und Lieferengpässe bei Handwerkern und Materialien. Der Trend der Preissteigerungen ist noch nicht gebrochen. Auch im Jahr 2022 waren mehrere Preisänderungen einzelner Unternehmen an der Tagesordnung. Lieferschwierigkeiten betreffen weiterhin zahlreiche Baumaterialien wie Kunststoffe, Dämmstoffe, Holz, Kupfer, Türen und Zargen, Bodenbeläge usw.

Die Sperrung der Rahmedetalbrücke hat Auswirkungen auf den Facharbeitermangel in Lüdenscheid und in Südwestfalen. Sie sind schwieriger für die Unternehmen und damit als neue Einwohner für die Stadt Lüdenscheid zu gewinnen, was die LüWo als Unternehmen bei eigenen Personalausreibungen im Jahr 2022 bemerkte. Der aufgrund der Brückensperrung massiv ausgeweitete Umleitungsverkehr geht zu Lasten der Attraktivität der Stadt. Fahrten in die Stadt oder die Region werden nach Möglichkeit vielfach vermieden.

Wir rechnen weiterhin mit Einbußen in der Vermietung insbesondere an Neubürger.

Relevant bleiben neben diesen Entwicklungen und den politischen Diskussionen die Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt sowie die demografische Entwicklung, die zu weiter steigenden Fluktuations- und Leerstandsquoten führen können.

Der örtliche Wohnungsmarkt blieb 2022 von einem Angebotsüberhang und einem niedrigen Mietpreisniveau geprägt und bleibt damit ein Risikofaktor. Die Risiken bestehen einerseits für die Erlössituation und andererseits für relativ geringe Spielräume für Erlössteigerungen. Diesen Risiken begegnet LüWo mit einer kontinuierlichen Qualitätssteigerung des Wohnungsangebots sowie angemessenen Nutzen von Mietsteigerungspotentialen, damit sich das Unternehmen am Markt behauptet.

Der Ukraine-Krieg führte zu einer neuen Flüchtlingsbewegung nach Deutschland und damit nach Lüdenscheid. Solange der Krieg andauert und Zerstörungen im Land nicht wieder aufgebaut sind, wird die Lüdenscheider Wohnstätten AG profitieren und Leerstände über die Vermietung an Flüchtlinge abbauen können.

Modernisierungen und Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand sichern nachhaltige und wirtschaftliche Ergebnisbeiträge und bauen Leerstände ab beziehungsweise vermeiden sie. Der Klimaschutz und die demografische Entwicklung erfordert auch zukünftig Investitionen in energetisch ertüchtigte und altengerechte barrierearme bzw. –freie Wohnanlagen.

Damit sichert und steigert die Gesellschaft langfristig Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung und binden die Kunden so lange wie möglich an das Unternehmen.

Die Gesellschaft nutzt im wesentlichen Darlehen als Finanzinstrumente, die grundsätzlich einem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Die aktuelle Zinsentwicklung zeigt weiterhin nach oben. LüWo wirkt durch ein regelmäßiges Risikomanagement und der zeitnahen Prolongation von Darlehen entgegen.

### **Erklärung zur Unternehmensführung**

Gemäß § 111 Abs. 5 Aktiengesetz (AktG) und als mitbestimmungspflichtiges Unternehmen aufgrund des Drittelbeteiligungsgesetzes (DrittelbG) finden die Regelungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern im Aufsichtsrat und Vorstand auf das Unternehmen Anwendung.

Das Gesetz basiert auf der Vorgabe einer Geschlechterquote von mindestens 30 % für Aufsichtsräte sowie der Verpflichtung zur Festlegung von Zielgrößen für Aufsichtsräte und Vorstände.

Die erstmalige Frist zur angestrebten Erreichung der Zielgrößen durfte nicht länger als bis zum 30.06.2017 dauern, die folgenden Fristen dürfen jeweils maximal fünf Jahre lang sein.

In 2022 wurde bis zum 30.06.2027 ein Frauen- oder Männeranteil von mindestens 33,33 % im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG für die Aufsichtsratsmitglieder festgelegt, die vom Anteilseigner entsendet werden.

In 2022 wurde bis zum 30.06.2027 ein Frauen- oder Männeranteil von mindestens 33,33 % im Aufsichtsrat des Unternehmens für die Aufsichtsratsmitglieder festgelegt, die von der Arbeitnehmerseite entsendet werden.

In 2022 lag der Frauenanteil insgesamt im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG bei 33,33 %, so dass die gesetzliche Quote erfüllt ist.

In 2022 wurde bis zum 30.06.2027 ein Frauenanteil von 0 % für die Vorstandsmitglieder der Lüdenscheider Wohnstätten AG festgelegt, der aktuell erreicht ist.

Der Vorstand des Unternehmens bestand 2022 aus zwei männlichen Personen.

Für den Aufsichtsrat war bei seiner Entscheidung letztlich die weitere nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ausschlaggebend. Ein wichtiger Bestandteil dafür ist die langfristige Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Im Rahmen einer personellen Neubesetzung des Vorstan-

des wird unter Berücksichtigung der beruflichen Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber eine angemessene Beteiligung von Frauen angestrebt. Eine Erweiterung des Unternehmens auf drei Vorstände ist aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht vorgesehen.

### **Beziehungen und verbundene Unternehmen**

Die Aktien der Gesellschaft befinden sich zu 99,93 % im Besitz der Stadt Lüdenscheid. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Prüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlussfolgerung:

"Wir erklären, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte die Lüdenscheider Wohnstätten AG eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren.

Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Lüdenscheid vorgenommen worden."

### **Prognosebericht**

Weltweite Produktions- und Lieferschwierigkeiten bestehen weiter fort. Die Gesellschaft rechnet weiterhin mit hohen Preisen und steigenden Zinsen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute treffen Vorausschätzungen zur Wachstumsrate, die zwischen -0,8 % bis +0,3 % in 2023 liegen.

Nach dem für das Geschäftsjahr 2023 aufgestellten Wirtschaftsplan erwarten wir einen Jahresüberschuss von 732 T€.

Die Gesellschaft geht dabei - mit Ausnahme der Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke - von im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Rahmenbedingungen auf dem Lüdenscheider Wohnungsmarkt aus. Die Steigerung der Heizkosten (um rd. 11 % auf 1.500 T€) und eine möglicherweise teilweise nicht mehr mögliche Umlegbarkeit wurden mit 125 T€ berücksichtigt.

Diese Annahmen wurden vor der beschlossenen Gaspreisbremse getroffen.

Vorrangiges Ziel der Lüdenscheider Wohnstätten AG bleibt es auch in Zukunft, den Wohnungsbestand stetig und konsequent markt- und kundenorientiert auszurichten und dabei die Anforderungen des Klimaschutzes zu berücksichtigen.

### **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

#### **Vorstand**

Die Stadt Lüdenscheid ist im Vorstand nicht vertreten.

## Aufsichtsrat

### Mitglieder

Herr Frank Kuschmirtz

RF Susanne Mewes

SB Fabian Ferber

RH Michael Meyer

RH Manuel Bunge-Altenberg

RF Ilona Bartocha

## Hauptversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RF Anja Tadday-Schlichting	RH Michael Thielicke
<b>Stellvertretung:</b> RH Michael Thielicke	<b>Stellvertretung:</b> RF Anja Tadday-Schlichting

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Bei dem Aufsichtsrat der LüWo findet aufgrund spezialgesetzlicher Regelungen zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung die Vorgaben im LGG keine Anwendung.

### 3.4.1.5 Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR-

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Lennestraße 2 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr SEL</b>	1994/2003
<b>Beitritt Herscheid zur SELH</b>	2019
<b>Grundkapital</b>	21.580.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid ist eine gemeinsame selbstständige Einrichtung der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gem. § 27 Abs. 1 GkG und § 114 a GO NRW. Die Anstalt führt den Namen Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR- kurz SELH. Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Zweck des SELH ist die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet Lüdenscheid und im Gemeindegebiet Herscheid aufgrund des § 56 WHG in Verbindung mit § 46 WHG. Zur Erfüllung dieses Zweckes sind und werden Abwasseranlagen hergestellt und vom SELH als öffentliche Einrichtung betrieben und unterhalten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zu den Aufgaben des SELH gehört die Erfüllung der gemeindlichen Pflicht zur Abwasserbeseitigung. Dieses beinhaltet in Lüdenscheid und Herscheid auch die Abwasserbehandlung. Weiterhin gehören auf dem Gebiet Stadt Lüdenscheid die Kontrolle der Gewässer und deren Anlagen mit der daraus resultierenden Unterhaltung gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 2 LWG sowie der Führung eines Gewässerkatasters zu den Aufgaben des SELH. Die Abwasserentsorgung ist ein lebenswichtiges Bedürfnis der Gemeinschaft, gehört zur Daseinsvorsorge und ist eine öffentliche Aufgabe, die den kommunalen Körperschaften obliegt.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	20.000.000 € = 92,68 %
<b>Weitere Gesellschafterin:</b>	
Gemeinde Herscheid	1.580.000 € = 7,32 %

## **Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- It. Saldenabgleich Verbindlichkeiten in Höhe von 187,5 T€.
- It. Saldenabgleich Forderungen in Höhe von 4.291,4 T€ aus Lieferungen und Leistungen (2.142,9 T€) und aus einer Anzahlung für die Gewinnabführung (2.000,0 T€).
- Erträge in Höhe von 2.330,4 T€ im Wesentlichen für Gewässerunterhaltung (187,5 T€) und Oberflächenentwässerung (2.142,9 T€).
- Aufwendungen in Höhe von 3.797,0 T€ für Eigenkapitalverzinsung (3.672,5 T€) und Verwaltungskostenbeitrag (124,5 T€).

Finanzbeziehungen der SELH AöR zum Seniorenwohnheim bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 51,6 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zum STL bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 482,4 T€ für Entwässerung und für die Dienstleistung Rechnungswesen und Personalmanagement.
- Aufwendungen in Höhe von 58,6 T€ für Einlaufreinigung, Winterdienst und Verkauf von Diesel.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur LüWo bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 538,2 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur EGC GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 16,9 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur BBL GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 147,4 T€ für Entwässerung.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	97.809,7	98.235,2	-425,5	<b>Eigenkapital</b>	89.785,9	88.499,6	1.286,3
<b>Umlaufvermögen</b>	15.911,9	14.817,6	1.094,3	<b>Sonderposten</b>	15.154,3	16.272,5	-1.118,2
				<b>Rückstellungen</b>	2.048,8	1.260,0	788,9
				<b>Verbindlichkeiten</b>	6.564,1	6.805,3	-241,2
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	31,8	17,1	14,6	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	200,2	232,6	-32,3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>113.753,3</b>	<b>113.069,9</b>	<b>683,4</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>113.753,3</b>	<b>113.069,9</b>	<b>683,4</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	20.473,1	21.477,4	-1.004,3
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	51,4	60,3	-8,9
<b>3. Materialaufwand</b>	8.221,4	8.249,2	-27,9
<b>4. Personalaufwand</b>	2.644,2	2.311,4	332,8
<b>5. Abschreibungen</b>	3.205,6	3.124,4	81,2
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	1.157,1	1.059,8	97,4
<b>7. Finanzergebnis</b>	-106,0	-108,7	2,7
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	5.190,1	6.684,2	-1.494,1
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	5.188,8	6.682,7	-1.493,9

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	92,3	92,7	-0,4
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	5,8	7,6	-1,8
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	109,8	109,5	0,4
<b>Verschuldungsgrad</b>	9,6	9,1	0,5
<b>Umsatzrentabilität</b>	25,3	31,0	-5,7

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die Zahl der Beschäftigten 37 (Vorjahr 36).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Grundlagen

### Geschäftsmodell

Zum 01.01.2019 entstand durch den Beitritt der Gemeinde Herscheid mit ihren Gemeindewerken zum Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid - AöR, die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR“ (im Folgenden SELH AöR).

Zu den Hauptaufgaben der SELH AöR gehört die eigenverantwortliche Umsetzung und Durchführung der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung in der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid. Diese auf die AöR übertragenen hoheitlichen Abwasserbeseitigungspflichten der Stadt und der Gemeinde ergeben sich aus dem Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW).

Darüber hinaus wurde von der Stadt Lüdenscheid die Kontrolle der Gewässer mit den dazugehörigen Anlagen und den daraus resultierenden Unterhaltungsmaßnahmen sowie das Führen eines Gewässerkatasters auf die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR übertragen.

Bei den übernommenen Tätigkeiten handelt es sich im Wesentlichen um hoheitliche Pflichtaufgaben, die umsatzsteuerfrei sind (Ergänzungen dazu auf Seite 11).

Die sich aus der Abwasserbeseitigungspflicht in der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid gestellten ergebenden Aufgaben wurden im Jahr 2022 ohne Beanstandungen der Aufsichtsbehörden voll erfüllt.

## **Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ist im Jahr 2022 das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,9 % gewachsen. Die gesamtwirtschaftliche Lage war vor allem von den Folgen des Krieges in der Ukraine geprägt, zu denen extreme Energiepreiserhöhungen, sowie Material- und Lieferengpässe zählten. Zudem wurde das BIP durch den Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie, belastet.

Die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche verlief dabei sehr unterschiedlich: Einige Dienstleistungsbereiche profitierten von Nachholeffekten nach dem Wegfall nahezu aller Corona-Schutzmaßnahmen. Besonders stark zulegen konnten die Sonstigen Dienstleister, zu denen auch die Kreativ- und Unterhaltungsbranche zählt (+6,3 %). Auch die Wirtschaftsbereiche Verkehr und Gastgewerbe profitierten von der Aufhebung der Schutzmaßnahmen. Im Handel ging die Bruttowertschöpfung dagegen zurück, nachdem sie im Vorjahr noch gestiegen war.

Die Bauinvestitionen nahmen im Jahr 2022 preisbereinigt um 1,6 % ab. Dabei wirkten sich die fehlenden Baumaterialien und der Fachkräftemangel vor allem im Hochbau und bei Wohnbauten aus. Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge stiegen preisbedingt um 2,5 %. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 4,6 % und waren daher eine wichtige Wachstumstütze der deutschen Wirtschaft.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2022 von 45,6 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht, das waren 1,3 % oder 589 000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Der Beschäftigungsaufbau fand 2022 insbesondere bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und in den Dienstleistungsbereichen statt. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen 2022 nur leicht und konnte die Beschäftigungsverluste der beiden Vorjahre nicht ausgleichen. Im Baugewerbe gab es trotz Fachkräftemangel erneut einen kleinen Beschäftigungszuwachs.

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

### Geschäftsverlauf

Die SELH AöR kalkuliert jährlich auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und der prognostizierten Frischwasserverbräuche der Industrie sowie der öffentlichen und privaten Haushalte mit den gebührenrelevanten abflusswirksamen Niederschlagsmengen die Entwässerungsgebühren, die der Verwaltungsrat getrennt nach den beiden Entsorgungsgebieten Lüdenscheid und Herscheid beschließt. Der Rat der Stadt Lüdenscheid und der Rat der Gemeinde Herscheid sind dabei aufgrund der bestehenden satzungsmäßigen Regelungen (§ 11 Abs. 4 der Unternehmenssatzung) weisungsbefugt.

Die Jahresgebühren für einen 4-Personenhaushalt (50 m<sup>3</sup> Jahresverbrauchfrischwasser je Person und versiegelte Fläche von insgesamt 130 m<sup>2</sup>) beliefen sich im Jahr 2022 in Lüdenscheid auf 728,40 € und in Herscheid auf 907,10 €.

Im Landesvergleich liegt Lüdenscheid im Mittelfeld aller NRW-Kommunen (Durchschnitt: 742,73 €). Herscheid als Flächengemeinde liegt über dem Mittelwert.

Im Berichtsjahr wurde bei einer Betriebsleistung von 20.524,4 T€ und Betriebsaufwendungen von 15.229,6 T€ ein Betriebsergebnis von 5.294,8 T€ erzielt. Bei einem ausgewiesenen Finanzergebnis von -106,0 T€ ergibt sich ein Geschäftsergebnis von 5.188,8 T€.

Das Jahr 2022 war weiterhin geprägt durch

- das im Jahr 2021 gestartete Flächenüberprüfungsprojekt „Regenwassermanagement Zukunft.SICHER“, mit der Umsetzung eines neuen Gebührenkonzeptes zum 01.01.2023 und dem Ziel der „Versickerung des Regenwassers vor Ort“,
- die 1. Phase der Umstellung der SAP-Systeme für den STL und die SELH AöR in Zusammenarbeit mit der Items GmbH & Co. KG (Münster) und
- den Start des Pilotprojektes „Heavy Rain“ der Städte Lüdenscheid, Hagen, Bochum und Lübeck.

Darüber hinaus wurde die Strategie „SELH 2030“ mit dem Ziel der Sicherung von Lebensqualität im natürlichen Wasserkreislauf („Sauberes Wasser.Immer.Für alle“) weiterentwickelt und umgesetzt sowie ein Gleichstellungsplan aufgestellt.

Eine notwendige Änderung der Unternehmenssatzung im Hinblick auf die Übertragung der Gewässerunterhaltung durch Lüdenscheid und Herscheid auf die AöR zum 01.01.2023, erfolgte zum Ende des Berichtsjahres.

Durch die Übertragung der Personalverwaltung wurde die Zusammenarbeit mit dem STL weiter gestärkt und ausgebaut. Zukünftig übernimmt die SELH AöR das gesamte Personalmanagement (Personalabrechnung und -verwaltung).

Die Auswirkungen des bisher nicht rechtskräftigen Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Münster vom 17.05.2022 haben das Betriebsergebnis, durch die notwendige Bildung von Rückstellungen für die voraussichtlichen Verpflichtungen aus den eingegangenen Widersprüchen, beeinflusst. Mit der Neufassung des § 6 Kommunalabgabengesetz NRW (Benutzungsgebühren) zum Ende des Jahres ergeben sich zukünftig Auswirkungen auf die Gebührenhöhe durch die geringere Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals und damit verbunden die Höhe der Ausschüttungen an die Anteilseigner.

Der Rechtsstreit mit dem Ruhrverband konnte durch einen außergerichtlichen Vergleich beendet werden. Damit sind alle Ansprüche aus dem streitgegenständlichen Schadensereignis vom 20.09.2014 abgegolten. Die Kosten wurden durch die KSA (Kommunaler Schadensausgleich westdeutscher Städte) übernommen.

## Lage des Unternehmens

### Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 20.100,5 T€ und damit 933,6T€ unter den Umsatzerlösen des Vorjahres (21.034,1 T€). Wesentliche Einflussfaktoren waren pandemiebedingt geringere Schmutzwassermengen sowie die gesunkene Eigenkapitalverzinsung aufgrund der Änderungen des KAG zum 15.12.2022, welche bereits für das Jahr 2022 angewandt wurde. Das Betriebsergebnis beläuft sich auf 5.188,8 T€(Vorjahr: 6.682,7 T€).

Die für den Zeitraum 2021 bis 2025 von den Räten der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid verabschiedeten Abwasserbeseitigungskonzepte (ABK) mit den integrierten Niederschlagswasserbeseitigungskonzepten (NBK) bilden die Handlungsgrundlage für die durchzuführenden Kanalbau- und Kanalsanierungsmaßnahmen in beiden Gebieten. Die Baumaßnahmen werden im Vorfeld mit anderen Versorgungsträgern und den Straßenbaulastträgern abgestimmt und möglichst gemeinsam durchgeführt.

Neuerschließungen sind rückläufig, sodass die Sanierung der öffentlichen Abwasseranlagen aufgrund schadhafter Kanäle oder Schächte und hydraulischer Überlastungen in den Vordergrund gerückt ist. Hierfür hat die SELH AöR ein Sanierungskonzept aufgestellt.

Es wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.802,6 T€ investiert, davon entfallen auf Lüdenscheid 1.841,4 T€ und auf Herscheid 961,2 T€. Hierbei handelt es sich um aktivierungsfähige Neubau- und Sanierungsmaßnahmen sowie die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Geschäftsjahr 2022 wurden 331,9 T€ in Anlagen investiert, die sich zum Jahresende noch im Bau befanden. Der Gesamtwert der Anlagen im Bau und der geleisteten Anzahlungen zum 31.12.2022 beträgt 779,1 T€.

Wesentliche Maßnahmen waren:

#### 1. KiTa Unterer Worthagen

(Lüdenscheid: 131,1 T€)

Der im August 2021 vergebene Tiefbauauftrag zur Umlegung des Mischwasserkanals und des verrohrten Gewässerabschnitts konnte im Frühjahr 2022 abgeschlossen werden.

#### 2. Kleine Kanalbaumaßnahmen

(Lüdenscheid: 161,7 T€; Herscheid: 288,6 T€)

Kleine Kanalbaumaßnahmen verteilten sich über das gesamte Stadt- und Gemeindegebiet und beinhalteten die offene Erneuerung einzelner Haltungen und Schächte. Veranlassung hierfür bildeten unter anderem bauliche Defizite, hydraulische Engpässe sowie erforderliche Trassenänderungen. Die Maßnahmen wurden, sofern dieses sinnvoll war, gebündelt ausgeschrieben. In Lüdenscheid wurden die geplanten Bauprojekte „Eining-hauser Weg“ und „Brückenstraße 36“ abgeschlossen. In Herscheid wurden die Maßnahmen „Falkenweg Kleekamp“ und „Böschungssicherung Elsetalstraße“ abgeschlossen.

#### 3. Geschlossene Sanierungsmaßnahmen

(Lüdenscheid: 902,6 T€; Herscheid: 572,6 T€)

Die grabenlosen Renovierungen defekter Rohrleitungen mittels Schlauchliner erfolgten im Berichtsjahr häufig in Verbindung mit der ganzheitlichen Sanierung der Schächte.

Die Schlauchlinerpakete „Buckesfeld“, „Harlinger-, Augusta-, Westfalen- und Sachsenstraße“, „Hochstein, Amselweg“, „Loher Straße/Wiemannstraße“ und „Berliner Straße“ in Lüdenscheid wurden im Berichtsjahr abgeschlossen.

In Herscheid erfolgte die Sanierung der Kanäle „Winzenbecke 6-8“, „Oberdorfstraße 8-12“, „Neuer Weg/Auf der Nacht“ sowie „Jahnstraße“.

#### 4. Schachtsanierungen

(Lüdenscheid: 68,4 T€; Herscheid: 26,3 T€)

Die Sanierungen erfolgten häufig zu im Vorfeld geplanten Schlauchlinersanierungen. Sie basieren auf den Untersuchungen der SELH AöR und sind im gesamten Stadt- bzw. Gemeindegebiet verteilt.

#### 5. Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immaterielle Vermögensgegenstände

(Gemeinsamer Bereich: 513,2 T€)

Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung regelmäßig zu erneuern oder anzupassen.

Die im Jahr 2021 begonnene Ersatzbeschaffung für das Kanal-TV-Inspektionsfahrzeug wurde im Berichtsjahr abgeschlossen (177,2 T€). Des Weiteren wurden SAP-Lizenzen (161,6 T€) angeschafft und im Rahmen des Projektes „Regenwassermanagement Zukunft.SICHER“ wurde in die Kartierung der Bildflugdaten investiert (133,4 T€).

Die weiteren Investitionen in sonstige Geräte betrug 41,0 T€.

Die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw) fordert vom Kanalnetzbetreiber umfangreiche Untersuchungen. Aus den Ergebnissen wird ein fortgeschriebenes Schadenskataster mit Sanierungskonzept entwickelt. Daraus ergeben sich - neben investiven - auch aufwandsbezogene Sanierungen der Abwasseranlagen. Diese Reparaturen unterteilen sich in Maßnahmen in offener und geschlossener Bauweise.

Die aufwandsbezogenen Kosten beliefen sich auf ca. 435,1 T€.

#### Vermögenslage

Das Vermögen der SELH AöR von 113.753,3 T€ gliedert sich in mittel- und langfristig gebundenes Vermögen von 97.809,6 T€ und kurzfristig gebundenes Vermögen 15.943,7 T€. Das Eigenkapital zum 31.12.2022 beträgt 89.785,9 T€.

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 5,9 %. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2022 beträgt 78,9 %.

Zum 31.12.2022 werden empfangene Ertragszuschüsse von 6.569,7 T€ ausgewiesen.

#### Finanzlage

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 4.030,1 T€ entfallen 3.704,9 T€ auf mittel- und langfristige Bankschulden und 325,3 T€ auf kurzfristige Bankschulden.

## **Gesamtaussage**

Zur Erfüllung einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung sind die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid gemäß § 47 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) zur Aufstellung eines Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) verpflichtet. Innerhalb des ABK ist zum Umgang mit dem anfallenden Niederschlagswasser – als integraler Bestandteil – gesondert Stellung zu beziehen.

Die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR hat für die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid die im gültigen Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen bzw. geforderten Maßnahmen umgesetzt.

Die sich aus dem hier aufgestellten Sanierungskonzept ergebenden Sanierungsmaßnahmen wurden für dieses Geschäftsjahr weitestgehend abgearbeitet. Nicht durchgeführte Maßnahmen wurden neu platziert und das Sanierungskonzept wurde fortgeschrieben.

Die Gesamtlage der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR ist als gut einzustufen.

## **Prognosebericht**

Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung werden im Jahr 2023 die Marktlagen bei der Energie- und Kraftstoffbeschaffung, die Baupreisentwicklung, die Lieferketten und der Fachkräftemangel sein.

Große Unsicherheiten bestehen durch den Krieg in der Ukraine. Die Sanktionen der NATO-Bündnispartner und der EU-Mitglieder gegen Russland drücken, wie die durch die Corona-Pandemie und den Krieg beeinträchtigten Lieferketten, auf die weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Die Kostensteigerungen für Energie und Kraftstoff sind bereits deutlich und führen zu einem deutlichen Kaufkraftverlust. Es wird erwartet, dass die Inflationsrate in den nächsten Jahren deutlich über 6 % liegt.

Davon sind neben den Endverbrauchern im Wesentlichen die lokale Industrie und der Handel betroffen. In den nächsten Jahren wird deutlich werden, wie widerstandskräftig diese ist, zumal der Brückenabriss und -neubau der Rahmede-Talbrücke eine weitere massive Belastung für die Lieferketten und eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes ist.

Die Prognose der Abwassermengen für die Gebührenkalkulationen des Jahres 2023 beruhen auf den Einschätzungen zur Entwicklung der Corona-Pandemie. Auch die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg wurden in den Gebührenkalkulationen, die im Herbst 2022 erfolgten, berücksichtigt.

Das Infektionsgeschehen in der Corona-Pandemie dürfte im Jahr 2023 keine wesentliche Rolle mehr spielen. Die Schutzmaßnahmen wurden mittlerweile fast gänzlich aufgehoben.

## Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

### Investitionsplanung

Im Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 sind die folgenden Investitionen in Höhe von 4.111,0 T€ vorgesehen:

1. Am Kamp – Brückenbau  
(Lüdenscheid; 140,0 T€)

Der STL plant den Neubau der Brücke. Eine Mitverlegung des Mischwasserkanals im neuen Brückenbauwerk hat funktionale Vorteile und ist wirtschaftlich sinnvoll. Der Abwasserkanal auf der Rohrbrücke, die im Eigentum der SELH AöR ist, wird nach der Neuverlegung stillgelegt und die Rohrbrücke wird zurückgebaut.

2. Schiefe Ahelle - Brückenabriss  
(Lüdenscheid: 40,0 T€)

Der STL hat für 2023 den Brückenabriss zum Wohngebiet „Schiefe Ahelle“ angekündigt. Die hierfür erforderlichen Dükerungen, der an der abzureißenden Brücke angehangenen Leitungen, sind von Versorgerseite in der ersten Jahreshälfte 2023 geplant. Gleichzeitig wird die SELH AöR ihren Mischwasserkanal über eine temporäre Abwasserbrücke im Freispiegelgefälle oberirdisch über die Volme führen.

3. HRB Honseler Bruch – Böschungssicherung  
(Lüdenscheid: 300,0 T€)

Die SELH AöR hat 2021 für einen kritischen Böschungsbereich im Hochwasserrückhaltebecken Honseler Bruch ein geologisches Gutachten zur Beurteilung der dauerhaften Böschungsstabilität beauftragt.

Ergebnis des Gutachtens für den untersuchten ca. 50 Meter langen nördlichen Abschnitt ist eine erforderliche Böschungsstabilisierung, die sich auch im weiter östlichen Bereich als notwendig zeigt. Im September 2022 wurde der Bauauftrag vergeben und im Frühjahr 2023 ausgeführt.

4. Kleine Kanalbaumaßnahmen  
(Lüdenscheid: 165,0 T€; Herscheid: 270,0 T€)

Kleine Kanalbaumaßnahmen verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet und beinhalten die Erneuerung von Haltungen und Schächten in offener Bauweise. Begründet sind diese Maßnahmen unter anderem durch bauliche Defizite, hydraulische Engpässe sowie erforderliche Trassenänderungen. Die Maßnahmen werden, sofern dies sinnvoll ist, gebündelt ausgeschrieben und summieren sich in Lüdenscheid auf 165,0 T€ und in Herscheid auf 270,0 T€.

In den Lüdenscheider Ortslagen „Am Nocken/Schlade“ sowie „Brockhauser Weg“ werden hydraulische Problemstellen im Mischwasserkanal durch die Erneuerungen von Schächten und kurzen Leitungsabschnitten in offener Bauweise beseitigt.

Weiterhin plant die SELH AöR in Lüdenscheid (in Vorbereitung des geplanten Straßenbaus im Gebiet Piepersloh) das bestehende Mischwasserkanalnetz um 50 Meter zu erweitern und in den Straßen Markomannenweg und Markwiese soll der Ersatzneubau von zwei stark defekten Schachtbauwerken erfolgen.

In Herscheid ist die Maßnahme Unter´m Bahndamm/Wiesenstraße geplant. Aufgrund starker baulicher Defekte des Mischwasserkanals ist die gesicherte Ableitung des Abwassers aus der Wiesenstraße und dem Müggenbrucher Weg zum Sammler am Bahndamm nicht mehr gegeben. Die SELH AöR plant eine neue, 140 Meter lange Kanaltrasse, die weiterhin über Privatgrundstücke verläuft. Hierfür sind Baukosten von 145,0 T€ vorgesehen. Die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern laufen derzeit.

Der öffentliche Kanal zur Erschließung der Bebauung Schönebecke 1, 3 und 4 in Herscheid ist stark deformiert. Die SELH AöR plant daher die offene Erneuerung und Neutrassierung des Kanals über 26 Meter für 30,0 T€.

Im Zuge des Straßenausbaus der Friedliner Straße (Herscheid) am nördlichen Ende des Gewerbegebietes ist die entwässerungstechnische Erschließung des Gebietes weiterzuführen. In einer gemeinsamen Ausschreibung mit der Gemeinde Herscheid erfolgte die Vergabe der Bauleistungen im November 2022. Die Baukosten für die SELH AöR belaufen sich auf 65,0 T€.

In der Herscheider Ortslage „Hüinghausen“ sind auf der Welliner Straße zwei stark geschädigte Schachtbauwerke in offener Bauweise für 30,0 T€ zu erneuern.

##### 5. Geschlossene Sanierungsmaßnahmen

(Lüdenscheid: 1.500,0 T€; Herscheid: 490,0 T€)

Die geschlossenen Sanierungsmaßnahmen sollten aufgrund ihrer verfahrensbedingten Leistungsfähigkeit wesentlicher Faktor für eine jährliche Erneuerungsrate von 1% der Kanalnetzlänge sein. Daher steigert die SELH AöR das Investitionsvolumen für diese Maßnahmen auf 1.500,0 T€ in Lüdenscheid und 490,0 T€ in Herscheid. Das ermöglicht in Lüdenscheid die Renovation und Erneuerung von 2,7 Kilometer Kanalleitungen in den Rohrdimensionen DN 250 – 800 sowie von ca. 120 Schachtbauwerken. In Herscheid werden 930 Meter Mischwasserkanalrohrleitungen und 40 dazugehörige Schachtbauwerke renoviert.

Differenziert nach verschiedenen Faktoren wie Zugänglichkeit, Rohrdimension und Ausprägung von Schäden kommen verschiedene Verfahrensarten zur Anwendung. Der Eingriff in die umgebende Infrastruktur und in den Straßenverkehr ist im Vergleich zu der offenen Bauweise zeitlich und lokal sehr begrenzt.

Die Maßnahmen werden örtlich gebündelt in mehreren Ausschreibungspaketen ausgeführt. Teilweise erforderlicher, örtlich begrenzter Tiefbau wird im Vorfeld durchgeführt.

In Lüdenscheid erfolgt neben geplanten einzelnen Erneuerungen durch das Rohrliningverfahren in stark defekten Leitungen in den Straßen Herscheider Landstraße, Wikingerweg, Vonder-Marck-Straße und Lohmühlenstraße das Gros der Sanierungen über das Schlauchlinierverfahren. Dabei sind mit jeweils rd. 300,0 T€ hier insbesondere die Ausschreibungspakete „Altstadt Nord“ (600 Meter Leitungssanierung in der Herzog-, Ringmauer-, Luisen- und Corneliussstraße) sowie „Wikingerweg Bahntrasse“ (500 Meter Kanalsanierung unmittelbar an der Gleisanlage) zu benennen.

Weitere Renovationen in Lüdenscheid erfolgen u. a. in folgenden Straßenabschnitten:

Esberghang, Im Siepen, Beethovenstraße, Karlsbader Weg, Annabergstraße, Ortsteil Piepersloh, Reinerzer Ring, Blücherweg, An der Mehr, Grenzweg sowie Werdohler Str. (unzugängliche Trassen auf Privatgrundstücken).

Die SELH AöR plant in Herscheid drei Ausschreibungspakete mit den Gewerken Schlauchliner, Schachtauskleidung und Kanalbau in offener Bauweise.

Die 250 Meter lange Mischwasserkanaltrasse unter der Zufahrt für den Lieferverkehr auf dem Firmengelände der Fa. Alberts (Blumenthal 2, Herscheid) ist durch die geringe Tiefenlage und die hohe Verkehrsbelastung stark geschädigt. Die 140,0 T€ teure statische Sanierung erfolgt in enger Abstimmung mit der Fa. Alberts.

Im Herscheider Ortsteil Hüinghausen erfolgt in den Straßenzügen Unterm Sterl und Elsener Straße die Renovation von 440 Meter Mischwasserkanal für 220,0 T€.

Weiterhin ist ein 240 Meter langer Sanierungsabschnitt in der Breslauer Straße (Herscheid) vorgesehen. Die Schlauchlinersanierung wird dabei mit 130,0 T€ veranschlagt.

## 6. Pumpwerke

(Lüdenscheid: 60,0 T€)

Für die erforderliche Erneuerung der Anlagentechnik der Abwasserpumpwerke „Sportplatz Brügge“ und „Husareneichen“ wurde im Jahr 2022 Planungen vorbereitet und Angebote eingeholt. Die bauliche Umsetzung ist für 2023 vorgesehen.

## 7. Schachtsanierungen

(Lüdenscheid: 100,0 T€; Herscheid: 50,0 T€)

Im Bereich der „investiven Schachtsanierung“ sind Investitionen von 100,0 T€ in Lüdenscheid und 50,0 T€ in Herscheid vorgesehen. In diesem Sanierungspaket sind Schächte, deren Schadensbild eine ganzheitliche Sanierung erfordert, enthalten. Die Sanierungen sind mit Auskleidungs- und Montageverfahren geplant.

## 8. Schwammstadtkonzept

(Lüdenscheid: 100,0 T€)

Wassersensible Stadtentwicklung wird, vor dem Eindruck zunehmender Trockenphasen und gleichzeitig intensiverer Starkregenereignisse durch den Klimawandel, ein wichtiges Handlungsfeld in der zukünftigen Stadtplanung sein. Durch die frühzeitige Einbindung in die Entwicklung von Bebauungsplänen, Erschließungsgebieten sowie Straßenausbauten wird die SELH AöR hierzu planerische Lösungen entwickeln und aufzeigen.

Für die Bebauungspläne BP 839 (Westlich Schöneck) und BP 843 (Wiesenstraße) sind Beauftragungen von hydrogeologischen Gutachten, Planungen von Versickerungsanlagen oder anderer Retentionsmöglichkeiten vorgesehen.

Bei den geplanten Straßenausbauten im Ortsteil Piepersloh sind mögliche Versickerungen und Rückhaltungen des Oberflächenwassers über Baumbeete im Straßenkörper durch den Fachplaner zu prüfen.

Weiterhin ist die direkte Einleitung des Straßenoberflächenwassers der Nottebohmstraße in den Schlittenbach, aufgrund der starken Verkehrsbelastung, zu überplanen. Die notwendige Neubeantragung der Einleitung erfordert ein Planungskonzept für eine Regenwasserbehandlungsanlage bzw. für eine Retention. Hier unterstützt die SELH AöR den Straßenbaulastträger STL.

Der Ruhrverband brachte bereits im Jahr 2021 die Planung der „Notumleitung Kläranlage Schlittenbach“ auf den Weg. Hier finden bis zum Ende dieses Jahres weitere Abstimmungen statt, welche die Planung einer Ableitung aus dem HRB Schlittenbach für das Jahr 2023 vorgesehen ist.

#### 9. Hochwasserschutzkonzept Rahmede

(Lüdenscheid: 250,0 T€)

Zur Verbesserung der zukünftigen Hochwassersituation der Rahmede sind drei potenzielle Standorte zur Schaffung von Rückhaltevolumen und die Dämpfung der Abflusskurve vertieft untersucht und als wirksam eingestuft worden. Die SELH AöR hat weitergehende Planungen dieser Hochwasserrückhalteräume im Herbst 2022 beauftragt. Für die Standorte „Wislade“, „Mettbergswalze“ und „Asenberg“ sollen im Jahr 2023 die Planungen bis zur Genehmigungsfähigkeit (Leistungsphase 1-4 gem. HOAI) erbracht werden.

Für einen weiteren potenziellen Standort „Rathmecke“ ist eine Sensitivitätsstudie für die Wirksamkeit einer Rückhaltung durchzuführen.

#### 10. Unvorhergesehenes

(Lüdenscheid: 265,0 T€; Herscheid: 81,0 T€)

In der Vergangenheit ergaben sich unterjährig häufig unvorhergesehene Maßnahmen, die zu Verschiebungen innerhalb der Investitionsplanung führten. Das kann unter anderem durch kurzfristige Vorhaben der Stadt Lüdenscheid, aktuelle Schadensereignisse oder hydraulische Zwangspunkte im Rahmen von Starkregenereignissen, erforderlich werden.

#### 11. Betriebs-, Geschäftsausstattung (Gemeinsamer Bereich: 300,0 T€)

Im Planjahr soll ein Unimog inklusive Anhänger, ein Saugfass und eine Winde (insgesamt 200,0 T€) für die anstehenden Arbeiten der Gewässerunterhaltung angeschafft werden. Zudem sollen Sensoren und Rattenboxen (15,0 T€) zur gezielteren Rattenbekämpfung beschafft werden.

Im Rahmen der ERP-Neuausrichtung erwartet die Gesellschaft aktivierbare Kosten in Höhe von 30,0 T€ für die Inbetriebnahme des Systems zum 01.01.2023.

Des Weiteren sind für die Anschaffung von sonstigen Geräten (z. B. Gaswarnmessgeräte, Selbstretter, Dreibaum) insgesamt 28,0 T€ geplant.

Für unvorhersehbare Ersatzbeschaffungen ist ein Investitionsbudget von 27,0 T€ vorgesehen.

## Geschäftsentwicklung

Die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid übertragen zum 01.01.2023 per Satzung die Gewässerunterhaltung und den Gewässerausbau auf den Betrieb. Darüber hinaus werden auch im Jahr 2023 mit benachbarten Städten und Gemeinden weitere Gespräche zur Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit geführt.

## Gebührentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die SELH AöR mit steigenden Unterhaltungs- und Personalaufwendungen. Die erfassten Mehrflächen im Rahmen des „Befliegungsprojektes“ sorgen dafür, dass die Niederschlagswassergebühren in Lüdenscheid und Herscheid dennoch sinken. Da die Schmutzwassermengen in den letzten Jahren gesunken sind, steigen die Schmutzwassergebühren in Herscheid. In Lüdenscheid wirkt die geringere Eigenkapitalverzinsung entsprechend der Änderung des KAG zum 15.12.2022 dem entgegen. Daher bleibt die Schmutzwassergebühr in Lüdenscheid konstant bzw. konnte gesenkt werden.

Die wesentlichen Gebührensätze für Lüdenscheid betragen:

Gebührenart	2023	2022
Schmutzwasser Mitglieder Ruhrverband	1,26 €/m <sup>3</sup>	1,39 €/m <sup>3</sup>
Schmutzwasser Haushalte, Gewerbe, Stadt	2,94 €/m <sup>3</sup>	2,94 €/m <sup>3</sup>
Niederschlagswassergebühr Mitglieder Ruhrverband	0,75 €/m <sup>2</sup>	0,91 €/m <sup>2</sup>
Niederschlagswassergebühr Haushalte, Gewerbe und Stadt	0,92 €/m <sup>2</sup>	1,08 €/m <sup>2</sup>

Die wesentlichen Gebührensätze für Herscheid betragen:

Gebührenart	2023	2022
Schmutzwasser Mitglieder Ruhrverband	1,83 €/m <sup>3</sup>	1,63 €/m <sup>3</sup>
Schmutzwasser Haushalte, Gewerbe, Stadt	4,33 €/m <sup>3</sup>	3,97 €/m <sup>3</sup>
Niederschlagswassergebühr Mitglieder Ruhrverband	0,63 €/m <sup>2</sup>	0,70 €/m <sup>2</sup>
Niederschlagswassergebühr Haushalte, Gewerbe und Stadt	0,79 €/m <sup>2</sup>	0,87 €/m <sup>2</sup>

Die Jahresgebühren für einen 4-Personenhaushalt (50 m<sup>3</sup> Jahresverbrauchfrischwasser je Person und versiegelte Fläche von insgesamt 130 m<sup>2</sup>) betragen im Jahr 2023 in Lüdenscheid 707,60 € (Vorjahr: 728,40 €) und in Herscheid 968,70 € (Vorjahr: 907,10 €).

## Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Es wird für die kommenden Jahre die folgende Umsatz- und Ergebnisentwicklung erwartet:

	Umsatz in T€	Jahresüberschuss in T€
2023	21.920,0	5.589,0
2024	22.416,0	5.547,0
2025	22.854,0	5.615,0
2026	23.311,0	5.686,0
2027	23.804,0	5.757,0

## Risiko- und Chancenbericht

### Risikobericht

Die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR mit ihren rein hoheitlichen Aufgaben refinanziert sich über Gebühren. Darüber hinaus besteht eine Gewährträgerhaftung durch die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid. Daher ist der Fortbestand des Betriebes aus finanzieller Sicht nicht gefährdet. Die Verpflichtung zur Abwasserbeseitigung ergibt sich aus den Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes.

Durch die Einführung eines Risiko- und Chancenmanagementsystems werden insbesondere Entwicklungen frühzeitig erkannt, die die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen gefährden könnten. Darüber hinaus werden Potenziale für die zukünftige Ausrichtung des Betriebs untersucht.

Da die Frischwasserverbrauchsmenge die Gebühren beeinflusst, ist die Entwicklung des Frischwasserverbrauchs auch im Zusammenhang mit der Bevölkerungs- und Konjunkturlage in Lüdenscheid und in Herscheid zu beobachten. Weiterhin werden die anhand von aktuellen Luftbildern im Rahmen des Projektes zur Überprüfung der Versiegelungen ermittelten anschlussrelevanten Flächen kontinuierlich fortgeschrieben und ergänzt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Betriebes sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Mit Wirkung vom 01.01.2016 ist eine Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) in Kraft getreten. Dieser regelt die Unternehmereigenschaft im Sinne des UStG von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) und die damit verbundene Steuerbarkeit und Steuerpflicht von Leistungen der öffentlichen Hand. Für sämtliche vor dem 01.01.2017 ausgeführten Leistungen gilt gemäß § 27 Abs. 22 Satz 1 und 2 UStG eine Übergangsregelung, wonach die bis dahin geltende Rechtslage weiter anzuwenden ist. Darüber hinaus wurde den jPdöR mit dem neu eingeführten § 27 Abs. 22 Satz 3 ff. UStG die Möglichkeit einer sogenannten Option eingeräumt. Die jPdöR konnte bis Ende 2016 dem Finanzamt gegenüber einmalig erklären, dass sie § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwenden

möchte. Diese kann jederzeit mit Wirkung ab Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres widerrufen werden. Der SEL hat diese Optionserklärung am 09.12.2016 beim Finanzamt Lüdenscheid abgegeben, welche für die SELH AöR weiterhin gültig ist. Aufgrund der besonderen Situation im Zuge der Covid-19 Pandemie im Jahr 2020 sind die Vorbereitungen zur Umsetzung der Neuregelung des § 2b UStG bei den Kommunen ins Stocken geraten. Aus diesem Grund wurde die bisherige Übergangsregelung zu § 2b UStG in § 27 Absatz 2 UStG mit dem Beschluss des sogenannten „Corona-Steuergesetzes“ um weitere zwei Jahre – bis zum 31.12.2022 – verlängert. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2022 wurde vom Bundestag am 02.12.2022 eine weitere Verlängerung um 2 Jahre beschlossen. Der Bundesrat hat am 16.12.2022 dem Jahressteuergesetz und damit der Verlängerung bis zum 31.12.2024 zugestimmt.

### Chancenbericht

Mit dem Start des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR“ zum 01.01.2019 wurde die interkommunale Zusammenarbeit benachbarter Kommunen bzw. Gemeinden gestärkt. Dadurch ergibt sich zukünftig auch die Möglichkeit für weitere Städte und Gemeinden, der interkommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) beizutreten, um gemeinsam vorhandene technische und personelle Ressourcen besser nutzen zu können.

Das im Jahr 2020 gestartete Projekt für die Überprüfung der durch Ersterfassung erhobenen Versiegelungsflächen anhand von aktuellen Luftbildern wurde im Berichtsjahr weitestgehend abgeschlossen. Die Daten werden in den nächsten Jahren weiter fortgeschrieben, um die Datenbasis für hydraulische Berechnungen auf einem aktuellen Stand zu halten und eine gerechte Lastenverteilung für die Gebührenerhebung zu gewährleisten.

### Gesamtaussage

Die Prüfung des Risiko- und Chancenmanagements wurde ordnungsgemäß durchgeführt und es ergaben sich keine Beanstandungen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

### **Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG**

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Südwestfalen-Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Wirtschaftsjahr 2022 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

### **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

#### **Vorstand**

Im Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

## Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
RF Ursula Maria Meyer	RH Michael Dregger
RF Verena Szermerski Kasperek	RF Heide-Marie Skorupa
RH Gordan Dudas	RH Steffen Kriegel
RH Michael Bernd Thielicke	RH Dirk Franke
RH Jens Voß	RH Philipp Siewert
RF Gesthimani Demirtzoglou	RH Ralf Michael Schwarzkopf
RF Anja Tadday-Schlichting	RH Mert Can Cetin
RH Christoph Weiland	RF Dr. Antje Heider
RF Nicole Schulte	RF Ramona Ullrich
RF Julia Decker	SB Eugen Cramern
SB Anette Schwarz	SB Florian Wüllner
RH Lucas Karich	RH Daniel Florian Kahler

Der Verwaltungsrat besteht aus dem/der Vorsitzenden und 15 weiteren Mitgliedern. Den Vorsitz führte im Jahr 2022 der Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid, der im Verhinderungsfall durch seine/n/ihre/n Vertreter/in im Amt vertreten wird. Auf Grund der 92,68 %igen Beteiligung entfallen 12 Mitglieder und deren Stellvertreter/innen des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Drei Mitglieder und deren Stellvertreter/innen werden vom Rat der Gemeinde Herscheid gewählt.

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt 7 (58,3 %). Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als stellvertretende Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 3 (25,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern erreicht. Bei den stellvertretenden Mitgliedern wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

### Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG lag im Jahre 2022 noch nicht vor. Er ist zum 01.01.2023 in Kraft getreten. Die Ziele des Gesetzes sind u. a. die Förderung der Gleichstellung, der Abbau von Unterrepräsentanzen sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

### 3.4.1.6 Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1988
<b>Grundkapital</b>	556.850,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wirtschafts- und Technologieförderung in Lüdenscheid. Hierzu gehört insbesondere der Betrieb eines Entwicklungs- und GründerCentrums.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Betrieb von Entwicklungs- und Gründerzentren ist eine Form der Technologie- und Wirtschaftsförderung. Sie soll Innovationen und Existenzgründungen erleichtern und den erforderlichen Technologietransfer zwischen Hochschulen und Betrieben verbessern. Die Förderung von Technologiezentren ist ein Ansatz zur Lösung struktureller Probleme und zur Sicherung sowie Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	360.500,00 € = 64,74 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Sparkasse an Volme und Ruhr	186.100,00 € = 33,42 %
Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen	10.250,00 € = 1,84 %
<b>Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:</b>	
Institut für Umformtechnik der mittelständischen Wirtschaft GmbH	51.150,01 € = 25,00 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 85,0 T€ für Miete.
- Aufwendungen in Höhe von 13,0 T€ für Grundbesitzabgaben.
- Die Stadt Lüdenscheid verzichtet für das Jahr 2022 auf eine Pachterhebung.

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 16,9 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur KIMW GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge aus Miete, Bewirtung und Dienstleistungen Aufwendungen in Höhe von 150,0 T€.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	2.901,5	3.014,2	-112,6	<b>Eigenkapital</b>	1.325,8	1.362,2	-36,4
<b>Umlaufvermögen</b>	455,6	455,3	0,2	<b>Sonderposten</b>	1.641,4	1.714,8	-73,3
				<b>Rückstellungen</b>	18,1	23,9	-5,8
				<b>Verbindlichkeiten</b>	370,5	366,6	3,9
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	1,3	2,1	-0,8
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.357,1</b>	<b>3.469,5</b>	<b>-112,4</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.357,1</b>	<b>3.469,5</b>	<b>-112,4</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2022 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
31.345,55	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	Stadt Lüdenscheid	KfW

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	707,1	657,0	50,1
2. sonstige betriebliche Erträge	85,7	73,5	12,2
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	235,1	223,3	11,8
5. Abschreibungen	120,0	121,9	-1,9
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	472,4	428,4	44,0
7. Finanzergebnis	-1,4	-1,7	0,3
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-36,1	-44,8	8,7
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-36,4	-45,2	8,8

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	88,4	88,7	-0,3
Eigenkapitalrentabilität	-2,7	-3,3	0,6
Anlagendeckungsgrad 2	112,3	112,0	0,3
Verschuldungsgrad	29,3	28,7	0,6
Umsatzrentabilität	-4,6	-6,2	1,6

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die Zahl der Beschäftigten 8 (Vorjahr 8).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

### Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### Allgemeine Lage

Das Geschäftsjahr 2022 war zwar weiterhin von Corona Einflüssen bestimmt, jedoch waren die negativen Auswirkungen längst nicht so ausgeprägt wie befürchtet.

Dafür wurden die immensen Probleme und Schwierigkeiten der Sperrung der A 45 immer deutlicher. Noch wird fast überall versucht, die nachteiligen Auswirkungen abzumildern, aber auf Grund des langen Zeithorizonts bis zur Fertigstellung einer neuen Brücke ist zu befürch-

ten, dass noch zahlreiche Unternehmen aus Industrie und Handel schließen oder den Standort Lüdenscheid verlassen müssen. Reichweite und Dramatik dieser den Wirtschaftsstandort Lüdenscheid massiv negativ beeinträchtigenden Lage lassen sich noch nicht absehen.

Verschärfend hinzu kommt die inflationäre Preisentwicklung, die an vielen Stellen zu massiven Einsparungsbemühungen führt und unter anderem auch die Bereitschaft zu Gründungen deutlich reduziert.

### Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung des EGC kann für 2022 trotz der einleitend beschriebenen allgemeinen Lage als sehr positiv beschrieben werden.

Alle drei Geschäftsbereiche – Vermietung, Dienstleistungen, Konferenzzentrum und Casino – verzeichneten teils deutliche Umsatzsteigerungen. Negative Effekte wie unerwartete Auszüge, fehlende Anschlussvermietungen oder dauerhafte Veranstaltungsverbote blieben aus.

Das Ergebnis – bereinigt um die Sondermaßnahme Modernisierung von Räumlichkeiten für die Zentrale Gebäudewirtschaft der Stadt Lüdenscheid – ist um 46 T€ besser als geplant und damit deutlich im positiven Bereich.

Allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Situation so bleibt oder sich gar noch weiter verbessert, da sowohl die allgemeine Lage als auch die Entwicklung des Kunststoff-Instituts (Stichwort PTC), des Seminar- und Konferenzwesens und der Energiekosten dem eher entgegenstehen.

### Erlöse

Die Mieterlöse liegen um 40 T€ höher als geplant. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus der Beendigung der Mietreduzierung für das Kunststoff-Institut, aus Neuvermietungen, aus Erweiterungen, nicht erwarteten Verlängerungen und Mieterhöhungen auf Grund der Entwicklung des Verbraucherpreisindex.

Die Erlöse aus dem Konferenzzentrum liegen hinter der Planung zurück, dies allerdings nur, weil zwei der Seminarräume dauerhaft vermietet und die damit verbundenen Erlöse unter Mieten verbucht sind.

Der Verkauf von Speisen und Getränken ist, als Folge aus den wieder anlaufenden Seminaren und Veranstaltungen, sehr deutlich angewachsen, hat aber erst knapp 70 % des ehemaligen Umfangs erreicht.

Auch der Bereich der Dienstleistungen liegt deutlich über Plan. Zum einen wuchs der Umfang der Arbeiten für die Trägergesellschaft Kunststoff-Institut stark an, zum anderen kamen zusätzliche Reinigungsarbeiten für Mieter sowie Sondereinsätze der Hausmeister hinzu.

### Aufwand

Die Personalkosten überschreiten den Planansatz. Wie an anderer Stelle bereits berichtet, war die Stelle der Reinigungs- und Servicekraft zwei Monate doppelt besetzt und den Mitarbeitern wurde eine Inflationsausgleichsprämie gezahlt. Die Nachfolgebeseetzungen in der technischen Hausverwaltung und im Servicebereich konnten nahtlos erfolgen und haben sich bewährt.

Die Betriebskosten wurden unterschritten. Einerseits waren die Ansätze vorsichtig gewählt, andererseits konnte insbesondere der Gasverbrauch deutlich gesenkt werden. Auch die Erstattungen Soforthilfe Gas reduzierten die Kosten. Angesichts der massiven Preissteigerungen muss für 2023 mit einer sehr deutlichen Erhöhung gerechnet werden.

Die Instandhaltungskosten lagen durch die unterjährig beschlossene Modernisierung von Räumlichkeiten für die ZGW deutlich über den vorgesehenen Ausgaben. Dem stehen langfristige Mieterlöse gegenüber.

Weitere ursprünglich nicht geplante Kosten entstanden durch die Durchführung eines Workshops zur weiteren Konkretisierung des INNOVATIONFactory-Konzeptes und für die Erklärung des Steuerberaters zur Grundsteuerreform. Fast schon erwartungsgemäß lagen auch (mal wieder) die durch Brandschutzauflagen verursachten Kosten über dem Ansatz.

#### Investitionsmaßnahmen

Zusätzlich zu den genannten Auflagen des Brandschutzes musste auch noch aufwendig eine neue Brandschutztür im Bereich des Instituts für Umformtechnik eingebaut werden.

#### **Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Die Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH hatte, trotz klarer Kommunikation, dass eine weitere Verlängerung der Mietreduzierung ausgeschlossen sei, dennoch erneut um eine weitere Mietreduzierung gebeten. Dem wurde auf Grund der klaren Beschlusslage und dem nun schon drei Jahre andauernden Verzicht einstimmig nicht stattgegeben. Das Institut hat daraufhin Teilräumlichkeiten in einem Umfang von 300 qm (Jahresmiete 12 T€) zum 31.03.2023 gekündigt, jedoch noch nicht freigezogen. Die Miete dafür wird weiterhin gezahlt.

Die weitere Entwicklung ist von der Lösung der PTC-Problematik abhängig.

Über einen längeren Zeitraum wurde der Ankauf des PTC durch das EGC diskutiert. Letztlich kam es nicht zur Umsetzung, weil Förderrichtlinien dem entgegenstanden und ein dauerhaft kostendeckender Betrieb des Gebäudes durch das EGC nicht dargestellt werden konnte.

#### **Gesamteinschätzung/Darstellung der Lage**

Das gute Jahresergebnis darf nicht über die insgesamt eher unsichere Lage hinwegtäuschen. Die Entwicklung des KIMW, möglicherweise auch des IfU, Kostenexplosionen, Verkehrsprobleme und auch andere Sichtweisen jüngerer Generationen auf das berufliche Leben (siehe Digitale Nomaden) könnten schnell die wirtschaftlichen Grundlagen des EGC negativ verändern.

Der Kostendeckungsgrad aus Umsätzen und Erträgen beträgt insgesamt 95,2 % (Vorjahr 93,6 %). Der Anteil der Mieten am Gesamtertrag beträgt 82,3 % (Vorjahr 85,5 %). Der Anteil des Personalaufwandes beläuft sich auf 31,1 % (Vorjahr 31,8 %).

#### **Hinweise auf Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

##### Risiken

Die Aussetzung der Pachtzahlung an die Stadt Lüdenscheid wurde verlängert, auch diesmal um ein Jahr bis zum 31.12.2023. Es besteht somit weiterhin ein nicht unerhebliches Ergebnis-Risiko für künftige Jahre. Die Stadt Lüdenscheid verfolgt seit einiger Zeit die Gründung

einer Stadtentwicklungsgesellschaft. Eine Einbindung der EGC GmbH ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht vorgesehen.

Die bereits erwähnte Beendigung der Mietreduzierung für das Kunststoff-Institut hat umgehend zur Kündigung von Mietflächen geführt. Im Zusammenhang mit der nicht gelösten PTC-Problematik könnten beide Sachverhalte zur Kündigung weiterer, auch größerer Flächen führen, die ohne aufwendige Renovierung nicht ohne weiteres vermietbar sein werden.

#### Auswirkungen und Risiken der Corona-Krise

Die Corona-Krise ist offiziell als beendet erklärt worden. Die krankheitsbedingten Ausfälle sind allerdings nach wie vor hoch und beeinträchtigen den Geschäftsbetrieb.

Wie bereits dargestellt, ist der Veranstaltungs- und Seminarbetrieb wieder angelaufen und hat zu deutlich gesteigerten Erlösen geführt. Trotz gegenteiliger Bekundungen vieler Kunden und Teilnehmer, unbedingt wieder in Präsenz tagen zu wollen, ist der Anteil der Online-Veranstaltungen allerdings recht hoch geblieben, so dass auf Dauer nicht mit einer vollständigen Auslastung der EGC-Einrichtungen gerechnet werden kann.

Die befürchteten Auswirkungen auf das Vermietungsgeschäft sind nicht eingetreten und derzeit auch Auswirkungen auf die Zukunft nicht zu erkennen.

#### Auswirkungen der Sperrung der Rahmendetalbrücke der A 45

Die bereits im Lagebericht 2021 dargestellten Auswirkungen haben sich verstärkt. Die Anzahl der Kündigungen von Mitarbeitern wegen der Sperrung hat deutlich zugenommen. Die Zahl leerstehender Büros, vor allem im KIMW, wächst. Auch hier sind Kündigungen von Mietverhältnissen zu erwarten und schnelle Neuvermietungen vermutlich schwer.

#### Zukünftige Chancen

Das Projekt INNOVATIONFACTORY befindet sich nach wie vor im Sterneprozess der Regionale. Beihilferechtliche Fragen stehen zurzeit im Vordergrund. Mit Hilfe eines heimischen Unternehmens konnte ein Prototyp, das „FirstLab“ eingerichtet werden. Erste Start-Ups und junge ITler sind dort bereits tätig. Der Bedarf für eine solche dauerhaft und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattete Einrichtung ist eindeutig vorhanden.

#### Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2023 endete mit einem Ergebnis von - 23,6 T€. Die Einflüsse der Brückensperrung werden sich in den nächsten Jahren verstärken. Auch die Veränderungen in der Energie- und Umweltpolitik werden zu insgesamt höheren Kosten führen und dadurch das Vermietungsgeschäft erschweren.

Dennoch könnte die INNOVATIONFactory in Verbindung mit dem TUMO-Projekt der Stadt Lüdenscheid mittelfristig zu einer deutlichen Belebung der Gründerszene in Lüdenscheid führen. Das EGC sollte dabei eine sichtbare Rolle spielen.

## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

### Geschäftsführung

In der Geschäftsführung wird die Stadt Lüdenscheid vom Beigeordneten und Stadtkämmerer Sven Haarhaus vertreten.

### Aufsichtsrat

#### Mitglieder

Herr Frank Kuscmirtz (Pflichtplatz BM)

RH Christoph Weiland

RF Verena Szermerki-Kasperek

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 6 Mitgliedern/innen. Auf Grund der 64,74 %igen Beteiligung werden nur drei der Mitglieder vom Rat der Stadt Lüdenscheid bestellt. Weitere zwei Mitglieder werden von der Sparkasse an Volme und Ruhr und ein Mitglied wird der SIHK bestellt und abberufen.

### Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RH Björn Weiß	RH Thomas Kruber
<b>Stellvertretung:</b> RH Thomas Kruber	<b>Stellvertretung:</b> RH Björn Weiß

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt 1 (50 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

### 3.4.1.7 Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Lüdenscheider Straße 22 58762 Altena
<b>Gründungsjahr</b>	1999
<b>Grundkapital</b>	207.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Städte Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart.

Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- die Steuerung des geplanten Projektes und dessen (Zwischen-) Finanzierung durchzuführen,
- die Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu unterstützen,
- Grundstücke zu erwerben, diese zu erschließen, mit Gebäuden zu versehen, zu veräußern, zu vermieten, zu verpachten oder sonst wie in Nutzung zu geben, immobiliennahe Dienstleistungen und Vermittlungstätigkeiten zu erbringen, Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung durchzuführen,
- für die Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu werben, sie zu beraten und bei der Lösung betrieblicher Ansiedlungsprobleme zu unterstützen,
- Einrichtungen zu schaffen und/oder zu fördern, die mit der Bestandsförderung oder der Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs in Zusammenhang stehen,
- den Märkischen Gewerbepark Rosmart zu verwalten,
- den finanziellen Ausgleich zwischen den Gesellschaftern zu ermitteln.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung an der Gesellschaft ist, das Arbeitsplatzangebot und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch die Belebung der industriellen und gewerblichen Entwicklung der Region zu verbessern. Die Sicherung eines ausreichenden regionalen Gewerbeflächenangebots ist wesentlicher Teil der Wirtschaftsförderung.

## Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	72.000 € = 34,78 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Stadt Altena	86.000 € = 41,55 %
Stadt Werdohl	42.000 € = 20,29 %
Gesellschaft zur Wirtschafts- und Struktur- förderung im Märkischen Kreis mbH	7.000 € = 3,80 %

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der MGR GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 104,2 T€ für Avalprovision (30,0 T€) und Vorteilsausgleich (74,1 T€)

Die Gesellschafterstädte der MGR haben zudem im Jahr 2008 mit der MGR dahingehend eine Vereinbarung getroffen, dass sie sich verpflichten, die MGR ab dem Jahr 2008 finanziell so auszustatten, dass sie stets in der Lage ist, ihre finanziellen Verpflichtungen fristgemäß zu erfüllen (sogenannte "harte Patronatserklärung"). Im Jahr 2022 erfolgte keine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung. Somit ist für dieses Jahr kein Aufwand für die Stadt Lüdenscheid entstanden.

Zukünftig werden sich aus der Beziehung zur MGR finanzielle Leistungsverpflichtungen ergeben. Diese sind im Doppelhaushalt 2024/2025 für die Jahre 2024 ff. veranschlagt (Produkt 15.01.02).

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Eigenkapital</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Umlaufvermögen</b>	9.755,8	9.968,4	-212,6	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	2.570,9	2.320,6	250,3
				<b>Verbindlichkeiten</b>	14.432,9	14.504,5	-71,6
<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	7.248,1	6.856,7	391,3				
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.003,8</b>	<b>16.825,1</b>	<b>178,7</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.003,8</b>	<b>16.825,1</b>	<b>178,7</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2022 in €	Bezeichnung	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
1.508.451,08	Bürgschaft	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	Stadt Lüdenscheid	Vereinigte Sparkasse MK
1.508.451,08	Bürgschaft	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	Stadt Lüdenscheid	Sparkasse an Volme und Ruhr
Gesamt: 3.016.902,16				

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	144,7	140,2	4,6
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	12,0	190,9	-178,8
<b>3. Materialaufwand</b>	357,0	813,4	-456,4
<b>4. Personalaufwand</b>	12,7	9,2	3,5
<b>5. Abschreibungen</b>	0,0	0,0	0,0
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	64,3	56,9	7,4
<b>7. Finanzergebnis</b>	-103,4	-96,4	-7,1
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	-380,7	-644,8	264,1
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	-391,3	-655,4	264,1

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	0,0	0,0	0
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	0,0	0,0	0
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	0,0	0,0	0
<b>Verschuldungsgrad</b>	0,0	0,0	0
<b>Umsatzrentabilität</b>	-270,4	-467,5	197,2

## Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäftsführer erfüllen ihre Aufgaben nebenberuflich, sie erhalten eine Aufwandsentschädigung.

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Städte Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt, die Projektsteuerung und -finanzierung durchzuführen, Grundstücke zu erwerben und zu erschließen und diese Flächen an Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu veräußern.

## **Wirtschaftsbericht**

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Region

Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen in der heimischen Region wurde im Geschäftsjahr wieder durch externe Rahmenbedingungen negativ beeinflusst: Vor allem die ersten Monate standen noch unter den Auswirkungen der „Corona“-Pandemie, die schon 2020 und 2021 nicht nur zu vermehrten Krankmeldungen, sondern auch zu globalen Lieferkettenproblemen geführt hatte. Auch die A45-Sperrung, die schon im Dezember 2021 zu erheblichen Verkehrsproblemen nicht nur in Lüdenscheid, sondern auch in den umliegenden Städten führte, war im Geschäftsjahr 2022 ein dauerhafter negativer Faktor. Ende Februar 2022 erfolgte der Angriff Russlands auf die Ukraine und der dann begonnene und bisher nicht beendete Krieg hat noch immer Auswirkungen auch für die heimische Region. Durch den Krieg kam es in den Folge Monaten zu einem weiteren globalen Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise, die zu verteuerten Produktpreisen und Anstieg der Inflationsrate führte. Da im Jahresverlauf auch nicht vorhersehbar war, inwiefern im Winter 2022/2023 eine Gasmangellage eintreten könnte, die möglicherweise eine 25-prozentige Drosselung der Gaszufuhr und als Folge eine Einstellung der Produktion bei einem Drittel der Betriebe ergeben würde, verschlechterten sich die Geschäftserwartungen weiter. Die SIHK schrieb daher in ihrer Konjunkturumfrage Nr. 148 im Herbst 2022, dass insgesamt dem „Märkischen Sauerland eine Rezession“ drohe. Der SIHK-Geschäftsklimaindex sei nur in der Finanzkrise von 2009 schlechter ausgefallen. Fast die Hälfte der Betriebe habe berichtet, dass sie eine problematische Finanzlage habe. Und 42 Prozent der Unternehmen gaben in der Umfrage an, künftig weniger investieren zu wollen.

Zudem führt die A45-Sperrung zu erheblichen Verkehrsproblemen nicht nur in Lüdenscheid, sondern auch in den umliegenden Städten durch die Ausweichstrecken verlaufen, da der regionale Verkehr versucht, Lüdenscheid möglichst zu umfahren. Somit kommt es nicht nur in Lüdenscheid zu längeren Fahrtzeiten durch Staus, sondern in der gesamten Region. Auch die Zufahrtsstraßen zum Gewerbepark Rosmart sind hiervor betroffen. Von aktuell ca. 52,5 ha verfügbarer kommunaler Gewerbeflächen im Märkischen Kreis, wovon 36,8 ha sofort vermarktungsfähig sind, entfallen 13,3 ha auf das interkommunale Gewerbegebiet Rosmart. Ein Blick auf die regionale Verteilung zeigt, dass einige Kommunen erhebliche Engpässe verzeichnen bzw. teilweise überhaupt keine marktreifen Flächen mehr aufweisen. Der in den Lageberichten bis 2019 skizzierte positive Trend bei der kreisweiten Gewerbeflächennachfrage sank in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage.

### Geschäftsverlauf

Von der zunehmenden Knappheit verfügbarer Gewerbeflächen hat der Märkische Gewerbepark Rosmart profitiert. Im Jahr 2021 haben acht Beratungsfälle mit mehreren Terminen stattgefunden. Zudem bestehen weiterhin vertragliche Reservierungen über 41.410 qm, worin die letzte GI-Fläche enthalten ist. Beide vertraglichen Reservierungen sind am 31.12.2022 ausgelaufen. Obwohl im Geschäftsjahr kontinuierlich weiterhin viele Beratungs- und Verhandlungsgespräche über mögliche Grundstückskäufe stattgefunden haben, kam es auch aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu keinem Vertragsabschluss. Der Kaufvertrag mit der Tuna Gebäudereinigung und Gebäudemanagement GmbH über 1.937 qm, der in 2021 geschlossen wurde, ist in 2022 vollzogen worden, weshalb bilanzielle und finanzielle Auswirkungen entstanden sind.

## **Lage**

### Ertragslage

Die wesentliche Einnahmequelle der MGR GmbH ist die Veräußerung von Gewerbegrundstücken, weshalb der Umsatzerlös in stärkstem Maße von diesen Verkäufen abhängig ist. Wie bereits in Punkt 2. „Geschäftsverlauf“ erwähnt, wurden im Jahr 2022 keine Flächen veräußert.

### Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme betrug zum 31.12.2022 17.003.817,10 € und hat sich damit gegenüber 2021 nur unwesentlich verändert. Die Bankverbindlichkeiten wurden um T€ 82 reduziert. Eine Inanspruchnahme der Städte war auch 2022 nicht erforderlich; erfolgversprechende Verkaufsgespräche lassen darauf schließen, dass auch im Jahr 2023 nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist. Der Jahresfehlbetrag betrug in 2022 391.321,95 €, womit der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf 7.248.053,52 € gestiegen ist.

### Gesamtaussage

Die Gesellschaft ist seit Jahren überschuldet und kann ihre Geschäfte allein über die Wirkungen der von den Gesellschafterstädten gezeichneten harten Patronatserklärung fortführen. Unter Berücksichtigung dieser Patronatserklärungen ist die Finanzlage der Gesellschaft auch künftig gesichert. Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist deshalb weiterhin darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten und Forderungen im Rahmen der Zahlungsziele zu begleichen bzw. zu vereinnahmen.

## **Prognosebericht**

Während des Geschäftsjahres ist trotz der verschlechterten Rahmenbedingungen weiterhin das Interesse von einigen potenziellen Investoren gegeben, auch wenn zwischenzeitlich Interessenbekundungen zurückgezogen wurden. Die Ergebnisse der Konjunkturumfrage Nr. 149 der SIHK aus dem Januar 2023 skizziert, dass sich die Geschäftserwartungen im Vergleich zum Herbst 2022 verbessert haben, da die drastischen Energieengpässe und eine neue Corona-Winterwelle ausgeblieben und die Inflation nachgelassen haben.

Das größte Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung für die kommenden Monate sehen die Unternehmen weiterhin in den Energie- und Rohstoffpreisen. Jedoch hat sich die Sorge um den Fachkräftemangel wieder verschärft. Auch wenn nur noch 39 Prozent der Unternehmen ihre Finanzlage als problematisch ansehen (zuvor 48 Prozent), sind dies noch mehr als ein Drittel. Bei den Inlandsinvestitionen gehen 32 Prozent von geringeren Beträgen aus, nur 25 Prozent von höheren Beträgen.

Bei der Industrie, die auch im Gewerbepark eine Kernbranche ist, haben sich auch alle Indikatoren der Kernbranche im Vergleich zum Herbst 2022 verbessert, obwohl auch hier die Lage noch angespannt ist. Fast ein Viertel der Betriebe (24 Prozent) habe in der Konjunkturumfrage an, geplante Investitionen aufgrund der gestiegenen Belastungen zurückzustellen. Da das verfügbare Angebot an Gewerbeflächen im südlichen Märkischen Kreis knapper wird, könnte sich die Nachfrage im Geschäftsjahr 2023 wieder auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2021 annähern, da eine kurzfristige Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Einzugsraum weiterhin

nicht absehbar ist. Sollten die in 2022 und Anfang 2023 getätigten Interessensbekundungen von potentiellen Investoren zu Verkäufen führen, so würden sich Ende 2023 die noch verfügbaren Grundstücksreserven der Gesellschaft auf rund 10,9 ha belaufen. Darin enthalten wird auch die noch unverkauften GI-Fläche von rund 1,3 ha sein, da die aktuell noch bestehende Option Ende 2022 ausgelaufen ist. Auch wenn die Anzahl an Anfragen und getätigten Verkäufen im Südkreis geringer geworden ist, sinken damit weiterhin die noch verfügbaren regionalen Grundstücksreserven. Der Straßenendausbau im Gewerbepark wird weiterhin vorbereitet: Wie in der Gesellschafterversammlung im August 2021 angekündigt, hat das beauftragte Ingenieurbüro der Geschäftsführung im Herbst 2021 eine vorläufige Kostenschätzung über 4 Mio. € für den Straßenendausbau vorgelegt. Die vorhandenen Finanzmittel sind nicht ausreichend, um den Endausbau zu finanzieren. Auch die erhöhten Einnahmen durch Steigerung des Quadratmeterpreises um 5 € kann den Finanzmittelbedarf nicht decken. Ebenso werden die erzielbaren Grundstücksverkaufserlöse nicht ausreichen, um die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten vollständig zu tilgen.

Im Geschäftsjahr 2022 entwickelte die Geschäftsleitung gemeinsam mit den Finanzabteilungen der drei Gesellschafterstädte ein Konzept, unter welchen finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen die Tilgung der aktuellen Darlehen als auch der Endausbau erfolgen kann. Im Anschluss erfolgten Gespräche mit den aktuellen Kreditgebern, der Vereinigten Sparkasse im MK sowie der Sparkasse an der Volme und Ruhr (ehemals Sparkasse Lüdenscheid), in denen die Vertragsbedingungen für die Darlehenstilgung einvernehmlich beschlossen wurden.

Der Finanzbedarf für den Endausbau der Straßen ist – bei grundsätzlicher Bereitschaft zur Finanzierung durch die Sparkassen – separiert zu vereinbaren. In personeller Hinsicht wird es in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 eine Veränderung geben: Geschäftsführerin Sara Schmidt hat ihre Anstellung bei der Stadt Altena Ende März 2023 beendet. In Absprache mit der Stadt Altena führt sie ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin bis zur nächsten Sitzung der Gesellschafterversammlung fort. Zu dieser Sitzung möchte die Stadt Altena der Gesellschafterversammlung auch eine nachfolgende Person vorschlagen.

### **Chancen- und Risikobericht**

Aus Sicht der Gesellschaft sind aufgrund der seitens der Gesellschafterstädte unterzeichneten harten Patronatserklärungen keine Risiken vorhanden. Die von der GmbH bevorrateten Flächen sind auf Grund der zunehmenden Schwierigkeiten zur Ausweisung gewerblicher und industrieller Baugrundstücke sowie der steigenden Nachfrage nach solchen wertbeständig. Ungeachtet ihrer prekären finanziellen Situation verfügt die Gesellschaft somit über Vermögen, welches einen wichtigen Bodenvorrat für die Gesellschafterkommunen darstellt.

### **Gesamtaussage**

Aus Sicht der Gesellschafterkommunen stellt die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft naturgemäß ein Risiko dar. Innerhalb der Gesellschaft wird dieses Risiko durch die Patronatserklärungen zu Lasten der Gesellschafterstädte eliminiert. Die Gesellschaft würde von Seiten der Gesellschafterstädte die zur Fortführung der Gesellschaft erforderlichen Mittel erhalten. Dies wird im Rahmen des Endausbaus nötig werden, da die durch ein Ingenieurbüro erstellte Kostenschätzung aufzeigt, dass die finanziellen Mittel für die vorgesehenen Baumaßnahmen nicht ausreichen werden.

Bei Berücksichtigung der oben erläuterten Situation im gewerblichen und industriellen Grundstücksbereich bleibt das vorhandene Gewerbeflächenpotential wertbeständig. Die Gesellschaft wird also zunächst weiterhin unter finanziellem Aufwand die Gewerbe- und Industriegrundstücke bevorraten und vermarkten.

### **Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und über die Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Ziel der Beteiligung der Gesellschafter an der Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH ist die Verbesserung des regionalen Arbeitsplatzangebotes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch die Belebung der industriellen und gewerblichen Entwicklung. Ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung ist die Sicherung eines ausreichenden regionalen Gewerbeflächenangebotes.

Die im Jahr 2022 von der Gesellschaft durchgeführten Maßnahmen dienten sämtlich diesen oben genannten Zwecken.

### **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

#### **Geschäftsführung**

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid mit Herrn Holger Moeser vertreten.

#### **Aufsichtsrat**

<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
BM Sebastian Wagemeyer	Vertretung im Amt
RH Jürgen Appelt	RH Andreas Stach
RH Lothar Hellwig	RH Michael Bernd Thielicke
RH Björn Weiß	RH Daniel Kahler

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 ordentlichen Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen. Dabei werden durch die Städte (Altena, Werdohl, Lüdenscheid) je vier Vertreter/innen von den Räten bestellt und abberufen und ein/e Vertreter/in durch die Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH entsandt.

#### **Beirat**

<b>Mitglieder</b>
RH Christoph Weiland
RF Ramona Ullrich
RH Jürgen Appelt

## Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RH Mert Can Cetin	RH Steffen Kriegel
<b>Stellvertretung:</b> RH Steffen Kriegel	<b>Stellvertretung:</b> RH Mert Can Cetin

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche und stellvertretende Mitglieder beträgt zum 31.12.2022 beträgt jeweils 0 (0,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

Der Anteil der Frauen im Beirat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt 1 (33,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

### Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft keine Beschäftigten hat.

### 3.4.1.8 Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Friedrichstraße 4 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1992
<b>Grundkapital</b>	100.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid. Zu diesem Zweck steht die Gesellschaft als Plattform für Sponsoringmaßnahmen der Gesellschafter sowie Dritter zur Verfügung.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist zudem die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkierungseinrichtungen und Parkleitsystemen oder ähnlicher Einrichtungen.

#### Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt Lüdenscheid</b>	30.000 € = 30,00 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Wirtschaftsförderung Kreisstadt Lüdenscheid e.V.	20.000 € = 20,00 %
Stadtwerke Lüdenscheid	20.000 € = 20,00 %
Sparkasse an Volme und Ruhr	20.000 € = 20,00 %
Südwestfälische Industrie und Handelskammer zu Hagen	10.000 € = 10,00 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der LSM GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 145,0 T€ für Zuschuss der Stadt Lüdenscheid.

Finanzbeziehungen der LSM GmbH zum STL bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 139,8 T€ für Entsorgung, Reinigung und Sonstiges.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	85,8	48,4	37,4	Eigenkapital	158,8	168,2	-9,4
Umlaufvermögen	312,5	568,5	-256,0	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	18,3	47,4	-29,1
				Verbindlichkeiten	211,4	343,5	-132,1
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,0	65,5	-65,5	Passive Rechnungsabgrenzung	9,8	123,3	-113,5
<b>Bilanzsumme</b>	<b>398,3</b>	<b>682,4</b>	<b>-284,1</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>398,3</b>	<b>682,4</b>	<b>-284,1</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>1.723,9</b>	<b>688,2</b>	<b>1.035,7</b>
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>213,4</b>	<b>82,1</b>	<b>131,3</b>
<b>3. Materialaufwand</b>	<b>70,4</b>	<b>0,0</b>	<b>70,4</b>
<b>4. Personalaufwand</b>	<b>167,7</b>	<b>174,4</b>	<b>-6,7</b>
<b>5. Abschreibungen</b>	<b>17,7</b>	<b>11,7</b>	<b>6,0</b>
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>1.690,5</b>	<b>489,4</b>	<b>1.201,1</b>
<b>7. Finanzergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>-1,4</b>	<b>1,4</b>
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	<b>-9,0</b>	<b>93,4</b>	<b>-102,4</b>
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>-9,4</b>	<b>66,2</b>	<b>-75,6</b>

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	39,9	24,6	15,2
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	-5,9	39,4	-45,3
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	185,1	347,5	-162,4
<b>Verschuldungsgrad</b>	144,6	232,4	-87,8
<b>Umsatzrentabilität</b>	-0,5	8,6	-9,1

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die Zahl der Beschäftigten 14 (Vorjahr 15).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid. So führt die Gesellschaft regelmäßig Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen des Stadtmarketings in Lüdenscheid durch, wie das Bautz Festival, Lichtrouten, Weihnachtsmarkt mit Eisbahn oder Public Viewing.

Ebenfalls dazu gehören u. a. auch die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkierungsanlagen oder ähnlichen Einrichtungen.

## Wirtschaftsbericht

### Allgemeine Lage und Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 stellt sich für die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH in der Rückschau insgesamt als wirtschaftlich sehr fordernd dar. Der Weg aus der Pandemie heraus war mit dem bestehenden und kleinstem Personalstamm der letzten Jahre sehr intensiv. Die Entwicklung der einzelnen Tätigkeitsfelder fokussierte sich auf das in 2022 nun zum zweiten Mal erfolgreich stattgefundenen Bautz Festival. Darüber hinaus auf die zwei weiteren Großveranstaltungen der Gesellschaft: Stadtfest sowie Weihnachtsmarkt + Wintereisvergnügen. Hinzu kam eine Vielzahl weiterer Einzelformate.

Die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH hat die gute Netzwerkarbeit der Vorjahre fortgesetzt und sich Vertrauen in der heimischen Unternehmerschaft wie Vereinswesen erarbeitet. Ein direkter Dialog wird weiter forciert und im Rahmen eines ständigen Dialogs ausgebaut.

## Geschäftsverlauf

Das Ergebnis schließt nach Berücksichtigung der Steuern mit einem Verlust von 9.361,47 € ab. Das gewünschte wie prognostizierte Jahresergebnis einer schwarzen Null wurde nur minimal verfehlt. Der Fehlbetrag erklärt sich insbesondere durch das notwendige Ausbuchen einer Altforderung in Höhe von 6.000,00 € aus dem Geschäftsjahr 2018.

## Parkraumbewirtschaftung

Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung bewegen sich weiterhin unter dem Niveau von 2019, insbesondere bedingt durch die aktuelle Gesamtsituation in Lüdenscheid. Jedoch nur noch leicht in Höhe von ca. 10-15 % zum Vergleichsjahr 2019. Die Geschäftsjahre 2020 + 2021 sollten nicht zur Betrachtung hinzugezogen werden, da diese stark unter Einfluss der Corona-Pandemie standen. Unabhängig von den hoffentlich nur temporären Krisen (Neubau der Autobahnbrücke, Inflation, Umbauarbeiten in der Innenstadt), ist jedoch grundsätzlich nicht mit einer nennenswerten Verbesserung zu rechnen.

Die Kosten für die Parkraumbewirtschaftung konnten konstant gehalten werden. Eine weitere Reduzierung ist für die Zukunft nicht absehbar, es wird derzeit eher von erhöhten Kosten aufgrund von Wartung und Verschleiß ausgegangen. Insbesondere in den städtischen Parkhäusern wie -flächen Kulturhaus und Turmstraße besteht immenser Investitionsstau.

## Stadtmarketing

Im Jahr 2022 konnte endlich wieder ein großer Katalog an kleinen wie auch großen Aktionen und Veranstaltungen erfolgreich umgesetzt werden. Den ohne Frage größten Stellenwert – gemessen an Arbeits- und Umsatzvolumen - hat dabei das Bautz Festival eingenommen. Eine Großveranstaltung mit enormer Strahlkraft, auch über die Stadtgrenzen hinaus.

Weiterhin ist ein fester Bestandteil der Aktivitäten der Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes, welches im Idealfall die Bedürfnisse der einzelnen Partner nachvollziehen kann und im Ergebnis in der Umsetzung einzelner Maßnahmen mündet. Exemplarisch seien hier, wie in den Vorjahren, sowohl die Arbeit mit den „Visionären“, dem Verein Willi & Söhne e.V. und dem Altstadtverein genannt. In 2022 wurde darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Fachdiensten der Stadt Lüdenscheid intensiviert und erste, gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen auf den Weg gebracht.

## Investitionsmaßnahmen

Im Geschäftsjahr 2022 wurde in 10 Stück Werbeanhänger investiert, die zur Bewerbung eigener Formate genutzt sowie zur Anmietung zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus wurde ein VW T3 Bulli angeschafft, der als Zugfahrzeug für die Werbeanhänger genutzt wird und in Zukunft weiter als Werbefahrzeug der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH dienen soll.

## Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Keine nennenswerten Vorgänge, die nicht bereits unter den Punkten 1-4 Erwähnung gefunden haben.

## Darstellung der Lage

### Strukturen der Erträge und Aufwendungen

#### Kostendeckungsgrad\* aus Umsätzen und sonstigen Erträgen

2012	74,5 %	100,7 %
2013	51,9 %	100,4 %
2014	51,9 %	100,4 %
2015	70,8 %	99,3 %
2016	71,8 %	97,4 %
2015	70,5 %	102,0 %
2018	58,5 %	99,9 %
2019	72,7 %	100,3 %
2020	71,5 %	105,5 %
2021	74,9 %	104,8 %
2022	88,5 %	99,5 %

\*) inkl. Gesellschaftersponsoring

### Strukturen der Aufwendungen

	€	Anteil am Gesamtaufwand in %	
	2022	2021	2021
a) Personal inkl. Fremdleistungen u. Aufwandsentschädigung GF	167.694	8,6	25,9
b) Kosten Parkraumbewirtschaftung inkl. übrige Aufwendungen, Afa	289.474	14,9	32,0
c) Kosten Wirtschaftsförderung	1.418.485	72,9	34,0
d) Allgemeine Verwaltungskosten, Steuern	70.654	3,6	12,9

### Jahresergebnis

	Plan 2022	Rechnung 2022
Gesamterträge	2.236.732	1.937.314
Gesamtaufwand	2.228.870	1.946.306

## **Prognose-, Risiko- und Chancenbericht**

Nicht zu kalkulierende Entwicklungen bei den Gesellschaftern der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH haben unmittelbar Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft. Aus dieser Abhängigkeit können sich immer etwaige Risiken ergeben.

Dazu hat zuletzt ein klarer politischer Wille zur Eigenständigkeit und langfristigen Zukunft der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH gefehlt. Dieser politische Wille hat direkten Einfluss auf

den größten Gesellschafter des Unternehmens, die Stadt Lüdenscheid. Dieser politische Wille wurde zwischenzeitlich und fraktionsübergreifend geäußert. Ziel muss nun sein, die Gesellschaft mittel- und langfristig neu zu strukturieren und mit den notwendigen personellen wie finanziellen Rahmenbedingungen auszustatten, um die Gesellschaft handlungsfähig für die großen Aufgaben in der Zukunft zu machen.

Die langjährige Sperrung der A45 hat weiter großen (negativen) Einfluss auf Entwicklungen und Stimmungen im Stadtbild. Gleiches gilt für die fortdauernden Umbauarbeiten in der hiesigen Innenstadt. Die Inflations-bedingten Preissteigerungen haben glücklicherweise keinen allzu großen Effekt auf die geschäftlichen Aktivitäten der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

### **Geschäftsführung**

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid im Berichtsjahr 2022 nicht vertreten.

### **Aufsichtsrat**

<b>Mitglieder</b>
BM Sebastian Wagemeyer
Herr Volker Neumann (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)
RH Jens Voß (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)
RH Christoph Weiland
RH Dominik Hass
RH Andreas Stach

Der Aufsichtsrat der LSM besteht aus 11 Mitgliedern/innen. Ihm gehören an:

- vier Mitglieder, die vom Rat der Stadt Lüdenscheid (dazu muss der/die Bürgermeister/in oder ein von ihr/ihm vorgeschlagene/r Beamtin/Beamter oder Angestellte/r zählen) bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder, die vom WKL e.V. bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder, die vom Rat der Stadt Lüdenscheid auf Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder die von der Sparkasse an Volme und Ruhr bestellt und abberufen werden und
- ein Mitglied, das von der SIHK bestellt und abberufen wird.

## Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RF Verena Szermerski-Kasperek	RH Ralf Michael Schwarzkopf
<b>Stellvertretung:</b> RH Ralf Michael Schwarzkopf	<b>Stellvertretung:</b> RF Verena Szermerski-Kasperek

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt 0 (0,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

### Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

### 3.4.1.9 ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Platz der Impulse 1 58095 Hagen
<b>Gründungsjahr</b>	2006
<b>Grundkapital</b>	114.900.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die geschäftsleitende Tätigkeit einer Holding für die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas, Wasser und Wärme gegenüber der Mark-E Aktiengesellschaft und der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH sowie gegebenenfalls anderen regionalen Versorgungsunternehmen. Die Gesellschaft hält, steuert, koordiniert und überwacht ihre Beteiligungen an Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und weiterer Beteiligungen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck der Versorgungs- oder Entsorgungsunternehmen zu fördern. Sie schafft gesellschaftsrechtliche Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Tätigkeitsfeldern des Konzerns für Dritte. Dies kann durch unmittelbare Beteiligung und Dritte erfolgen. Sie übernimmt für alle Konzerngesellschaften zentrale und auch unternehmensübergreifende Funktionen und kann weitere Dienstleistungen für ihre Konzerngesellschaften erbringen. Die Gesellschaft kann Liegenschaften und Schutzrechte erwerben, verwerten und veräußern, andere Gesellschaften und Zweigniederlassungen errichten bzw. sich an anderen Gesellschaften beteiligen. Die Gesellschaft ist befugt zum Abschluss von Unternehmensverträgen jeder Art (z.B. Ergebnisabführungsverträge), kann die Mitgliedschaft in Verbänden, Interessengemeinschaften und dergleichen erwerben und überhaupt jegliche Geschäfte vornehmen - wie z.B. die Verwaltung des eigenen Vermögens.

#### Ziel der Beteiligung

Die Gesellschaft will durch einen anzustrebenden Unternehmensverbund der regionalen Versorgungsunternehmen eine optimale Versorgung des regionalen Marktes mit den verschiedenen Energieformen (wie z. B. Strom, Gas, Wärme etc.) und Wasser gewährleisten und sicherstellen. Die Gesellschaft kann auch Kooperationen zu anderen kommunalen Versorgungsunternehmen in der Region begründen, um langfristig eine Bündelung der regionalen Versorgungs- und Entsorgungsfunktionen zu erreichen. Die ENERVIE erfüllt mit ihrem Unternehmensgegenstand einen öffentlichen Zweck.

## Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	27.718.192 € = 24,12 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Stadt Hagen	49.009.736 € = 42,66 %
REMONDIS Wasser und Energie GmbH	21.898.222 € = 19,06 %
Stadt Altena	5.060.595 € = 4,41 %
Stadt Plettenberg	3.181.306 € = 2,77 %
Stadt Halver	1.944.478 € = 1,69 %
Stadt Schwerte	1.521.926 € = 1,32 %
Bäderbetrieb Kierspe GmbH	966.804 € = 0,84 %
Gemeinde Schalksmühle	911.219 € = 0,79 %
Stadt Kierspe	894.879 € = 0,78 %
Gemeinde Herscheid	858.431 € = 0,75 %
Stadt Meinerzhagen	735.107 € = 0,64 %
Stadt Herdecke	199.105 € = 0,17 %
<b>Unmittelbare Beteiligungen der ENERVIE</b>	
Stadtwerke Lüdenscheid GmbH	100,00 %
Mark-E AG	100,00 %
Stadtwerke Kierspe GmbH	35,34 %
The Mobility House GmbH Deutschland	20,00 %

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der ENERVIE AG zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 8.430,0 T€ für das gewährte Gesellschafterdarlehen.
- Aufwendungen in Höhe von 3.553,7 T€ für Dividendenzahlung (3.377,3 T€) und Zinsen (167,4 T€).

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	348.482,8	349.820,1	-1.337,3	<b>Eigenkapital</b>	378.478,6	355.061,7	23.416,9
<b>Umlaufvermögen</b>	87.651,6	117.225,7	-29.571,1	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	13.793,1	12.232,3	1.760,8
				<b>Verbindlichkeiten</b>	90.346,8	143.139,0	-52.792,2
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	49,0	180,6	-131,6	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Aktive latente Steuern</b>	46.435,1	43.006,6	3.428,5				
<b>Bilanzsumme</b>	<b>482.618,5</b>	<b>510.233,0</b>	<b>-27.614,5</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>482.618,5</b>	<b>510.233,0</b>	<b>-27.614,5</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	5.727,4	5.316,7	410,7
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	146,7	15.756,2	-15.609,5
<b>3. Materialaufwand</b>	234,9	234,5	0,4
<b>4. Personalaufwand</b>	1.201,3	1.132,9	68,4
<b>5. Abschreibungen</b>	1.322,9	1.322,9	0,0
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	777,0	669,6	107,4
<b>7. Finanzergebnis</b>	51.275,8	49.232,6	2.043,2
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	53.613,8	66.945,6	-13.331,8
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	37.416,9	51.451,7	-14.034,8

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	78,4	69,6	8,8
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	9,9	14,5	-4,6
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	108,6	101,5	7,1
<b>Verschuldungsgrad</b>	0,3	0,4	-0,2
<b>Umsatzrentabilität</b>	637,0	244,2	392,8

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug bei der ENERVIE die Zahl der Beschäftigten 3 (Vorjahr 3), zudem 2 Vorstände (Vorjahr 2). Die weiteren Beschäftigten sind bei den zur ENERVIE gehörenden Gesellschaften angestellt.

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

Die ENERVIE - Südwestfalen Energie und Wasser AG, im Folgenden ENERVIE genannt, ist der Unternehmensverbund der Mark-E Aktiengesellschaft, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und der ENERVIE Vernetzt GmbH im südlichen Nordrhein-Westfalen. Als Holding nimmt die ENERVIE alle Management- und Steuerungsfunktionen für ihre Gesellschaften wahr. Dies umfasst die kaufmännischen Dienstleistungen, das Controlling, das Personalmanagement, die IT, das Facility Management sowie die Stabsdienste. Die ENERVIE Gruppe liefert für die Versorgung ihrer Kunden und Energiehandelspartner Strom, Gas, Wärme, Trinkwasser sowie technische und energienahe Dienstleistungen. Des Weiteren baut und betreibt sie Strom-, Gas- und Wassernetze in der Region.

## Wirtschaftsbericht

### Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

#### Allgemeine wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen um 1,9 Prozent höher als im Vorjahr. Die gesamtwirtschaftliche Lage war geprägt von den Folgen des Russland-Ukraine-Krieges. Hinzu kamen Material- und Lieferengpässe sowie steigende Preise.

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine („Russland-Ukraine-Krieg“). Die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind maßgeblich von der weiteren Entwicklung des Russland-Ukraine-Krieges abhängig.

## **Branchenentwicklung**

Der Energieverbrauch in Deutschland ist gemäß Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. im Jahr 2022 um rund 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Auf der einen Seite stieg der Energieverbrauch trotz der sich im Jahresverlauf verstärkenden konjunkturellen Eintrübung der Wirtschaft, auf der anderen Seite kam es aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise zu kurzfristigen verhaltensbedingten Einsparungen wie auch zu Energieeffizienzinvestitionen.

## **Brutto-Stromerzeugung sinkt leicht**

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft sinkt die vorläufige Brutto-Stromerzeugung in Deutschland im Jahr 2022 auf etwa 574,0 Mrd. kWh (2021: 585,0 Mrd. kWh). Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung erhöhte sich auf 44,6 Prozent (2021: 40,5 Prozent). Die weiteren Energieträger: Braunkohle 20,4 Prozent, Erdgas 13,5 Prozent, Steinkohle 11,5 Prozent und Kernenergie 6,0 Prozent.

## **Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Die Situation an den Energiemärkten in Deutschland ist seit Beginn des Russland-Ukraine-Krieges, von einer extremen Unsicherheit, über notwendige Gaslieferungen sowie einer außerordentlichen Volatilität bei ohnehin bereits hohem Preisniveau gekennzeichnet. Insbesondere die sehr massiven Preissteigerungen bei Gas, die einen Teil der gestiegenen Strompreise begründen, stellen eine erhebliche, teilweise existenzbedrohende Belastung für die Bevölkerung und Unternehmen in Deutschland und Europa dar und sind eine enorme gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderung.

Die derzeitige Energiemangellage und die daraus resultierenden hohen Strompreise können mittel- und langfristig nur durch Investitionen in neue Erzeugungsanlagen und Diversifizierung bestehender Energiequellen überwunden werden, also durch die Schaffung von mehr Alternativen zu russischem Erdgas. Daher hat die Bundesregierung neben vielen weiteren Maßnahmen z.B. das Ausbautempo für die erneuerbaren Energien mit einer großen EEG-Novelle massiv beschleunigt und die Grundlagen für den Import von Flüssigerdgas geschaffen. Auch wenn die Großhandelspreise für Strom zuletzt zurückgegangen sind, verbleiben die Strompreise in Deutschland und Europa weiterhin auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise.

Die Bundesregierung hat mit den sogenannten „Entlastungspaketen I-III“ umfangreiche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Unternehmen in Deutschland beschlossen. Zudem hat die Bundesregierung mit dem weiterentwickelten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) einen umfassenden wirtschaftlichen Abwehrschirm mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Milliarden € geschaffen. Dieser Abwehrschirm federt die Auswirkungen der verschärften Energielage ab. Ein wichtiges Element dieses Abwehrschirms ist die Strompreisbremse, die durch dieses Gesetz eingeführt wird. Sie soll die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern. Flankierend ist durch das Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz

eine einmalige Entlastung für Kunden von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme für Dezember 2022 umgesetzt worden und es wird parallel mit dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz eine zu der Strompreisbremse vergleichbare Gaspreisbremse eingeführt.

### **Geschäftsverlauf**

Mark-E und SWL als wesentliche die Gruppenentwicklung beeinflussende Gesellschaften behaupteten sich auch 2022 weiterhin erfolgreich im Markt. Für ihre Privat-, Geschäfts- und Industriekunden mit den dazugehörigen Verträgen haben die beiden Unternehmen ihre Produkte in den Sparten Strom, Gas und Wasser auf die Kundenbedarfe zugeschnitten sowie ihren Bereich Dienstleistungen (Contracting für Druckluft, Wärme, Kälte und Licht) weiterentwickelt. Neben diesen beiden Gesellschaften hat ENERVIE Vernetzt als weitere wesentliche die Gruppenentwicklung beeinflussende Gesellschaft die Strom-, Gas und Wassernetze im Geschäftsjahr mit hoher Verfügbarkeit betrieben.

ENERVIE hat im Jahr 2022 eine Dividende von 14 Mio. € an seine Aktionäre ausgezahlt.

### **Änderung der Beteiligungsstruktur**

Die Beteiligungsstruktur ist im Berichtsjahr so vereinfacht worden, dass in einem ersten Schritt 51 Prozent der Anteile an der SEW Beteiligungs Verwaltungs GmbH, im Folgenden SEW GmbH genannt, durch die ENERVIE erworben wurden und in einem zweiten Schritt die SEW GmbH auf die ENERVIE verschmolzen wurde, wodurch die SEW GmbH als Komplementärin der SEW Beteiligungs GmbH & Co. KG, im Folgenden SEW KG, untergegangen ist und das Vermögen der SEW KG auf die ENERVIE angewachsen ist. Somit sind die 10 Prozent der Anteile der SEW KG an der Mark-E auch auf die ENERVIE angewachsen, sodass im Ergebnis nun sämtliche Anteile an der Mark-E unmittelbar von der ENERVIE gehalten werden.

### **Neue Organisationsstruktur im Kaufmännischen Bereich**

Die neue Organisationsstruktur, die ab dem 1. März 2023 gilt, basiert auf einem neuen Rollenkonzept, das entlang der gesamten Finanz-Wertschöpfungskette die Aufgaben festlegt: Standards vereinbart („Governance“), Daten erzeugt („Business Services“), Daten modelliert („Data Science“) und den Unternehmenserfolg lenkt wie optimiert („Business Partner“). Je nach Aufgabenfeld übernimmt jede Abteilung (Finanzen & Services, Controlling & Risikomanagement, Einkauf und IT) sowie das Team Digitalisierung & Prozesse dann die zugehörigen Rollen. Der kaufmännische Bereich richtet sich bereits heute auf die Arbeitswelt von morgen aus.

### **Konzernfinanzierung**

Die ENERVIE Gruppe hat im Jahr 2021 ihre Konzernfinanzierung, bestehend aus einem Konsortialkredit, Schuldscheindarlehen, bilateralen Krediten und Förderdarlehen, neu aufgesetzt und Finanzierungssicherheit für die nächsten Jahre geschaffen. Die neue Konzernfinanzierung ermöglichte der ENERVIE Gruppe flexibel und abgesichert auf das aktuellen Marktumfeld zu reagieren. Bestandteil der Konzernfinanzierung ist auch eine Nachhaltigkeitskomponente. Nachdem im ersten Rating durch die führende Corporate Social Responsibility Ratingagentur EcoVadis die Nachhaltigkeits-Aktivitäten der ENERVIE Gruppe bereits mit der Bronze-Medaille bewertet wurden, wurde die ENERVIE Gruppe beim Folgerating mit der Silber-Medaille

bewertet. Ein Ergebnis, mit dem die ENERVIE Gruppe über dem Branchendurchschnitt liegt. ENERVIE legt den Kreditgebern dieses Rating jährlich vor. Je nach Tendenz weist die erreichte Punktzahl einen „Bonus“ oder „Malus“ aus, der den Zinssatz senkt oder erhöht.

## **Informationstechnologie**

Mit der weitergeführten Aktualisierung der IT-Infrastruktur konnte, ergänzend zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, ein wichtiger Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Einsparung erbracht werden. Mobiles Arbeiten, Videokonferenzlösungen und energiesparende Endgeräte für alle Mitarbeiter trugen zur positiven Entwicklung bei. Durch standardisierte Prozesse (oder im Bedarfsfall auch durch individualisierte Maßnahmen) werden Betriebssysteme und Applikationen auf aktuellem Stand gehalten und unterstützen sowohl die Resilienz und als auch die Verfügbarkeit. Im Bereich der IT-Sicherheit zeigten die durchgeführten Tests einen hohen Schutzstandard, der aber angesichts der wachsenden Bedrohungslage weiter ausgebaut wird.

## **Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs**

Der Geschäftsverlauf der ENERVIE Gruppe bestätigt die Robustheit des Geschäftsmodells mit breiter Wertschöpfungsbasis. Trotz sehr herausfordernder Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2022, vor allem die durch den Russland-Ukraine-Krieg hervorgerufene Energiekrise verbunden mit sehr dynamischen Energiemärkten als auch durch die Inflation und fort-dauernde Störung internationaler Lieferketten hervorgerufenen Kostensteigerungen, wurde ein sehr gutes Ergebnis erreicht.

Der nachfolgende Leistungsindikator gibt einen Überblick über den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (EBT) der für die interne Steuerung der Gesellschaft verwendete bedeutsamste finanzielle Leistungsindikator darstellt.

Das EBT des Jahres 2022 beträgt 53,6 Mio. € (im Vorjahr 66,9 Mio. €). Im Vergleich zum geplanten EBT 2022 von 51,0 Mio. € (im Vorjahr 50,6 Mio. €) fällt das EBT der ENERVIE aufgrund der im Vergleich zum Plan höheren Ergebnisabführungen der Mark-E und der SWL um 2,6 Mio. € (im Vorjahr 16,3 Mio. €) besser aus.

## Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Ergebnisentwicklung der ENERVIE wird wesentlich durch die Einzelergebnisse ihrer Tochtergesellschaften Mark-E und SWL, die über Ergebnisabführungsverträge mit der ENERVIE verknüpft sind, geprägt. Dadurch erfolgt eine phasengleiche Vereinnahmung der Einzelergebnisse. Im Geschäftsjahr 2022 ist das Beteiligungsergebnis von 52,4 Mio. € auf 53,1 Mio. € gestiegen. Dazu trägt Mark-E mit einer Gewinnabführung von 48,1 Mio. € (im Vorjahr 47,4 Mio. €) und SWL mit einer Gewinnabführung von 4,8 Mio. € (im Vorjahr 4,9 Mio. €) bei. Gegenüber der Planung für das Jahr 2022 bedeutet dieses eine Verbesserung von insgesamt 4,5 Mio. €. Dadurch entsteht im Einzelabschluss der ENERVIE ein Ergebnis nach Steuern von 37,4 Mio. € (im Vorjahr 51,5 Mio. €) und ein Jahresüberschuss von 37,4 Mio. € (im Vorjahr 51,5 Mio. €).

Der Bilanzgewinn beträgt unter Berücksichtigung der Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen sowie des Gewinnvortrages aus 2021 164,3 Mio. € (im Vorjahr 140,6 Mio. €).

Das geplante EBT von 51,0 Mio. € wurde um 2,6 Mio. € übertroffen. Der Rohertrag lag mit 5,5 Mio. € um 0,2 Mio. € unter der Planung. Der Umsatz ist aufgrund der leicht niedrigeren Konzernverrechnung geringer als geplant, während das geplante Finanzergebnis um 2,8 Mio. € verbessert werden konnte. Das Finanzergebnis liegt aufgrund von höheren Ergebnisabführungen über dem Planwert.

Die Umsatzerlöse der ENERVIE in Höhe von 5,7 Mio. € (im Vorjahr 5,3 Mio. €) resultieren hauptsächlich aus den Dienstleistungen, die gegenüber den Tochtergesellschaften Mark-E und SWL im Berichtsjahr erbracht worden sind. Ebenfalls in den Umsatzerlösen enthalten sind die Erlöse aus der Vermietung des Zentralstandortes der ENERVIE in Höhe von 3,3 Mio. € (im Vorjahr 3,3 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 15,7 Mio. € auf 0,1 Mio. € gesunken. Der Rückgang beruht im Wesentlichen darauf, dass im Vorjahr die Zuschreibung des Beteiligungsansatzes der Mark-E in Höhe von 15,0 Mio. € in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten war.

Der konstant gebliebene Materialaufwand von 0,2 Mio. € (im Vorjahr 0,2 Mio. €) betrifft die im Zusammenhang mit den Umsatzerlösen bezogenen Leistungen von den Tochtergesellschaften und beinhaltet im Wesentlichen bezogene Management-Dienstleistungen.

Der Personalaufwand von 1,2 Mio. € ist im Vergleich zum Vorjahr (1,1 Mio. €) leicht angestiegen und enthält im Wesentlichen die Vergütungen für die bei der ENERVIE beschäftigten Vorstandsmitglieder.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen von unverändert 1,3 Mio. € betreffen den Zentralstandort der ENERVIE.

Die Zinsaufwendungen in Höhe von 2,7 Mio. € (im Vorjahr 4,3 Mio. €) enthalten unter anderem die Zinsen für das Darlehen der Anteilseigner und für die jeweiligen Bankdarlehen. Der Rückgang der Zinsaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus der im letzten Geschäftsjahr vorgenommenen Refinanzierung und aus der vollständigen Tilgung des Aktionärsdarlehens zum 30. Juni 2022.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 16,2 Mio. € (im Vorjahr 15,5 Mio. €) sind insgesamt um 0,7 Mio. € gestiegen. Der Erhöhung des Aufwands für Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 3,5 Mio. € stehen um 2,8 Mio. € gestiegene Erträge aus den latenten Steuern gegenüber.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr von 510,2 Mio. € um 27,6 Mio. € auf 482,6 Mio. € gesunken.

Das Sachanlagevermögen ist von 35,0 Mio. € aufgrund der erfolgten Abschreibungen auf 33,7 Mio. € gesunken. Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 314,8 Mio. € ist nahezu unverändert geblieben. ENERVIE hat die restlichen 51 Prozent der Anteile an der SEW GmbH von der Lampe Beteiligungsgesellschaft mbH erworben. Dann wurde die SEW GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf die ENERVIE verschmolzen. Somit beträgt die Beteiligungsquote der ENERVIE an der Mark-E nach Anwachsung nun 100 Prozent.

Das Umlaufvermögen verminderte sich insgesamt von 117,2 Mio. € um 29,6 Mio. € auf 87,6 Mio. €. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind vor allem aufgrund des praktizierten Cash-Pooling um 43,5 Mio. € gesunken. Dagegen sind die Bankguthaben um 9,7 Mio. € sowie die sonstigen Vermögensgegenstände, im Wesentlichen Forderungen aus Steuern, um 4,2 Mio. € angestiegen.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital insgesamt um 23,4 Mio. € auf 378,5 Mio. € (im Vorjahr 355,1 Mio. €) erhöht. Gründe hierfür sind der von 140,6 Mio. € um 23,7 Mio. € auf 164,3 Mio. € gestiegene Bilanzgewinn und die um 0,3 Mio. € geringeren Gewinnrücklagen. Die in diesem Jahr ausgeschüttete Dividende für 2021 verminderte das Eigenkapital um 14,0 Mio. €. Die gebildeten Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 12,0 Mio. € insgesamt auf 13,8 Mio. € erhöht, hauptsächlich verursacht durch die Steuerrückstellungen, die von 1,5 Mio. € um 2,1 Mio. € auf 3,6 Mio. € gestiegen sind. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 90,3 Mio. € (im Vorjahr 143,1 Mio. €) sind um 52,8 Mio. € gesunken, vor allem aufgrund der vollständigen Tilgung des Aktionärsdarlehens in Höhe von 30,0 Mio. € sowie der vorgenommenen Tilgung des Konsortialkredits in Höhe von 20,0 Mio. €.

Die wirtschaftliche Eigenkapitalausstattung der ENERVIE (bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 378,5 Mio. € / Gesamtkapital in Höhe von 482,6 Mio. €) ist mit 78,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (75,5 Prozent) verbessert. Die Eigenkapitaldeckung des Anlagevermögens (bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 378,5 Mio. € / Anlagevermögen in Höhe von 348,5 Mio. €) ist mit 108,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr (110,1 Prozent) leicht gesunken.

Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen. Die Deckung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs erfolgt im Rahmen von freien Kreditlinien bei mehreren Geschäftsbanken. Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich auf -12,6 Mio. € (im Vorjahr -19,7 Mio. €). Der niedrigere negative Cashflow des letzten Jahres beruhte unter anderem auf der Zuschreibung des Beteiligungsansatzes. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich von 66,1 Mio. € auf 53,2 Mio. € verringert. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf -68,7 Mio. € (im Vorjahr -31,9 Mio. €); die Minderung ist im Wesentlichen begründet durch die im Berichtsjahr vorgenommene vollständige Tilgung des Aktionärsdarlehens.

#### Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt verfügt ENERVIE über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

## **Chancen- und Risikobericht**

### Grundsätze

ENERVIE ist als Holding der Unternehmen Mark-E und SWL für zentrale Steuerungs- und Controlling-Aufgaben zuständig. Operative Geschäftstätigkeiten werden auf die Tochtergesellschaften verlagert. Die Gesellschaft ist daher frei von technischen Risiken (z.B. Kraftwerksausfällen), Mengenrisiken (z.B. Absatzmengenrisiko) oder Marktrisiken (z.B. Strompreisänderungen). Dennoch wird ENERVIE wesentlich von der Lage der ENERVIE Gruppe (Konzern) beeinflusst. Eigene Risiken liegen im strategischen, organisatorischen und finanziellen Bereich sowie im Beteiligungsportfolio.

ENERVIE trifft die langfristigen strategischen Entscheidungen, die von den Tochtergesellschaften umgesetzt werden. Steuerungsdaten werden dezentral aus den einzelnen Geschäftsfeldern sowie Konzerngesellschaften erhoben. Ein zentrales Konzerncontrolling führt die Aufgaben zusammen und überwacht die Plan-Ist-Abweichungen. Damit werden Fehleinschätzungen in der Planung und daraus resultierende Risiken frühzeitig aufgedeckt.

Der Erfolg unternehmerischer Entscheidungen hängt maßgeblich von der zuverlässigen Beurteilung und dem bewussten Umgang mit Chancen und Risiken ab.

Das Ziel des Risikomanagements der ENERVIE ist es, die wesentlichen bestehenden und potenziellen Chancen und Risiken systematisch und frühzeitig zu identifizieren und durch eine kontinuierliche Überwachung und Steuerung den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern. Das Risikomanagement liefert darüber hinaus wichtige Erkenntnisse und Entscheidungen über die Tragfähigkeit von Risiken.

Organisatorisch ist das Risikomanagement der ENERVIE im Vorstandsressort Finanzen, Technik und Vertrieb verankert und für die Konzernmuttergesellschaft sowie für alle Tochtergesellschaften der ENERVIE tätig. Es basiert auf den unternehmenspolitischen Zielsetzungen und Strategien und ermöglicht einen konzerneinheitlichen und systematischen Prozess.

### Risikomanagementorganisation und –prozess

ENERVIE hat Risikoverantwortliche für Geschäftsbereiche und Unternehmensfunktionen (Risk Owner) benannt, die mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements Risiken und Chancen frühzeitig und gebündelt identifizieren sowie bewerten.

Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Relevanzklassen eingeordnet und priorisiert. Die Relevanzklassen reichen von „unwesentlich“ (Auswirkung < 2 Prozent), über „unbedeutend“ (Auswirkung 2-10 Prozent), „mittel“ (Auswirkung 10-25 Prozent), „bedeutend“ (Auswirkung 25-40 Prozent) und „schwerwiegend“ (Auswirkung 40-80 Prozent) bis hin zu „bestandsgefährdend“ (Auswirkung > 80 Prozent). Die Auswirkung stellt dabei für Ergebnisrisiken auf den prozentualen Verzehr des hälftigen Grundkapitals zuzüglich der Gewinnrücklage und des Bilanzgewinns (31. Dezember 2021: 113,2 Mio. €) bei Eintritt des Risikos ab. Reine Liquiditätsrisiken dagegen werden auf Basis ihrer Auswirkung auf die niedrigste verfügbare Planliquidität eines jeweiligen Betrachtungszeitraumes klassifiziert. Mittels Monte-Carlo-Simulation werden alle Risiken aggregiert und auf Konzernebene konsolidiert dargestellt und bewertet. Die Risikoüberwachung und -steuerung ist ebenfalls Aufgabe der Risk Owner.

Im Rahmen der Unternehmensplanung werden die Risiken mit dem Controlling abgestimmt. Unterstützt wird der gesamte Prozess durch den Einsatz einer speziellen Risikomanagement-Software. Die Risikolage der ENERVIE Gruppe ist somit jederzeit transparent und bedarfsgerecht darstellbar.

Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat erfolgt viermal jährlich im Rahmen der Risikoaudits bzw. der Gremiensitzungen.

Zur kontinuierlichen Überwachung der Risikosituation und der diesbezüglichen Beratung hat der ENERVIE Vorstand zudem ein Risikokomitee eingesetzt, das in regelmäßigen Abständen tagt und in dem die wesentlichen Risiken der ENERVIE Gruppe diskutiert werden.

## **Risikolage**

### Russland-Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise, steigende Inflation und Rezessionsängste in Deutschland

Die Wirtschaft in Deutschland steht vor einer Reihe von großen Herausforderungen, die auch das Jahr 2023 prägen werden. Auf die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 folgte im Jahr 2022 der Russland-Ukraine-Krieg. Die bereits angespannte Situation auf den Energiemärkten wurde durch den Russland-Ukraine-Krieg noch einmal deutlich verschärft. Im Jahr 2022 ist es zu einem drastischen Anstieg der Commodity-Preise gekommen. Auch wenn sich die Situation zwischenzeitlich leicht entspannt hat, so besteht weiterhin eine hohe Unsicherheit im Markt, insbesondere in Bezug auf das Angebot von Gas, Kohle und Öl. Es besteht das Risiko, dass sich die extremen Preisentwicklungen und hohen Volatilitäten auch im Jahr 2023 fortsetzen.

Die stark gestiegenen Energiepreise haben die Inflation in Deutschland im Jahr 2022 auf den höchsten Stand seit mehr als 70 Jahren getrieben. Die Inflationsrate in Deutschland lag im Durchschnitt des Jahres 2022 bei rund 7,9 Prozent. Den Rekordstand von 10,4 Prozent erreichte die Inflation dabei im Oktober. Die Europäische Zentralbank (EZB) geht davon aus, dass die Inflation wieder sinkt, wenn die derzeitigen Inflationstreiber mit der Zeit nachlassen und die Normalisierung der Geldpolitik auf die Wirtschaft und die Preisbildung durchschlägt. Derzeit rechnet die EZB mit durchschnittlichen Inflationsraten von 5,5 Prozent für 2023 und 2,3 Prozent für 2024.

Auch wenn sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 trotz des Russland-Ukraine-Krieges und den stark gestiegenen Energiepreisen als widerstandsfähig erwiesen hat, so besteht für das Jahr 2023 das Risiko, dass die Folgen der aktuellen Krisen in einer Rezession münden könnten und insgesamt ein Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung zu befürchten ist.

### Energiewirtschaftliche Risiken

Die Entwicklungen auf den Energiemärkten mit extremen Energiepreisen und hohen Volatilitäten können unter Umständen erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslagen der Mark-E und SWL und somit auch auf die Ertragslage der ENERVIE haben. Die ENERVIE Gruppe sichert sich gegen immense Preisanstiege durch langfristigen Beschaffungsstrategien für seine Bestandskunden ab. Dadurch, dass die Preise im vergangenen Jahr dauerhaft sehr hoch ausfie-

len, konnte der durch die verteilte Beschaffung erreichte Glättungseffekt hier zwar noch extremere Preissprünge in den Tarifen verhindern – das Niveau ist dennoch deutlich über dem, was bisher als normal oder erwartbar angesehen wurde. Während der Wettbewerb um Neukunden angesichts der hohen Preise im vergangenen Jahr nahezu zum Erliegen kam, führt dieses nun deutlich erhöhte Preisniveau zu einer neuen Situation. Sollten sich nachhaltig wieder niedrigere Preise an den Energiemärkten einstellen, so würden kurzfristig beschaffende Wettbewerber wieder auf den Markt treten, was zu einem erhöhten Kundenwechselverhalten führen kann.

Die Situation der Gasbeschaffung und -versorgung ist angespannt. Die am 23. Juni 2022 ausgerufenen Alarmstufe des Notfallplans Gas dauert weiterhin an. Für die ENERVIE Gruppe besteht das Risiko aus einem möglichen Gasverstromungsverbot gemäß Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz (EKBG) für den Kraftwerksblock H6. Das Risiko hängt maßgeblich von dem witterungsbedingten Gasverbrauch, der Ausweitung der LNG-Potenziale als auch den europäischen Stromkapazitäten ab. Das wirtschaftliche Risiko für ENERVIE wird als „mittel“ eingestuft.

#### Politische und rechtliche Risiken

Politische und rechtliche Risiken sind für ENERVIE nur in sehr begrenztem Umfang steuerbar. Die zentrale Rechtsabteilung verfolgt zusammen mit den jeweiligen Fachbereichen diese Risiken. Darüber hinaus verfügt ENERVIE über ein Compliance-Management-System, um in Ergänzung zum Risikomanagement insbesondere wirtschaftliche Risiken sowie Reputations- und Haftungsrisiken zu minimieren. Das Compliance-Management-System unterstützt zudem bei der Klärung verschiedenster Compliance-(Verdachts-)Fälle und entwickelt in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachbereichen neue Maßnahmen zur Prävention von möglichen Compliance-Verstößen. Zusätzlich gewährleistet die Mitarbeit in verschiedenen Verbänden und Interessengruppen eine frühzeitige Partizipation an der Diskussion der Auswirkungen neuer Gesetze und regulatorischer Anforderungen auf den Konzern.

Eine weitere besondere Bedeutung wird zudem der seit dem 25. Mai 2018 gültigen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) beigemessen. Es besteht das Risiko, dass zum Beispiel aus einem Datendiebstahl sowie durch technische Fehler ein Verstoß gegen die DSGVO und das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) resultiert. Es wurden sowohl technische als auch organisatorische Maßnahmen ergriffen, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und unter anderem einen sachgemäßen Umgang mit vertrauenswürdigen personenbezogenen Daten zu gewährleisten, weshalb ENERVIE das Risiko insgesamt als „unbedeutend“ einstuft.

#### Finanzrisiken

Finanzrisiken werden durch den kaufmännischen Bereich und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Um Marktpreisrisiken oder auch Zinsrisiken zu reduzieren, können Sicherungsgeschäfte abgeschlossen werden, durch die es zu Liquiditätsverschiebungen kommen kann. So setzt ENERVIE Zinssicherungsgeschäfte ein, um Zinsänderungsrisiken zu minimieren. ENERVIE stuft dieses Risiko als „unbedeutend“ ein.

Daneben beeinflusst die Entwicklung der Basiszinssätze insbesondere die Bewertung von Beteiligungsansätzen. Diese kann zu Abschreibungen von Beteiligungsansätzen führen. Die ENERVIE stuft dieses Risiko als „mittel“ ein.

## Personalrisiken

Auf Basis versicherungsmathematischer Bewertungen sind die zukünftigen Belastungen aus Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen in die Unternehmensplanung eingegangen. Ein Risiko stellt dabei das kontinuierliche Absinken des durchschnittlichen Rechnungszinssatzes zur Bewertung von Pensionsrückstellungen dar. So führt ein weiteres Absinken des Rechnungszinssatzes zu einer erhöhten Zuführung zur Pensionsrückstellung.

Darüber hinaus werden bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter, die einer der bestehenden Versorgungsordnungen unterliegen oder über eine einzelvertragliche Direktzusage verfügen, für die zukünftige Entwicklung Trendannahmen festgelegt. Es besteht das Risiko, dass veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Entwicklung der Inflationsrate zu Abweichungen hinsichtlich der getroffenen Trendannahmen führen können. Dies kann eine Anpassung der Trendannahmen erforderlich machen und möglicherweise mit einer veränderten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen einhergehen. ENERVIE stuft dieses Risiko als „unbedeutend“ ein.

## IT- und Informationssicherheitsrisiken

Die Sicherung der Informationstechnologie spielt für die ENERVIE als Betreiber wichtiger kritischer Infrastrukturen eine bedeutsame Rolle. Insbesondere in Bezug auf die gestiegene Anzahl von Cyber-Angriffen auf deutsche Unternehmen setzt die ENERVIE Gruppe auf höchste IT-Sicherheitsstandards und sensibilisiert ihre Mitarbeiter im Rahmen von internen Schulungen, verstärkter Kommunikation und durch die Vorgabe von Verhaltensanweisungen zum Thema IT-Sicherheit. Durch den gebündelten Einsatz physischer, technischer als auch organisatorischer Maßnahmen wie zum Beispiel der Implementierung eines zertifizierten Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) gemäß DIN ISO/IEC 27001 begegnet die ENERVIE potenziellen Gefährdungen, um insbesondere die Sicherstellung der Verfügbarkeit der zu schützenden Systeme und Daten sowie die Gewährleistung der Integrität und Vertraulichkeit der verarbeiteten Informationen und Systeme zu garantieren. Darüber hinaus besteht ein Regelwerk, das die Prozesse und Maßnahmen bei einer schwerwiegenden Störung der IT-Systeme vorgibt. Das Risiko wird als „mittel“ eingestuft.

## **Gesamtbeurteilung der Risikosituation**

Die wesentlichen Risiken der ENERVIE sind identifiziert und qualifiziert und werden auf Basis des Risikomanagementsystems so weit wie möglich durch entsprechende Maßnahmen beherrscht. Ein Monitoring der Entwicklung wesentlicher Risiken erfolgt auf Konzernebene.

Insgesamt lassen sich aktuell keine bestandsgefährdenden Risiken für die ENERVIE Gruppe erkennen. Die Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung rund um die Corona-Pandemie und dem Russland-Ukraine-Krieg, grundlegende Verwerfungen der Energiewirtschaft insbesondere von rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, eine anhaltend hohe Volatilität der Börsenpreise an den Energiemärkten sowie sinkende Deckungsbeiträge in den Wettbewerbsbereichen stellen für ENERVIE aktuell wie auch in der Zukunft eine besondere Herausforderung dar.

## **Darstellung der wesentlichen Chancen**

Chancen können sich grundsätzlich im gesamten Umfeld der ENERVIE eröffnen.

Für ENERVIE ergeben sich Chancenpotentiale aus den nachfolgenden Bereichen:

### Kooperationen

Für ENERVIE bedeutet der Ausbau von Kooperationen grundsätzlich die Chance, Synergien zu nutzen und Ressourcen zu bündeln und so gemeinsam mit potenziellen Kooperationspartnern frühzeitig wichtige Entwicklungen innerhalb des Energiesektors zu identifizieren und zum eigenen Vorteil nutzen zu können. Besonders in Zeiten einer stetig voranschreitenden Digitalisierung bieten Kooperationen die Chance, die Herausforderungen von morgen bestmöglich zu bewältigen. Im Jahr 2022 haben sich die ENERVIE Gruppe sowie die Stadtwerke Plettenberg und Werdohl jeweils für ein die Umsetzung eines gemeinsamen Betriebspachtmodells mit Start zum 1. Januar 2023 entschieden. Das Pachtmodell sieht vor, dass die Tochterunternehmen der ENERVIE Gruppe, Mark-E und ENERVIE Vernetzt jeweils alle wesentlichen Teile des operativen Geschäftsbetriebs der Stadtwerke (Gas- und Wasserversorgung) pachten. Die Stadtwerke Plettenberg und Werdohl bleiben jeweils als Eigentumsgesellschaft erhalten und verwalten sowie finanzieren zukünftig auch weiterhin das im Eigentum verbleibende Anlagevermögen rund um die Gas- und Wasserversorgung in den beiden Kommunen. Teil des Modells ist auch, dass Mark-E und ENERVIE Vernetzt die bisherigen Kunden sowie den Großteil der Mitarbeiter (Netz und Vertrieb) der beiden Stadtwerke übernehmen. Sowohl die Stadtwerke Plettenberg als auch die Stadtwerke Werdohl sind heute wirtschaftlich erfolgreich und effizient aufgestellt. Durch das Pachtmodell können beide Unternehmen aktuell großen Herausforderungen und Veränderungen in der Energiewirtschaft zukünftig noch besser begegnen und die heutige Ertragslage auch für die Zukunft stabilisieren und sichern. Auf Seiten von Mark-E und ENERVIE Vernetzt werden die im Rahmen des Betriebspachtmodells gepachteten Geschäftstätigkeiten unter Nutzung größtmöglicher Synergien noch effizienter betrieben. Das gemeinsame Pachtmodell führt zu einem starkes Energie-Bündnis in der Region.

### Innovationen

Innovative Technologien sind der Schlüssel, um den Unternehmenserfolg auch in der Zukunft zu sichern und sich für den starken Wettbewerb innerhalb des Energiesektors bestmöglich aufzustellen. Aus diesem Grund werden technologische Innovationen genau untersucht und mögliche Einsatzfelder in der ENERVIE Gruppe analysiert. ENERVIE hat in der Vergangenheit unter anderem die Funktechnologie LoRaWAN (Low Range Wide Area Network) zur energieeffizienten, kostengünstigen und sicheren Erhebung und Übertragung von Daten eingeführt. Das LoRaWAN-Funknetz der ENERVIE ist großflächig in der Region installiert und bildet damit den Grundstein hin zur „Smart City“.

### Digitalisierung

Um im digitalen Wandel erfolgreich zu sein, ist es für heutige Unternehmen erforderlich, ihr Handeln auf die Entwicklung digitaler Innovationen auszurichten. Für ENERVIE ergeben sich die wesentlichen Chancen aus der Etablierung einer Innovationskultur, die die Entwicklung digitaler Prozesse und Abläufe fördert und es möglich macht, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Bei ENERVIE wurde ein Kompetenzcenter Digitalisierung eingerichtet, mit dem Ziel

die Digitalisierung von Geschäftsprozessen im Unternehmen voranzutreiben und darüber hinaus den notwendigen Kompetenzaufbau zu fördern und weiter zu beschleunigen. ENERVIE setzt hierbei unter anderem auf Process Mining. Process Mining bezeichnet eine Technik, bei der anhand vorhandener Daten, Geschäftsprozesse rekonstruiert und ausgewertet werden können. Dabei nutzt Process Mining bestehende Daten aus betrieblichen IT-Systemen, um Geschäftsprozesse zu rekonstruieren und zu analysieren. Prozesseffizienzen können so aufgedeckt und beseitigt werden; zudem werden so auch Grundlagen für eine perspektivische Automatisierung von Geschäftsprozessen gelegt. Process Mining wird derzeit hauptsächlich bei Massenprozessen, beispielweise rund um das Thema Abrechnung in den Bereichen Netz und Vertrieb eingesetzt. Im Rahmen des Förderprojektes „klimakommune.digital!“ entwickelt die ENERVIE Gruppe und hier besonders ENERVIE Service - Lösungen für kommunale Digitalisierung und kommunalen Klimaschutz. Über drei Jahre wird in mehreren Phasen die Verfügbarkeit, Qualität und Verwertung von kommunalen Umweltdaten (mit besonderem Fokus auf CO<sub>2</sub>) verbessert und dieses Potenzial über die gesamte Datenwertschöpfung gehoben. Zudem sollen auf Basis digitaler Technologien Lösungen entwickelt werden, die zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen können.

Darüber hinaus bieten sich unternehmensstrategische Chancen für die ENERVIE Gruppe durch ihr Selbstverständnis, über ihre angestammte Rolle als regionales Versorgungsunternehmen hinaus neue Geschäftsfelder zu erschließen und an deren dynamischem Wachstum zu partizipieren.

### **Gesamtbeurteilung der Chancensituation**

Chancen ergeben sich im Falle einer weiteren Verbesserung der Risikolage der einzelnen Geschäftsfelder der ENERVIE aus möglichen Wertaufholungspotentialen, insbesondere beim Beteiligungsansatz der Mark-E. Die Chancen der ENERVIE sind verbunden mit möglichen zukünftigen positiven Cashflows. Als realistisch ist hier ein positiver Gesamteffekt im einstelligen Millionenbereich mit steigender Tendenz anzusehen.

### **Prognosebericht**

#### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die globalen Konjunkturaussichten haben sich gegenüber dem Frühjahr 2022 deutlich eingetrübt. Hohe Produktionskosten belasten die Unternehmen und die Überwälzung auf die Verbraucherinnen und Verbraucher reduziert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Darüber hinaus verschlechtern die geldpolitischen Straffungen in vielen Währungsräumen die Finanzierungsbedingungen. In den USA ist eine wirtschaftliche Abschwächung aufgrund der erheblichen Zinserhöhungen wahrscheinlich. Die anhaltende Störung der internationalen Lieferketten dämpft weiterhin die Industrieproduktion. Zuletzt deutet sich jedoch eine Entspannung an, die auf geringere Störungen in der Transportlogistik, aber auch auf einen globalen Nachfragerückgang zurückgeht.

Im Vergleich zu anderen Staaten im Euro-Raum ist Deutschland aufgrund der bisherigen starken Abhängigkeit von russischem Erdgas in besonderem Maße von der Energiekrise betroffen. Die bereits von Lieferkettenstörungen betroffene Industrie ist nun zusätzlich mit deutlich gestiegenen Energiekosten konfrontiert. Ein hoher Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe dürfte hingegen wachstumsstabilisierend wirken. Die sukzessive Überwälzung der

Energiepreise auf die Verbraucherinnen und Verbraucher belastet im Prognosezeitraum den privaten Konsum deutlich. Die geplanten Entlastungspakete für Haushalte und Unternehmen dürften die Kaufkraft beziehungsweise den Arbeitsmarkt stabilisieren. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die privaten Haushalte Ersparnisse auflösen werden, was den Rückgang der realen Konsumausgaben dämpfen würde. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat ein reales Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent in diesem Jahr und -0,2 Prozent im kommenden Jahr. Die Verbraucherpreisinflation wird nach der Prognose des Sachverständigenrates im Jahr 2022 bei rund 8,0 Prozent bzw. im Jahr 2023 bei 7,4 Prozent liegen. Die Prognose ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Sollte es in Deutschland im Prognosezeitraum zu einer Gasmangellage kommen, ist mit einer tiefen Rezession und nochmals höherer Inflation zu rechnen.

### Investitionen

Für die ENERVIE sind im Jahr 2022 keine Investitionen geplant.

### **Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung**

Die Prognose für das Jahr 2023 ist vor dem Hintergrund hoher und volatiler Energiepreise, der schnelllebigen Politik der Regierung, dem Russland-Ukraine-Krieg, Engpässen auf den Zulieferermärkten sowie der stärkeren Klimaschutzausrichtung in Deutschland abzugeben. Als Unternehmen der kritischen Infrastruktur ist es die Aufgabe der ENERVIE, die zuverlässige Versorgung mit Energie und Wasser für die Menschen in und außerhalb der Region Südwestfalen sicherzustellen. ENERVIE verfolgt die Strategie der Regionalität weiter. Damit will ENERVIE einen umfassenden Beitrag zur Gestaltung der Energiewende vor Ort, erneuerbare Energien, Versorgungssicherheit, neuen Produkten und Dekarbonisierung der Energieversorgung leisten. Effizienzsteigerung durch Digitalisierung und Automatisierung wird weiter vorangetrieben werden.

Wie weite Teile der gesamten Volkswirtschaft kann ENERVIE die Folgen des Russland-Ukraine-Krieges, der Energiepreisentwicklungen und der Engpässe auf den Zulieferermärkten und damit die weitere Entwicklung für die ENERVIE Gruppe nur unzureichend in Gänze absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2023 ist deshalb wie im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin mit größeren Unsicherheiten verbunden.

### **Mittelfristplanung zeigt weiterhin einen positiven Ergebnistrend**

Die Mittelfristplanung für die Jahre 2023 bis 2027 der ENERVIE Gruppe lässt weiterhin eine stabile und robuste Entwicklung, auch unter Berücksichtigung der durch den Russland-Ukraine-Krieg hervorgerufene Energiekrise und der damit einhergehenden sehr volatilen Energiemärkte, erwarten. Auch im Jahr 2023 findet kontinuierlich ein intensives Risikomonitoring statt, um wirtschaftliche Gefahren frühzeitig zu identifizieren und bei Bedarf entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Ergebnisentwicklung der Mittelfristplanung ist geprägt durch:

- ein stabiles Vertriebsgeschäft durch die positive Entwicklung neuer Produkte sowie ein Wachstum bei den Energiedienstleistungen
- steigende Deckungsbeiträge der Erzeugungsanlagen, insbesondere der GuD-Anlage in Herdecke und des Pumpspeicherwerks Rönkhausen
- zukünftig sinkende Ergebnisbeiträge des Netzgeschäfts der ENERVIE Vernetzt insbesondere unter Berücksichtigung der regulatorischen Vorgaben für die vierte Regulierungsperiode Gas (ab 2023) und Strom (ab 2024)
- die Auflage konkreter personeller Nachfolgekonzepte infolge des demografischen Wandels
- die im Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe als auch im Manteltarifvertrag zu vereinbarenden und planerisch angenommenen Gehaltsentwicklungen
- Anstieg der Finanzierungskosten aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung

Im Planungszeitraum sind angemessene, konstante Dividendenzahlungen vorgesehen.

Die am 12. Dezember 2022 gebilligte Planung sieht für das Geschäftsjahr 2023 der ENERVIE ein EBT in Höhe von 62,2 Mio. € vor.

Das sehr gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2022 und der positive Ergebnistrend der Mittelfristplanung führen dazu, dass die Eigenkapitalquote auf Basis des wirtschaftlichen Eigenkapitals bis 2027 konstant über 74 Prozent liegen wird. Die Pensionsrückstellungen sinken aufgrund des Zinsniveaus kontinuierlich ab. Das Anlagevermögen wird sich aufgrund der planmäßigen Abschreibungen vermindern.

Insgesamt erwartet die ENERVIE für das Geschäftsjahr 2023 trotz des aktuellen Russland-Ukraine-Krieges und der dynamischen Entwicklung an den Energiemärkten eine unverändert solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation und der am 12. Dezember 2022 durch den Aufsichtsrat gebilligten Mittelfristplanung geht die ENERVIE von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung im Planungszeitraum aus.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

### **Vorstand**

In dem Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

## Aufsichtsrat

Mitglieder
BM Sebastian Wagemeyer
RH Björn Schöttler
RH Jens Voß
RH Jürgen Appelt

Der Aufsichtsrat besteht insgesamt aus 21 Mitgliedern. Der Stadt Lüdenscheid stehen vier Aufsichtsratsmandate zu. Stellvertreter/innen werden nicht bestellt.

## Hauptversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RF Verena Szermerski-Kasperek	RH Norbert Adam
<b>Stellvertretung:</b> RH Norbert Adam	<b>Stellvertretung:</b> RF Verena Szermerski-Kasperek

## Beirat

Mitglied
RF Verena Szermerski-Kasperek

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt 0 (0,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

### 3.4.1.10 Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1988
<b>Grundkapital</b>	450.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formenbau die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation. Hierzu gehören vor allem die Errichtung und der Betrieb eines Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien. Die Gesellschaft kann durch Kooperationsvertrag als Institut an der Fachhochschule Südwestfalen gem. § 29 Abs. 5 Hochschulgesetz NRW geführt werden.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Förderung von Forschung, neuen Technologien, Innovationen und Technologietransfer gehören zu den öffentlichen Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung. Für ihre Projekte hat die Gesellschaft öffentliche Zuschüsse vom Land NRW, aus Mitteln des Bundes und von der europäischen Union erhalten.

#### Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	108.000,00 € = 24,00 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Trägersgesellschaft Kunststoffinstitut Lüdenscheid e.V.	342.000,00 € = 76,00 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der KIMW GmbH zur EGC GmbH bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 150,0 T€ für Mieten, Bewirtung, Dienstleistungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	1.436,7	1.451,1	-14,4	<b>Eigenkapital</b>	1.273,6	1.461,3	-187,7
<b>Umlaufvermögen</b>	1.755,7	1.922,4	-166,7	<b>Sonderposten</b>	15,6	23,1	-7,4
				<b>Rückstellungen</b>	168,3	220,3	-52,0
				<b>Verbindlichkeiten</b>	1.890,8	1.780,5	110,2
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	177,5	140,5	37,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	21,6	28,7	-7,2
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.369,9</b>	<b>3.513,9</b>	<b>-144,1</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.369,9</b>	<b>3.513,9</b>	<b>-144,1</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	4.596,9	4.374,8	222,2
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	294,1	613,2	-319,1
<b>3. Materialaufwand</b>	21,8	0,0	21,8
<b>4. Personalaufwand</b>	2.243,8	2.054,1	189,7
<b>5. Abschreibungen</b>	348,2	367,1	-18,9
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	2.467,7	2.547,7	-80,0
<b>7. Finanzergebnis</b>	-12,1	-21,2	9,1
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	-202,5	-2,2	-200,3
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	-209,4	3,9	-213,3

## Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	38,3	42,2	-4,0
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	-16,4	0,3	-16,7
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	89,7	111,4	-21,7
<b>Verschuldungsgrad</b>	161,7	136,9	24,7
<b>Umsatzrentabilität</b>	-4,3	0,1	-4,4

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die Zahl der Beschäftigten 48 (Vorjahr 46).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2022 dargestellt.

## Grundlagen der Gesellschaft

### Geschäftsmodelle des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach wie vor insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formen-/Werkzeugbau die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation zu sehen. Hierzu gehören vor allem der Betrieb des Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien. Darüber hinaus werden öffentlich geförderte Projekte vom Institut oder deren Projektunternehmen ausgehoben und umgesetzt.

### Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist der weitere Ausbau der Verbundprojekte und zahlreicher F&E Projekte die sich aus EU-, Bundes- und Landesfördermitteln zusammensetzen. Bei den Firmenverbundprojekten ist nach wie vor ein großes Interesse zu verzeichnen, obwohl auch hier Corona bedingt einige Rückgänge zu verzeichnen waren, aber in 2022 wieder ein verstärktes Interesse der Industrie zu spüren ist.

## Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch das Jahr 2022 stand immer noch unter dem Einfluss der pandemiebedingten Veränderungen und damit zusammenhängenden Verordnungen, wurde aber natürlich durch den Ukraine Krieg dann völlig überschattet.

Vor ziemlich genau einem Jahr hat der Krieg in Europa begonnen und leider ist noch kein Ende in Sicht. Die Welt ist an vielen Orten der Welt in Aufruhr und kommt nicht zur Ruhe. Neben den politischen Unruhen ergeben sich zudem noch wirtschaftliche Unruhen, die sich in der Energiekrise, Lieferkettenproblemen und Rohstoffversorgung widerspiegeln. Auf der anderen Seite rücken Themen wie Umwelt und Nachhaltigkeit noch stärker als bisher in den Vordergrund und fordern insbesondere uns als Kunststoffindustrie auf, sich diesem Wandel zu widmen. Zahlreiche Beschlüsse auf der EU Ebene werden den Druck der Umsetzung noch weiter erhöhen auch wenn dort einige eher unsinnige wenn nicht sogar fatale Entscheidungen gefällt wurden. Die Kunststoff-Institut Lüdenscheid GmbH wird die Entwicklung genau beobachten und die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Branchen bewerten.

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV) zog in seiner Jahreswirtschaftspressekonferenz am 22. Februar 2023 die Bilanz der Kunststoffverarbeitung in Deutschland für das Jahr 2022. Der Branchenumsatz ging zwar um 12,6 Prozent auf 78,9 Milliarden € nach oben, die Ergebnisse der Unternehmen stünden aber unter starkem Druck. Ein erheblicher Teil dieser Umsatzsteigerung war allerdings auf Kostensteigerungen zurückzuführen, allen voran bei der Energie.

Denn die Menge der verarbeiteten Kunststoffe ging 2022 im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 13,6 Mio. t zurück. Maßgeblich für den Rückgang der Verarbeitungsmenge waren die ungünstigen Konjunkturbedingungen in der Chemie- und Fahrzeugindustrie und der Rückgang der Nachfrage nach Fast Moving Consumer Goods. Darüber hinaus wirkte sich ein Rückgang bei der energetischen Sanierung des Wohngebäudebestandes auf die Nachfrage nach Bauprodukten aus, der insbesondere mit Blick auf den Klimabeitrag des Gebäudesektors bedenklich ist.

Trotz Engpässen bei der Materialversorgung, deutlichen Preissteigerungen bei Rohstoffen sowie für Strom und Gas haben sich die Unternehmen gut und robust behaupten können. Auch für das Jahr 2023 bleiben die Unternehmen zuversichtlich und optimistisch. Allerdings wurden aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen wie Ukraine-Krieg, Inflation, Konsumzurückhaltung, Lieferkettenproblematik die Erwartungen auf eine mindestens seitwärts gerichteter Entwicklung angepasst.

Trotz der unsicheren wirtschaftlichen Lage hält die Industrie an den Zielen Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz fest. Allerdings bremsen die hohen Kosten die Investitionsbereitschaft. Der Umfrage zufolge liegen dringend erforderliche Investitionen in Energieeffizienz, Klimaschutz, Modernisierung der Produktion und Digitalisierung derzeit auf Eis.

### Geschäftsverlauf

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2022 (4.596 T€) sind gegenüber dem Vorjahr (4.374 T€) zwar um ca. 5,1 % gestiegen. Hierbei wurden z.B. auch ca. 162 T€ durch Durchlaufene Fremdleistungen erzielt, die sich in der gleichen Höhe auch in den Kosten bemerkbar machen. Das Ergebnis hat sich von +4 T€ (2021) in 2022 auf einen Fehlbetrag von -187.665 T€ verschlechtert. Es ist zwar nicht der hohe Fehlbetrag wie im Jahr 2020, aber dennoch immer noch deutlich an den Erwartungen vorbei. Zu erwähnen ist, dass an den strategischen Zielen festgehalten wird und weiterhin in einem hohen Umfang investiert worden ist. Die aus den Investitionen resultierenden Abschreibungen liegen bei 348 T€ (Vorjahr 368 T€) und beeinflussen den Fehlbetrag.

Eine weitere Investition ist der Ausbau des Personals im Nachhaltigkeitsbereich, der auch als Investition in die Zukunft zu sehen ist. Diese Investition ist der wesentliche Grund für die höheren Personalkosten. Eine ausführliche Analyse dazu, erfolgt im unteren Teil.

Darüber hinaus sanken die sonstigen betrieblichen Erträge von 599 T€ (2021) auf 309 T€ (2022). Einerseits wurde im Jahr 2022 eigentlich mit größeren Fördermaßnahmen geplant, die Förderentscheidungen zogen sich aber hin bis zum Ende des Jahres. Erfreulicherweise kamen die Förderbescheide dann am Ende des Jahres und werden ab 2023 erfolgreich wirksam. Zum anderen wurde das beliebte Förderprogramm Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ein Jahr ausgesetzt

## **Lage**

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt vom breit gefächerten operativen Geschäft. Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Kunststoffindustrie kann als deutlich weniger stabil beschrieben werden als in den Vorjahren - trotz der Abdeckung der Arbeitsgebiete in mehreren Branchen, ist die wirtschaftliche Situation des Instituts als rückläufig zu bezeichnen, bei einer aktuellen stabilen Eigenkapitalsituation. Die verhalten optimistischen Aussichten für das Jahr 2022 wurden leider durch die Kriegssituation zu Beginn des Jahres wieder in Mitleidenschaft gezogen und die Auswirkungen sind Stand heute noch nicht abzusehen.

Da die Brückensprengung der A45 erst im Mai 2023 umgesetzt wurde, werden die fatalen Auswirkungen der fehlenden Autobahnanschlüsse noch weitere Jahre zu spüren sein. Die umfassenden Einflüsse auf das Arbeiten am Institut an diesem Standort werden somit noch lange vorhanden sein und die wichtigsten Pfeiler der Innovationskraft ist das Team hochqualifizierter Mitarbeiter, die aber auch mit diesen Arbeitsbedingungen klarkommen müssen. Es sind höhere Gehälter bei den Leistungsträgern angeboten worden, um diese trotz der widrigen Arbeitsumstände zu halten.

## Ertragslage

Die Personalkosten sind durch den Struktur- und Ausrichtungswchsel deutlich gestiegen, um in den neuen Geschäftsbereichen wie Nachhaltigkeit und Umwelt bestehen zu können. Zudem sind Gehaltsanpassungen notwendig gewesen, um die Leistungsträger zu halten und auch etwas den höheren Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Die Personalkosten sind demzufolge um 189 T€ gegenüber 2021 gestiegen. Die bereinigte Personalaufwandsquote beträgt, unter Berücksichtigung von bezogenen Dienstleistungen aus anderen KIMW-Gesellschaften in Höhe von 942 T€ (Vorjahr 1.105 T€), 69,5 % (Vorjahr 72,0 %). Die Umsatzsteigerungen und weiteren Kosteneinsparungen konnten das Jahresergebnis stabilisieren – die Umsatzrentabilität liegt in 2022 bei -4,1 % (Vorjahr 0,1 %).

Die Abschreibungen sind konstant und sinken nur gering um 19 T€ auf 348 T€. Das zeigt die weiterhin hohe Investitionsbereitschaft, die im Jahr 2022 insbesondere im IT-Bereich zu sehen, z.B. bei den Lizenzen (Steigerung um ca. 111 T€) Ein Teil der Anlagegüter wird jedoch vermietet bzw. entgeltlich zur Nutzung überlassen, so dass diesem Aufwand Erträge gegenüberstehen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne bezogene Fremdleistungen) konnten um 83 T€ reduziert werden.

## Finanzlage

Die Finanzlage ist als noch stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die liquiden Mittel betrug demnach zum 31. Dezember 2022 T€ 453 T€ (Vorjahr 745 T€). Es wurden auch erheblich Kredite getilgt (297 T€) und wie oben beschrieben investiert. Dazu kommen offene Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 717 T€ (Vorjahr 535 T€).

## Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht weiter stabilisiert. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und der Verbindlichkeiten hält LüWo aufgrund Erfahrungen im Finanzierungsbereich stabil. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 3.369 T€ verringert (- 144 T€).

Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Dezember 2022 nur gering um 15 T€.

Forderungen gegenüber Kunden sind im Gegensatz zum Vorjahr auf 717 T€ gestiegen (+182 T€). Die sonstigen Vermögensgegenstände, welche im Wesentlichen aus Forderungen aus Förderprojekten (67 T€) und Darlehen gegenüber der KIMW-Q (449 T€) entsprechen, sind um 42 T€ auf 572 T€ gesunken.

Die liquiden Mittel betragen per 31. Dezember 2022 454 T€ (745 T€).

Die Eigenkapitalausstattung ist weiterhin gut. Zum 31. Dezember 2022 betrug das Eigenkapital 1.274 T€ (Vorjahr: 1.461 T€). Die Eigenkapitalquote lag somit bei 38 % (Vorjahr 42 %).

Die Rückstellungen lagen mit 168 T€ (-52 T€) unter dem Wert des Vorjahres (220 T€).

Die Gesamt-Verbindlichkeiten sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, welche per 31. Dezember 2022 1.890 T€ betragen (+110 T€). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (430 T€ zu 175 T€ im Vorjahr) während die Verbindlichkeiten zu Kreditinstituten deutlich um 297 T€ auf 980 T€ gesunken sind.

## Finanzielle Leistungsindikatoren

Für einen Dienstleistungsbetrieb ist die Personalaufwandsquote (hier: Personalkosten und bezogenen Dienst/Fremdleistungen im Verhältnis zum Umsatz) immer sehr aussagekräftig. Diese Kennzahl ist von 72,0 % auf 69,5 % gesunken. Historisch gesehen lag die Personalintensität bei ca. 70 %.

## Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Kunststoff-Institut arbeitet nicht nur für seine Mitgliedsfirmen, sondern hat einen aktiven Kundenstamm von ca. 1.500 Unternehmen vorwiegend aus Europa, von denen sehr viele schon über Jahre Geschäftsbeziehungen zum KIMW pflegen. In einem Turnus von 3 Jahren

werden die Kunden der Gesellschaft auf Ihre Kundenzufriedenheit angeschrieben und können dann über Multiple Choice schnell Antworten geben oder natürlich über die Homepage jederzeit Punkte ansprechen. Darüber hinaus wird bei jeder Veranstaltung im Institut ein Fragebogen mit der Beurteilung und Optimierungsvorschlägen abgefragt.

Die nach der Umfrage bei der Trägergesellschaft neu aufgelegten Dienstleistungsbereich (Umwelt/Nachhaltigkeit und Consulting / F&E) gestalten sich gut und insbesondere der Bereich Nachhaltigkeit erfreut sich steigender Anfragehäufigkeit.

Das Themenfeld Umwelt & Nachhaltigkeit gewinnt somit weiter an Bedeutung und wurde in 2023 noch weiter personell verstärkt.

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter des Instituts liegt aktuell bei 31,4 Jahren und die Firmenzugehörigkeit reicht rauf bis auf über 30 Jahren, wobei die Bereichsleiter alle zwischen 5 und 25 Jahren am Institut tätig sind. Der Krankenstand betrug deutlich erhöhte 5,4 % (Vorjahr 4,1 %) und liegt damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 5,6 %. Der Resturlaub beträgt einen unteren zweistelligen Wert. Die Fluktuation war in 2022 ebenfalls deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. Dies liegt eindeutig an der dramatischen Verkehrssituation um Lüdenscheid herum. Gepaart mit der Explosion der Spritpreise und deutlich längeren Anfahrtszeiten, haben einige Mitarbeiter gekündigt. Bereits seit März 2022 gibt es deshalb neben dem deutlich ausgebauten HomeOffice Angebot noch ein Büro in Schwerte für die Mitarbeiter nördlich aus Lüdenscheid. Dieses Angebot wird zusehends angenommen und zeitgleich werden in Lüdenscheid Büroflächen anderweitig vermietet. Die Vermietungssituation in Lüdenscheid hat sich aber ebenfalls verschlechtert, so dass versucht wird, das neue Gebäude des PTC's, welches über die KIMW-Qualifizierung errichtet wurde, zu veräußern.

### Gesamtaussage

Die in 2021 für das Wirtschaftsjahr 2022 getätigten Prognosen konnten im Wesentlichen nicht erreicht werden, aber ein erneuter „Talflug“ verhindert werden. Hierbei wird insbesondere nochmal auf das Ergebnis nach Abschreibungen hingewiesen.

Der schwache Jahresstarts, der sich dann bis zum Sommer verbessert, ein ausgeprägtes Sommerloch hat und den stärksten Umsatz im Herbst hat, zeigt sich auch wieder einmal im Jahr 2022.

Der Fachkräftemangel nimmt derweil noch dramatischere Folgen an, sodass neben wirtschaftlichen Aspekten auch die Zukunftssicherung durch qualifiziertes Personal einen ebenso hohen Stellenwert einnehmen wird. Laut einer Umfrage des GKV, die Anfang Januar 2023 wiederholt wurde, hat sich in Deutschland, Österreich und der Schweiz an 30 Universitäten und Hochschulen, die Studienfächern im Bereich der Kunststofftechnik anbieten, die Anzahl der Studierenden im Durchschnitt auf 30 und 50 % im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2019 stabilisiert. Die Auswirkungen auf die zukünftige Arbeitsmarktsituation ist jetzt schon besser abzuschätzen und wird in der Kunststoffbranche in ca. 2-3 Jahren fatale Folgen haben, die schon jetzt erkennbar nicht aufzufangen sein werden. Das Anlernen von Mitarbeitern über Teilqualifikationen wird somit noch stärker in den Vordergrund rücken, was ja schon immer ein Schwerpunkt in der gemeinsamen Zusammenarbeit mit der SIHK gewesen ist.

## Prognosebericht

Der Krieg in der Ukraine hat dramatische Auswirkungen im privaten Bereich der Mitarbeiter aber auch auf die Geschäftstätigkeit des Instituts. Weniger weil es direkte Geschäfte mit der Ukraine oder Russland gibt, sondern weil zahlreiche Kunden insbesondere aus der Automobilindustrie von Lieferengpässen betroffen sind.

Das „Force majeure“ Problem weitet sich in alle Segmente weiter aus und behindert mögliches Wachstum inmitten von Corona enorm. In allen Bereichen der Materiallogistik stehen die Räder still und die Chipkrise zieht immer weitere Kreise. Aufgrund der starken Umwälzungen im Bereich der Kunststoffindustrie, die durch politische und gesellschaftliche Diskussionen, Strömungen und damit verbundene Rahmenbedingungen in Deutschland und im europäischen Ausland lassen negative Effekte für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Kunststoffbranche erwarten. Hiervon merklich jetzt schon betroffen sind die Bereiche Automobil- und Zuliefererindustrie. Dies spiegelt sich auch in allen Indices, wie Geschäftslage, Produktions- und Nachfrageentwicklung etc. auf Basis des Geschäftsklimas im Dezember 2022 in der Kunststoffverarbeitung wider (Angaben GKV). Alle Indices zeigten erneut teils deutlich ins Minus. Wichtige andere Sparten wie die Elektroindustrie und der Maschinenbau bleiben ebenfalls unter Druck.

Die Anfrageaktivität wird mehrheitlich als schlecht eingestuft und belastet somit deutlich die Zukunftserwartungen.

Ausgehend von den branchenspezifischen Geschäftserwartungen für 2023 wurde ausgehend von dem Jahresergebnis 2022 eine reduzierte Umsatzerwartung und leicht negatives Gesamtergebnis bei weiteren Kostenreduzierungen angenommen. Der eingeschlagene Weg der Kostenkonsolidierung wird weiterverfolgt.

Zu Beginn des Jahres 2023 wird gerade wegen der zusätzlich schwierigen Marktsituation (Krieg, A45 und nach wie vor Corona) die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens eher leicht negativ beurteilt. Es gibt einige Branchen die nun nach der Pandemie wieder die Produktion hochfahren, aber immer noch durch Materialengpässe oder Schwierigkeiten in der Lieferkette ausgebremst werden.

Im Zuge der Corona-Krise veränderte sich seit Winter 2020 der Markt in nie gekannter und dramatischer Weise. Aufgrund von behördlichen Verordnungen, wie Kontaktsperrungen oder Verbote zur Durchführung von Präsenzveranstaltungen sind komplette Dienstleistungsbereiche, wie die Aus- und Weiterbildung oder verfahrenstechnische Beratungen vor Ort innerhalb weniger Tage auf nahezu null zurückgegangen. Kurzfristig eingeleitete Angebote, wie Webinare, werden bisher nur vereinzelt angenommen und tragen nicht zu einer signifikanten Umsatzkompensation bei.

Aus diesem Grund wird aktuell in diesem Jahr von einem gegenüber dem Wirtschaftsplan 2022 von ähnlichem Umsatz ausgegangen, der erst wieder nach Beendigung des Krieges kompensiert werden kann. Das Betriebsergebnis wird aber insbesondere wegen nicht vorhersehbaren Kostenentwicklungen für Energie leicht negativ erwartet.

Die Gesellschaft ist nach wie vor nicht auf Gewinnorientierung ausgerichtet, sondern soll sich selbst tragen.

Die Gesellschaft wird auch zukünftig in der Lage sein, den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Sämtliche Verbindlichkeiten können stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden.

## **Chancen- und Risikobericht**

### Risikobericht

Potenzielle Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beeinflussen könnten, kompensiert die Gesellschaft durch überschaubare und schlanke aber effiziente betriebliche Strukturen, sodass sie auf sich abzeichnende Risiken zeitnah angemessen reagieren kann.

Aus diesem Grunde wurden 2022 verstärkte Aktivitäten im Bereich der Akquise, der internen FuE-Tätigkeiten und der Beantragung von Förder- und Netzwerkprojekten initiiert und vor allen Dingen der Bereich „Nachhaltigkeit“ mit zahlreichen Angeboten ausgebaut. Projekte wie Biopolymere und Recycling konnten erfolgreich gestartet werden.

Unabhängig der oben erwähnten Aktivitäten überschattet die Corona-Krise gepaart mit der Ukraine-Krise alles. Verlässliche Prognosen, wann der Markt wieder in geregelten Bahnen verlaufen wird, sind nicht belastbar zu tätigen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass alle Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung (Seminare, Fachtagungen, firmenspez. Schulungen) frühestens im Herbst 2023 auf annähernd altem Niveau laufen werden. Die internationalausgerichteten firmenspezifischen Schulungen laufen jedoch gut an und scheinen sich auf hohem Niveau zu stabilisieren. Afrika, Portugal, Mazedonien, Indien und China stehen da im Vordergrund.

Die anderen Dienstleistungsbereiche liegen derzeit zwischen 10–30 % unter den Planzahlen, jedoch ist die Anfragetätigkeit nach letztjähriger Schockstarre als leicht positiv zu bewerten. Verstärkt werden Anfragen zur Materialauswahl und größeren Entwicklungsprojekten an die Gesellschaft herangetragen. Aufgrund der verstärkten Home-Office-Tätigkeiten nehmen die unternehmensspezifischen Beschaffungsprozesse (Bestellung) einen längeren Zeitraum als üblich ein.

Perspektivisch ist nach dem Überwinden der Corona-Krise davon auszugehen, dass dann die vorher aktuellen Themen (Umwelt, Recycling, Circular economy, Verlagerungen von Produktionen etc.) schnell wieder einen großen Raum einnehmen werden. Daher muss auch mittelfristig die strategische Ausrichtung und Perspektive des Instituts weiterverfolgt und durch gezielte Maßnahmen umgesetzt werden. Aus diesem Grund wurde eine Mitarbeiterin mit der Ausbildung „Nachhaltigkeit mit materialentwicklungstechnischem Hintergrund“ sehr erfolgreich eingestellt und den Kunden des Instituts vorgestellt.

Der schon erwähnte Fachkräftemangel wird in der Kunststoffbranche zukünftig zu noch massiveren Mitarbeiterfluktuation führen, wenn sich die Beschäftigungslage im Herbst 2023 (aber nur bei Kriegsende) stabilisieren sollte. Um diesen Effekt zu begegnen, muss sich dies auch weiter in der Gehaltsstruktur des Instituts widerspiegeln. Andernfalls steht zu befürchten, dass keine nachhaltige Weiterentwicklung des Institutes aufgrund nicht zur Verfügung stehender qualifizierter Mitarbeiter umsetzbar ist.

Dieser Sachstand ist ein quasi ein Dauerzustand der aber sehr zeitnah behoben werden muss, um die Mitarbeiter demnächst noch halten zu können.

### Chancenbericht

Zur Stabilisierung der Situation werden weiterhin die Kunden- und Projektakquise forciert. Besondere Schwerpunkte werden auf die Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen gelegt, die sich insbesondere mit Themen im Bereich Umwelt, Recycling und Circular Economy beschäftigen.

Zudem wurden zahlreiche neue Geschäftsfelder, aber auch Geschäftsmodelle erarbeitet, die nun langfristig eine bessere Grundfinanzierung des Instituts ermöglichen sollen. Neue Branchen wie Optik und Medizintechnik wurden erfolgreich gestartet und versprechen neue Kunden und neue Projektmöglichkeiten.

Das Thema Nachhaltigkeit wird mit einem Großprojekt von immerhin 8 Mio. € neu untermauert und nennt sich „Werkstoffforum der Zukunft“ (kurz WdZ). Der ehemalige Antrag wurde überarbeitet und hat mittlerweile den 3. Stern der Förderung erreicht. Die Bewilligungsbehörde BAFA wird bis Ende Juni 2023 ihre Einschätzung abgeben und eventuell könnte das Projekt dann in 2024 starten:

In diesem Forum sollen die folgenden 4 Schwerpunkte adressiert werden und für das Institut neue Beschäftigungsfelder eröffnen:

- Die Integration des Know-How's der Kreislaufwirtschaft und der Umweltverbände und der Kunststoffindustrie in den Wertschöpfungszyklus
- Die nachhaltige Steigerung des technischen Recyclings und der Reduktion von Siedlungsabfällen. Hier wird die sortenreine Trennung der Werkstoffe schon in den Haushalten eine zentrale Rolle spielen
- Die Nutzung von substitutionsfähigen Werkstoffen (Papier, Algen, Kombination verschiedener Biomaterialien) neben den biobasierten Werkstoffen soll Vorrang haben
- Adaptierung und Vergabe eines Gütesiegels

Das Verbundprojekt „Papierspritzguss“ ist derzeit in der Akquisephase des 3.ten Projekts, da der erste Aufschlag im Jahr 2020 sehr erfolgreich war. Zudem wurde das Institut von einem Start-Up in diesem Bereich beauftragt, die komplette Materialentwicklung und den späteren Produktionsaufbau zu begleiten. Das Interesse an dem Thema ist trotz der Corona-Krise hoch und führt auch in diesem Fall zu Kundenrückfragen aus Branchen zu denen bisher kein Kontakt bestand. Diese Tatsache zeigt, dass auch mit diesem Thema der Kundenbedarf gut getroffen wird. Derzeit bietet das Kunststoff-Institut diese Thematik mit Alleinstellungsmerkmal an. Hier wird auch das neue Verbundprojekt „In 365 Tagen zur Nachhaltigkeit“ sicherlich einen Beitrag leisten können.

In dieser Tabelle sieht man den Status der geplanten Projekte:

Anzahl	Projekt	Anzahl Firmenteilnehmer	Mindestteilnehmerzahl	geplanter Start	geplantes Ende
1	Schäumen 2 (TSG4Future)	0			
2	Mehrkomponententechnik	3		Jan. 23	Dez. 24
3	EMV 3	5	9	Mai 23	Apr 25
4	Nachhaltige Veredlung	0	10	Sep. 23	Aug 25

Das Thema Schäumen, EMV (Elektromagnetische Verträglichkeit) und einige andere neue Themen treffen den Nerv der Zeit und können auch in der schwierigen Phase am Markt gut positioniert werden. Es zeigt hier auch wieder, dass gute Themen auch in schwierigen Zeiten positioniert werden können.

Die Weiterentwicklung der internen Technologieprodukte (siehe Risikobericht) wird weiter vorangetrieben und die zielgerichteten Vertriebstätigkeiten forciert.

Der Bearbeitungsstand der aktuell in 2021 eingereichten zwei Netzwerkanträge (Optik und Medizintechnik) ist mittlerweile bewilligt und in die 2. Phase gegangen. Zwei weitere Netzwerke zum Thema Materialentwicklung und Medizintechnik wurden im Mai 2023 ebenfalls bewilligt.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung werden derzeit gezielt digitale Seminarformate vorbereitet und umgesetzt um kurzfristig auf die geänderte Marktsituation zu reagieren, jedoch sind auch Anfang des Jahres die Präsenzveranstaltungen gut besucht worden, jedoch dann wieder durch die Ukraine Krise eingebrochen.

Die eingeleiteten Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, gepaart mit neuen Technologiethematen und Geschäftsmodellen sowie in Verbindung mit den öffentlich geförderten Projekten bilden einen wichtigen Baustein die Einnahmensituation kurzfristig abzusichern und mittelfristig den finanziellen und technologischen Turnaround zu schaffen. Einnahmen über Lizenzen oder Provisionsvereinbarungen werden in Zukunft dabei eine größere Rolle spielen.

### Gesamtaussage

Die bisherige Ausrichtung und Arbeitsweise des Institutes bedarf aufgrund des sich abzeichnenden systemischen Strukturwandels, der viele Bereiche der Kunststoffbranche schon oder zukünftig erfassen wird, ein Umdenken. Umwälzungen im Bereich der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Akzeptanz von Kunststoffen und damit verbundene neue ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die Verlagerung von Produktionen ins Ausland und damit zu erwartenden Veränderungen in der gesamten Zuliefererkette, die Digitalisierung sowie der immer prekärer werdende Fachkräftemangel stellen die Gesellschaft genauso wie die gesamte technisch orientierte Dienstleistungsbranche vor enorme Herausforderungen. Bisher erfolgrei-

che Geschäftsmodelle müssen kritisch hinterfragt und die strategische Ausrichtung des Institutes den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Aufgrund der sehr dynamischen Umwälzungs- und Veränderungsprozesse müssen darauf schnelle und innovative Antworten gefunden werden. Dies wird sich zukünftig auch auf die Mitarbeiterstruktur sowohl in Anzahl als auch in fachlicher Qualifikation widerspiegeln.

Die Kernpunkte des Instituts verschieben sich somit deutlich in Richtung der Nachhaltigkeit und Neuentwicklung von Materialien, denn ab 2018 steht der Kunststoff in der Kritik und der Werkstoff wird somit zum Substitutionswerkstoff. Es muss zukünftig der Werkstoff Kunststoff nur noch dort eingesetzt werden, wo er absolut sinnvoll ist. Allerdings muss damit verknüpft sein, dass es einen nachvollziehbaren Kreislauf gibt und der Werkstoff wieder verwendet wird.

### **Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die Liquiditätslage ist zum jetzigen Zeitpunkt auch durch die Liquiditätsdarlehen ausreichend. Erforderliche Investitionen sind auch aufgrund der Geschäftsentwicklung 2022 für 2023 auf ein erforderliches Minimum reduziert. Alle anderen Kostenpositionen (außer Personal) wurden schon im Wirtschaftsplan 2022 auf das Wesentlichste reduziert. Zur Einhaltung der Kostendisziplin wurden geeignete Prozesse implementiert. Zudem wurde ein Kredit zur A45 beantragt, bei dem bei einer Maximalsumme von 500 T€ davon 100 T€ vom Land subventioniert würden. Der Antrag befindet sich derzeit in der Bewilligung.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind bisher die absolute Ausnahme, können aber aufgrund der aktuellen Corona-Situation zukünftig nicht ausgeschlossen werden.

Verbindlichkeiten werden überwiegend innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend mittels Lieferantenkrediten und über Kreditlinien verschiedener Banken.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement. Zudem besteht eine Warenkreditversicherung. Darüber hinaus informieren sich die Gesellschaft vor Eingehung einer wesentlichen neuen Geschäftsbeziehung stets über die Bonität der Kunden.

## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

### Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

### Aufsichtsrat

Mitglieder
BM Sebastian Wagemeyer
Herr Daniel Florian Kahler
Herr Thomas Kruber

Der Aufsichtsrat besteht insgesamt aus 11 Mitgliedern. Acht Mitglieder werden durch die Trägergesellschaft entsendet und drei Mitglieder werden vom Rat der Stadt Lüdenscheid bestellt und abberufen. Zu den Mitgliedern muss der/die Bürgermeister/in der Stadt Lüdenscheid oder ein in ihm/ihr vorgeschlagene/r Beamtin/Beamte oder Angestellte/r der Gemeinde zählen.

### Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RH Manuel Bunge-Altenberg	RH Björn Weiß
<b>Stellvertretung:</b> RH Björn Weiß	<b>Stellvertretung</b> RH Manuel Bunge-Altenberg

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2022 beträgt 0 (0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan wurde von der Gesellschaft nicht erstellt. Da die Stadt Lüdenscheid lediglich mit 24 % am Stammkapital der KIMW beteiligt ist, hat sie nichts zu veranlassen.

### 3.4.1.11 Kunststiftung Lüdenscheid (nachrichtlich)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Alte Rathausstraße 3 58511 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	2014
<b>Stiftungskapital</b>	727.706,43 €

#### Zweck der Beteiligung

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur.

Die Stiftung erfüllt ihren Zweck durch die Förderung der bildenden Kunst, und zwar der städtischen Galerie, insbesondere durch

- den Erwerb von Kunstgegenständen, die der städtischen Galerie auf Grund unbefristeter

Leihverträge überlassen werden sollen; bei Sammlungskonvoluten soll vereinbart werden, dass Teile des Sammlungsgutes z.B. in Form von Ausstellungen der Öffentlichkeit

zugänglich gemacht werden;

- die Förderung und Unterstützung von Ausstellungen, Veranstaltungen und sonstigen Projekten (z.B. Publikationen, Förderpreise oder Stipendien) der Städtischen Galerie.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung.

#### Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100.000,00 € = 9,79 %
<b>Weitere Stiftungspartner:</b>	
Eheleute Doris und Klaus Crummenerl	

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen der Kunststiftung Lüdenscheid zur Stadt Lüdenscheid und den anderen Beteiligungsunternehmen.

## Übersicht über den Stand der Entwicklung des Stiftungskapitals

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€
<b>Stiftungskapital</b>	1.021,36	737,70	283,66
<b>Erträge</b>	3,14	3,57	-0,43
<b>Aufwendungen</b>	0,1	0,1	0,00
<b>Überschuss</b>	0,0	3,4	-3,4
<b>Rücklage zur Kapitalstärkungen</b>	3,0	3,4	-0,4
<b>Rücklage gesamt</b>	15,7	12,7	3,0

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

### Personalbestand

Die Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal.

### Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2022.

#### Vorstand

Der Vorstand besteht aus drei Personen. Die Stadt Lüdenscheid wird durch Frau Dr. Susanne Conzen als Leiterin der Städtischen Galerie Lüdenscheid vertreten.

#### Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Personen. Die Stadt Lüdenscheid wird durch den Ratsherrn Norbert Adam als Vorsitzenden des Kulturausschusses vertreten.

#### Geschäftsführung

Die Stadt Lüdenscheid wird von Frau Jessica Struckmeier als Geschäftsführerin vertreten.

#### Hinweis

Die Kunststiftung Lüdenscheid wird im nächsten Beteiligungsbericht nicht mehr aufgeführt, weil die Stadt Lüdenscheid seit mehreren Jahren mit weniger als 20 % beteiligt ist.

### 3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2022

Als wesentlich anzusehende mittelbare städtische Beteiligung wird die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH (BBL) mit den Pflichtinhalten im Beteiligungsbericht abgebildet. Die Stadt Lüdenscheid ist aufgrund der für die BBL bestehenden Teilbeherrschungsabrede zwischen der Stadt Lüdenscheid, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und der ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG so gestellt, als verfüge sie über die Mehrheit der Stimmrechte an der BBL. Weitere mittelbare Beteiligungen werden im Beteiligungsbericht nicht dargestellt.

Diesen Festlegungen hat der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung am 16.09.2021 zugestimmt.

#### 3.4.2.1 Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH

##### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Lennestraße 2 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	2013
<b>Grundkapital</b>	25.000,00 €

##### Zweck der Beteiligung

Unternehmensgegenstand der Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH ist der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Hallen- und Freibädern sowie ähnlichen Freizeiteinrichtungen.

##### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH hat im Berichtsjahr 2022 die öffentliche Zwecksetzung erfüllt, die ihr von der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen wurde.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	13.067,8	13.976,0	-908,2	<b>Eigenkapital</b>	15.247,7	15.247,7	0,0
<b>Umlaufvermögen</b>	3.081,1	2.182,0	899,1	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	284,9	269,9	15,0
				<b>Verbindlichkeiten</b>	616,4	640,5	-24,1
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.148,9</b>	<b>16.158,0</b>	<b>-9,1</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.148,9</b>	<b>16.158,0</b>	<b>-9,1</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es bestehen keine Bürgschaften.

### Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 betrug die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten 51 (Vorjahr 47).

### Geschäftsentwicklung

Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH, Lüdenscheid, im Folgenden BBL genannt, ist durch Ausgliederung des gesamten Bäderbetriebs der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH, Lüdenscheid, im Folgenden SWL genannt, rückwirkend zum 1. Januar 2013 entstanden. Mit der SWL als herrschendem Unternehmen ist ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen worden, über den die SWL die zu erwartenden handelsrechtlichen Jahresfehlbeträge der BBL ausgleicht.

Die SWL wiederum ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der ENERVIE – Südwestfalen Energie und Wasser AG, Hagen, im Folgenden ENERVIE genannt. Die ENERVIE ist der Unternehmensverbund der Mark-E Aktiengesellschaft, der SWL und der ENERVIE Vernetzt GmbH im südlichen Westfalen.

## **Wirtschaftsbericht**

### Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

#### Allgemeine wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine („Russland-Ukraine-Krieg“). Die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind maßgeblich von der weiteren Entwicklung des Russland-Ukraine-Krieges abhängig.

Die gesamtwirtschaftliche Lage war geprägt von den Folgen des Russland-Ukraine-Krieges. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2022 um 1,8 Prozent höher als im Vorjahr. Der Zuwachs war aber im Wesentlichen begründet durch – in Folge des Krieges - stark gestiegene Preise insbesondere für Energie. Wachstumshemmend waren neben der allgemeinen Unsicherheit vor allem Material- und Lieferengpässe.

Für die Region von ebenfalls großer Bedeutung ist die seit Anfang Dezember 2022 gesperrte Rahmedetalbrücke in beiden Fahrrichtungen. Die fortlaufende kritische Verkehrssituation reduziert in erheblichem Maße das Besucherpotential, insbesondere aus dem Ruhrgebiet, welches unterhalb der Woche das Saunadorf erreichen möchte.

#### Branchenentwicklung

Geändertes Freizeitverhalten in Kombination mit dem demografischen Wandel und Ganztagsunterricht führt zu Besucherrückgängen in freizeitorientierten Bädern. Betriebe aus den 80er und 90er Jahren setzen auf Angebotsvielfalt mit umfangreichen und differenzierten Wasserflächen. Die hohen Betriebskosten, resultierend insbesondere aus stark steigenden Energiekosten und hohem Personalaufwand, holen die Badbetreiber mittlerweile ein. Ein Großteil der Betriebe ist 20 und mehr Jahre alt, grundlegende Sanierungen stehen an.

Freibäder sind in der Bäderlandschaft ein „emotionales“ Produkt. Obwohl nur wenige Wochen in Betrieb und von den meisten Besuchern tatsächlich nur wenige Tage des Jahres genutzt, hängt die Bevölkerung sehr an diesen Betrieben. Freibäder haben eine wichtige soziale Funktion, erforderliche Veränderungen sind entsprechend schwierig in der Umsetzung. Allerdings sollten sich auch Freibäder an ihrem Kosten-Nutzen-Verhältnis messen lassen.

Das klassische Hallenbad mit seiner dreigliedrigen Nutzung (Schulen, Vereine, Öffentlichkeit) stellt in zahlreichen Kommunen die Grundversorgung für ganzjähriges Schwimmen sicher. Diese Leistung ist aufgrund des hohen Betriebsaufwandes und der bewusst sozialen Preisgestaltung grundsätzlich nicht kostendeckend darzustellen. Waren Schulen und Vereine aus Sicht der Badbetreiber bislang häufig eher ungeliebte Gäste, hat hier ein Umdenken stattgefunden. Es wird inzwischen erkannt, dass Schulen und Vereine eine wichtige Nutzergruppe zur Sicherung der Existenz von Bäderbetrieben sind. Außerdem ist die Auslastung der Wasserfläche durch diese Gruppen wesentlich besser steuer- und damit optimierbar.

Neben den Schwimmbädern hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten ein starkes Saunangebot entwickelt. Der Schwerpunkt liegt bei Erlebnissaunen, die – mit Saunagarten und Gastronomie ausgestattet – einen mehrstündigen Aufenthalt ermöglichen. Auch wenn sich Saunanlagen von der Wirtschaftlichkeit her besser als Bäderbetriebe darstellen lassen, so arbeiten

jedoch die wenigsten Betriebe unter Vollkosten (inklusive Abschreibungen und Zinsen) kostendeckend. Die Einschätzungen basieren auf der Grundlage des Altenburg BäderReport 2019.

Die BBL hat bereits in der Vergangenheit dieser vorgenannten Entwicklung in der Branche Rechnung getragen und gegengesteuert. Die Gesellschaft betreibt neben dem Saunadorf nur noch das Familienbad Nattenberg. Durch Schließung des Freizeitbades (Wellenbad) in der Innenstadt und gleichzeitiger Erweiterung des Standortes Nattenberg zum Familienbad ist eine Anlage entstanden, die unterschiedlichen Besucher- und Nutzergruppen ein ganzjähriges attraktives Angebot bietet, das deutlich über einer Grundversorgung im Schwimmbereich liegt. Belange der Schulen und Vereine werden ebenso abgedeckt wie der Wunsch nach einem Freibadbereich, Sportschwimmen und gesundheitsorientierter Sole.

Das Saunadorf auf einer Fläche von mehr als 12.000 qm, unterschiedlichsten Saunaformen und großem Gastronomiebereich ist seit zwanzig Jahren am Markt, hat aber wie viele andere Anlagen auch mit dem demographischen Wandel zu kämpfen. Aktuell 25.000 Besucher jährlich, davon rund die Hälfte von außerhalb, bestätigen trotz der starken Mitbewerber im Umfeld die Akzeptanz der Anlage, die für die Stadt Lüdenscheid weiterhin ein „Aushängeschild“ ist. Das Saunadorf wurde 2020 wieder vom Deutschen Saunabund als „5-Sterne Premiumsauna“ rezertifiziert und von „Der Saunaführer“ unter die TOP 16 von insgesamt 800 Saunaanlagen in Deutschland, sowie unter die TOP 7 von insgesamt 300 Saunaanlagen in Nordrhein-Westfalen, gewählt.

#### Ganzheitliches Konzept für die Zukunft

Insgesamt ist der Freizeitstandort eine Destination für einen sogenannten „Third Place“, der maßgeblich zur Lebensqualität beiträgt. An einer hohen Lebensqualität haben Städte besonderes Interesse nicht nur für die eigenen Bürger, sondern auch als weichen Standortfaktor im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Das stärkt den Mehrwert für ansässige Firmen zur Ausprägung ihrer Arbeitgebermarke. Bäder bringen einen deutlich höheren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen als es auf den ersten Blick erkennbar ist, insbesondere dann, wenn sie sinnvollerweise nicht ausschließlich der Daseinsvorsorge dienen. Ein geeigneter wissenschaftlicher Ansatz hierfür ist der ökonomische Fußabdruck.

#### Freizeitbetrieb neu denken – Kulturauftrag neu denken

Die Initiative Nachhaltigkeit in der Freizeitwirtschaft (INF) zeigt, dass das Freizeitangebot der Stadt maßgeblich zu ihrer Attraktivität als Wohnort und damit auch als Wirtschaftsstandort beiträgt. Schwimmbäder, Museen und Parks haben wirtschaftliches und gesellschaftliches Potential und sind Begegnungsräume, in denen sozialer Zusammenhalt gepflegt und gelebt wird. Durch Implementierung umweltfreundlicher Komponenten können öffentliche Einrichtungen eine Vorbildfunktion übernehmen. Dieser ganzheitliche Ansatz findet sich unter dem Begriff CSR – Corporate Social Responsibility für öffentliche Unternehmen und öffentliche Betriebe wieder. Die CSR-Strategie verlangt soziales, ökonomisches und ökologisches verantwortungsvolles Handeln unter Abwägung der Interessen der Anspruchsgruppen. Die unternehmerische Nachhaltigkeit funktioniert nur als Gesamtstrategie und bedeutet eine grundlegende Neuausrichtung bzgl. Mittel und Ziele.

## Spa der Zukunft – der Fokus hat sich verschoben

Die Nachfrage nach Wellness-Angeboten (insbesondere Nähe zur Natur) und das steigende Bewusstsein für die eigene Gesundheit sind ungebrochen. Themen wie Schlaf, Fitness und Regeneration haben in multifunktionalen „In-room Wellness“-Konzepten eine zunehmende Bedeutung. Des Weiteren sind elementare Themen wie Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit und Ressourcenschonung (bspw. Green Sauna) zu berücksichtigen. Es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die Betreiber von öffentlichen (Groß-)Saunaanlagen ihre Investitionsvorhaben in die Tat umsetzen, obwohl jedem Marktteilnehmer bewusst ist, dass Innovationen ein wichtiger Zukunftstreiber für die Anbieter im Markt darstellen. Der gesellschaftliche Trend – Sauna als gesunder Lifestyle – in den Saunabädern zeigt sich zwischen Erholung (Tagesurlaub vom Alltag) und Erlebnis (Eventabende) unter Berücksichtigung von hohen Qualitätsansprüchen und zur Förderung des Wohlbefindens seitens der Gäste. Die Zielgruppe der „Generation 50 plus“ ist allein aus demografischen Gründen eine immer wichtigere Zielgruppe, in dem Saunabaden als „passive Gesundheitsmaßnahme“ zur selbstfinanzierten Gesundheitsvorsorge dient.

Ziel der BBL ist es, ein Sport-, Freizeit- und Schwimmangebot ortsnah in Lüdenscheid aufrecht zu erhalten und attraktive zusätzliche Angebote im Gesundheits- und Freizeitbereich anzubieten, damit der Wohn- und Freizeitwert der Stadt Lüdenscheid weiterhin erhalten bleibt. Das Saunadorf bietet zusätzlich für (Tages-)Touristen ein attraktives Ausflugsziel nach Lüdenscheid bzw. ins märkische Sauerland, womit die sogenannte „Wertschöpfungskette“ in und um Lüdenscheid in der Zukunft gesteigert werden kann.

### **Geschäftsverlauf**

Der Beginn des Jahres 2022 war geprägt durch die weiterhin strengen Corona-Regelungen der Landesregierung. Die Zutrittsregelungen und dessen Kontrollen stießen weiterhin nicht bei allen Besuchern auf Verständnis, so dass einige Gäste darauf verzichteten, öffentliche Einrichtungen zu besuchen. Davon waren sowohl das Saunadorf als auch das Familienbad betroffen. Mit dem Wegfall der Regelungen konnten besonders im Saunadorf wieder mehr Gäste begrüßt werden.

Aufgrund des heißen und langen Sommers ging die Sommersaison von Juni bis September 2022 und brachte gut 65.000 öffentliche Gäste ins Familienbad (32.900 Gäste von Juni bis August 2021). Das Schul- und Vereinsschwimmen wurde im uneingeschränkten Umfang wieder durchgeführt, hier lag die Besucherzahl im gesamten Jahr bei 44.391 Gästen (22.348 Gäste in 2021). Insgesamt besuchten 182.951 Gäste das Familienbad (90.812 Gäste in 2021) im Jahr 2022.

Das Saunadorf durfte 24.680 Gäste begrüßen (im Jahr 2021 waren es in knapp vier Monaten 9.932 Gäste). Der besucherstärkste Tag des Jahres war der 30. Dezember 2022 mit 369 Gästen.

Sowohl im Familienbad Nattenberg als auch im Saunadorf besteht trotz Konkurrenzsituation eine starke Kundenbindung im Umfeld.

Die Gesundheit und Sicherheit der Gäste und der Mitarbeiter haben für die BBL höchste Priorität. Im Bereich des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist der Arbeitsschutzausschuss der BBL und deren Mitglieder von entscheidender Bedeutung und maßgebend.

Im Rahmen des integrierten Arbeitsschutz- und Umweltmanagementsystems wird der Umweltschutz regelmäßig nach DIN EN ISO 14001 überprüft und zertifiziert. Neben der Aufbereitung von Schmutzwasser kommen Blockheizkraftwerke und Erdwärme zum Einsatz. Das Energiemanagement wurde nach DIN EN ISO 50001 überprüft und zertifiziert.

Neben der Geschäftsführungstätigkeit für die Bäderbetrieb Kierspe GmbH besteht ein Dienstleistungsvertrag mit der Gemeinde Herscheid für die Unterstützung beim Betrieb des Freibades Herscheid.

Aufgrund der Energiekrise und der gesetzlich eingeführten Energiesparmaßnahmen sowie des Aufrufs zum bewussten Umgang mit Energie wurden seit dem 17. Oktober 2022 folgende Maßnahmen im Familienbad Nattenberg umgesetzt und beibehalten: Schließung des Sole-Außenbeckens, Reduzierung der Öffnungszeit der Damen- und Herrensaua (14:00 bis 21:00 Uhr statt 10:00 bis 21:00 Uhr), Absenkung der Wassertemperatur im Sport- und Variobecken auf 27°C.

Im Saunadorf erfolgte im Zuge dieser Maßnahmen montags und donnerstags eine teilweise Außerbetriebnahme der MAA-Sauna, der Bio-Sauna und des Rasul-Bades sowie die Absenkung der Wassertemperatur des Außenbeckens auf ca. 27°C. Freitags, samstags und sonntags sowie an Feiertagen und Sonderöffnungszeiten stehen alle Saunen wie gewohnt zur Verfügung.

### **Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs**

Die Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres, wobei Umsatzerlöse und Ergebnis vor Ertragsteuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (EBT) die für die interne Steuerung der Gesellschaft verwendeten bedeutendsten finanziellen Leistungsindikatoren darstellen.

Die Besucherzahlen im Familienbad Nattenberg und im Saunadorf sind der bedeutendste nichtfinanzielle Leistungsindikator.

Das EBT des Jahres 2022 beträgt -3,8 Mio. €. Im Vergleich zum geplanten EBT 2022 von -3,6 Mio. € fällt das EBT der BBL um 0,2 Mio. € schlechter aus. Ursächlich hierfür sind neben fehlenden Besuchern stark gestiegene Bezugspreise in nahezu allen Bereichen. Im Saunadorf spürte man zu Anfang des Jahres noch deutlich die Corona-Maßnahmen, außerdem wirkt sich die Brückensperrung besonders auf die Gästezahlen aus dem Ruhrgebiet aus. Aufgrund der Energiesparmaßnahmen, besonders durch die Schließung des Solebereichs während der Wintermonate, verlor das Familienbad ebenfalls Gäste.

Auf die Umsatzerlöse wird in der folgenden Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eingegangen.

## Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis des Geschäftsjahres wird gemäß Gewinnabführungsvertrag mit der SWL von dieser ausgeglichen. Das Ergebnis vor Verlustübernahme beträgt -3,8 Mio. € (Vorjahr -3,4 Mio. €).

Die wesentliche Ursache für die Ergebnisverschlechterung im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Mio. € liegt im Wesentlichen an höheren Personalkosten (-0,5 Mio. €) und geringeren sonstigen betrieblichen Erträgen (-0,2 Mio. €), da im Vergleich zum Vorjahr keine finanziellen Hilfen des Bundes beansprucht wurden. Dem gegenüber steht ein höherer Rohertrag (+0,4 Mio. €).

Die Ergebnisverschlechterung gegenüber dem geplanten EBT 2022 von -3,6 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus gestiegenem Materialaufwand.

Die Werte aus dem Berichtsjahr sind mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar. Das Vorjahr war geprägt von pandemiebedingten Schließungen der Bäder. Das Familienbad hatte im Vorjahr vom 11. Juni bis 31. Dezember 2021 geöffnet. Das Saunadorf war vom 9. September bis 31. Dezember 2021 geöffnet. Im Berichtsjahr 2022 waren die Einrichtungen uneingeschränkt geöffnet.

Von den Umsatzerlösen in Höhe von 1,74 Mio. € (Vorjahr 0,79 Mio. €) entfallen 0,67 Mio. € (Vorjahr 0,33 Mio. €) auf das Familienbad Nattenberg bei einer Besucherzahl von 182.951 (Vorjahr 90.812 Besucher). Im Saunadorf wurden insgesamt 0,93 Mio. € erzielt (Vorjahr 0,33 Mio. €), davon 0,36 Mio. € (Vorjahr 0,14 Mio. €) in der Gastronomie bei einer Besucherzahl von 24.680 (Vorjahr 9.932 Besucher). Darüber hinaus sind 0,14 Mio. € (Vorjahr 0,13 Mio. €) an sonstigen Umsatzerlösen angefallen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 0,1 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €).

Der Materialaufwand beträgt 1,5 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €); es ergaben sich keine wesentlichen inhaltlichen Veränderungen in der Zusammensetzung.

Der Personalaufwand beträgt 2,2 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €). Die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer betrug am Bilanzstichtag 51 Personen einschließlich Auszubildende (im Vorjahr 48 Personen).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 1,0 Mio. € (Vorjahr 0,8 Mio. €) und befinden sich damit auf Vor-Pandemie-Niveau.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr von 16,16 Mio. € um 0,01 Mio. € auf 16,15 Mio. € verringert. Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen um 0,91 Mio. € auf 13,1 Mio. €. Hier stehen den Investitionen in Höhe von 0,03 Mio. € die Abschreibungen von 0,94 Mio. € gegenüber. Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr von 2,18 Mio. € um 0,9 Mio. € auf 3,08 Mio. € gestiegen. Dies liegt vor allem an den Forderungen gegen die Gesellschafterin SWL aus der Verlustübernahme, die nach Verrechnung mit den Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Tagesgeldkrediten 2,93 Mio. € betragen (Vorjahr 2,02 Mio. €). Die liquiden Mittel betragen wie im Vorjahr 0,06 Mio. €. Auf der Passivseite stiegen die sonstigen Rückstellungen um 0,02 Mio. €, die Verbindlichkeiten sind dagegen um 0,03 Mio. € gesunken.

Die Sachanlagenquote ist durch die Abnahme des Sachanlagevermögens um 5,5 Prozentpunkte auf 79,1 Prozent gesunken.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital in Höhe von 15,2 Mio. € im Verhältnis zum Gesamtkapital in Höhe von 16,2 Mio. €) ist mit 94,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (94,4 Prozent) unverändert. Grund hierfür ist die nur leicht gesunkene Bilanzsumme bei konstantem Eigenkapital.

Der Anlagendeckungsgrad zweiten Grades (Eigenkapital in Höhe von 15,2 Mio. € und langfristiges Fremdkapital in Höhe von 0,01 Mio. € im Verhältnis zum Anlagevermögen in Höhe von 13,1 Mio. €) ist von 109,2 Prozent im Vorjahr auf 116,8 Prozent im Berichtsjahr gestiegen. Im Jahr 2022 wurden 0,03 Mio. € in Sachanlagen (im Vorjahr 0,09 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) investiert. Sie betreffen im Wesentlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen. Für das Geschäftsjahr 2022 wurde ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Mittelabfluss) in Höhe von -2,7 Mio. € (Vorjahr -2,0 Mio. €) erzielt. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich von -88 T€ auf -35 T€ im Wesentlichen aufgrund der getätigten Investitionen verbessert. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit hat sich aufgrund der Einzahlung des Verlustergebnisses 2021 von 3,5 Mio. € auf 3,3 Mio. € verringert.

### **Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Insgesamt verfügt der Bäderbetrieb Lüdenscheid über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

### **Chancen- und Risikobericht**

#### Grundsätze

Das Ziel des Risikomanagements der ENERVIE Gruppe und damit der BBL ist es, die wesentlichen bestehenden und potenziellen Chancen und Risiken systematisch und frühzeitig zu identifizieren und durch eine kontinuierliche Überwachung und Steuerung den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern. Das Risikomanagement liefert darüber hinaus wichtige Erkenntnisse und Entscheidungen über die Tragfähigkeit von Risiken.

Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Relevanzklassen eingeordnet und priorisiert. Die Relevanzklassen reichen von „unwesentlich“ (Auswirkung < 2 %), über „unbedeutend“ (Auswirkung 2-10 %), „mittel“ (Auswirkung 10-25 %), „bedeutend“ (Auswirkung 25-40 %) und „schwerwiegend“ (Auswirkung 40-80 %) bis hin zu „bestandsgefährdend“ (Auswirkung > 80 %). Die Auswirkung stellt dabei für Ergebnisrisiken auf den prozentualen Verzehr des hälftigen Grundkapitals zuzüglich der Kapitalrücklage (31. Dezember 2022: 15,2 Mio. €) bei Eintritt des Risikos ab.

## Wirtschaftliche Lage

### Russland-Ukraine Krieg, Energiepreiskrise, steigende Inflation und Rezessionsängste in Deutschland

Die Wirtschaft in Deutschland steht vor einer Reihe von großen Herausforderungen, die auch das Jahr 2023 prägen werden. Auf die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 folgte im Jahr 2022 der Russland-Ukraine-Krieg.

Die stark gestiegenen Energiepreise haben die Inflation in Deutschland im Jahr 2022 auf den höchsten Stand seit mehr als 70 Jahren getrieben. Die Inflationsrate in Deutschland lag im Durchschnitt des Jahres 2022 bei rund 7,9 Prozent. Den Rekordstand von 10,4 Prozent erreichte die Inflation dabei im Oktober. Die Europäische Zentralbank (EZB) geht davon aus, dass die Inflation wieder sinkt, wenn die derzeitigen Inflationstreiber mit der Zeit nachlassen und die Normalisierung der Geldpolitik auf die Wirtschaft und die Preisbildung durchschlägt. Derzeit rechnet die EZB mit durchschnittlichen Inflationsraten von 5,5 Prozent für 2023 und 2,3 Prozent für 2024.

Auch wenn sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 trotz des Russland-Ukraine-Krieges und den stark gestiegenen Energiepreisen als widerstandsfähig erwiesen hat, so besteht für das Jahr 2023 das Risiko, dass die Folgen der aktuellen Krisen in einer Rezession münden könnten und insgesamt ein Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung zu befürchten ist.

Die beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf BBL. Die hieraus resultierenden wesentlichen Risiken für BBL werden in der nachfolgenden Risikolage dargestellt.

## Risikolage

### Sanierung Rahmedetalbrücke

Ein Risiko birgt die seit Dezember 2021 gesperrte Rahmedetalbrücke auf der A 45, da besonders Gäste von außerhalb des Saunadorfs schwerer erreichen können. Es besteht das Risiko, dass dieser langjährige Umstand zu einem nachhaltigen Rückgang der Besucherzahlen und damit zu negativen Auswirkungen auf die Ertragslage führt. BBL stuft das Risiko als „unbedeutend“ ein.

### Politische und rechtliche Risiken

Politische und rechtliche Risiken sind für BBL nur in begrenztem Umfang steuerbar. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachabteilungen innerhalb der ENERVIE Gruppe werden diese Risiken begrenzt. Zusätzlich gewährleistet die Mitarbeit in verschiedenen Verbänden eine frühzeitige Partizipation an der Diskussion der Auswirkungen neuer Gesetze und Anforderungen, weshalb die Gesellschaft das Risiko insgesamt als „unwesentlich“ einstuft.

### Operationelle Risiken

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und Organisation. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass BBL organisatorisch in die ENERVIE Gruppe eingegliedert ist. Der Erfolg im Markt wird maßgeblich durch die Kompetenz und Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiter bestimmt. BBL ist dabei dem Risiko ausgesetzt, nicht über ausreichend bzw. ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu verfügen, um einen sicheren Betrieb zu gewährleisten. Durch Ausbildung von Fachkräften begegnet BBL diesem Risiko und stuft es daher als „unwesentlich“ ein.

Organisationsrisiken wird mit verbindlichen Regelungen für alle Mitarbeiter der ENERVIE Gruppe, die in den Konzernhandbüchern zusammengefasst sind, begegnet. Mit dem verbindlichen Nachschlagewerk belegen die Unternehmen der ENERVIE Gruppe entsprechend den Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften organisiert zu sein. Das Risiko wird als „unwesentlich“ eingestuft.

### Technische Risiken

Im Technikbereich besteht das Risiko der ungeplanten Betriebsunterbrechung beispielsweise durch Störungen der Anlagen. Mittels Investitionen sowie einer systematischen Wartung und Instandhaltung wird dieses Risiko begrenzt, weshalb BBL es als „unwesentlich“ einstuft.

### Gesamtbeurteilung der Risikosituation

Die wesentlichen Risiken der BBL sind identifiziert und quantifiziert und werden auf Basis des Risikomanagementsystems der Gesellschaft so weit wie möglich durch entsprechende Maßnahmen beherrscht. Ein Monitoring der Entwicklung wesentlicher Risiken erfolgt auf Konzernebene.

Die BBL gewährleistet durch ihr aktives Krisenmanagement, dass die betriebene Infrastruktur weder gefährdet noch beeinträchtigt ist und sich weiterhin im sicheren und leistungsfähigen Zustand befindet. Unter Berücksichtigung der von der BBL getroffenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung des Russland-Ukraine-Krieges, grundlegende Verwerfungen insbesondere von rechtlichen, regulatorischen und politischen Rahmenbedingungen sowie operationelle Risiken stellen für BBL aktuell wie auch in der Zukunft eine besondere Herausforderung dar

### Darstellung der wesentlichen Chancen

Die Chancen der zukünftigen Entwicklung der BBL stellen sich als Gegenpositionen der entsprechenden Risiken dar. Eine besondere Chance des Familienbades sieht die Gesellschaft in der Positionierung am Markt durch Ausrichtung auf unterschiedliche Ziel- und Nutzergruppen im Bereich des öffentlichen Schwimmens, bei gleichzeitiger Möglichkeit ein großes Angebot für Schul- und Vereinsschwimmen bereitzustellen. Das Saunadorf als zertifiziertes Premiumprodukt mit einer im Markt etablierten und über die Region hinaus bekannten Anlage wird auch weiterhin ein qualitätsbewusstes Besucherpotential ansprechen und mobilisieren können. Durch das Refreshing wird zunehmend auch ein jüngeres Publikum angesprochen und an die Anlage gebunden.

## Gesamtbeurteilung der Chancensituation

Die Chancen der BBL liegen in der Beibehaltung der guten Positionierung am Markt und somit der Stabilisierung der künftigen Ergebnisse trotz steigender Preise in den Kostensegmenten. Deren Bandbreite ist jedoch zu groß, um diese zu quantifizieren und innerhalb des Chancen- und Risikoberichts zu nennen.

Strategisches Ziel ist es, die BBL unter dem Vorhaben der selektiven Qualitäts- und Angebotsführerschaft dauerhaft sowohl im lokalen als auch im regionalen Markt zu etablieren.

## **Bericht entsprechend § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO Nordrhein-Westfalen**

Unternehmensgegenstand der Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH ist der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Hallen- und Freibädern sowie ähnlichen Freizeiteinrichtungen. Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH hat im Berichtsjahr 2022 die öffentliche Zwecksetzung erfüllt, die ihr von der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen wurde.

## **Prognosebericht**

Zentrales Thema der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird weiterhin der Russland-Ukraine-Krieg mit seinen weltweiten politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen sein. Durch den Russland-Ukraine-Krieg ist die grundsätzliche Erholung der Volkswirtschaft durch das Abklingen der Corona-Pandemie in Gefahr, auch wenn noch keine definitive Auswirkung zum Effekt des Kriegs getroffen werden kann. Insgesamt unterliegt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung größeren Unsicherheiten als in den vergangenen Jahren.

Die globalen Konjunkturaussichten haben sich gegenüber Frühjahr 2022 deutlich eingetrübt. Hohe Produktionskosten belasten die Unternehmen und die Überwälzung auf die Verbraucherinnen und Verbraucher reduziert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Darüber hinaus verschlechtern die geldpolitischen Straffungen in vielen Währungsräumen die Finanzierungsbedingungen. In den USA ist eine wirtschaftliche Abschwächung aufgrund der erheblichen Zinserhöhungen wahrscheinlich. Die anhaltende Störung der internationalen Lieferketten dämpft weiterhin die Industrieproduktion. Zuletzt deutet sich jedoch eine Entspannung an, die auf geringere Störungen in der Transportlogistik, aber auch auf einen globalen Nachfragerückgang zurückgeht.

Im Vergleich zu anderen Staaten im Euro-Raum ist Deutschland aufgrund der bisherigen starken Abhängigkeit von russischem Erdgas in besonderem Maße von der Energiekrise betroffen. Die bereits von Lieferkettenstörungen betroffene Industrie ist nun zusätzlich mit deutlich gestiegenen Energiekosten konfrontiert. Ein hoher Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe dürfte hingegen wachstumsstabilisierend wirken. Die sukzessive Überwälzung der Energiepreise auf die Verbraucherinnen und Verbraucher belastet im Prognosezeitraum den privaten Konsum deutlich. Die geplanten Entlastungspakete für Haushalte und Unternehmen dürften die Kaufkraft beziehungsweise den Arbeitsmarkt stabilisieren. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die privaten Haushalte Ersparnisse auflösen werden, was den Rückgang der realen Konsumausgaben dämpfen würde. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat ein reales Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent in diesem Jahr und -0,2 Prozent im kommenden Jahr. Die Verbraucherpreisinflation wird nach der Prognose des

Sachverständigenrates im Jahr 2022 bei 8,0 Prozent bzw. im Jahr 2023 bei 7,4 Prozent liegen. Die Prognose ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Sollte es in Deutschland im Prognosezeitraum zu einer Gasmangellage kommen, ist mit einer tiefen Rezession und nochmals höherer Inflation zu rechnen.

Trotz des milliardenschweren Konjunkturpaketes der Bundesregierung möchte, laut einer Umfrage des Instituts Civey aus dem Jahr 2020, die Mehrheit der Deutschen nicht mehr konsumieren als bisher. Zwei von drei Befragten sagten, sie planen nicht, aufgrund des Paketes mehr Geld in die Hand zu nehmen. Eine Überkompensation ist unwahrscheinlich, es werden im Dienstleistungsportfolio der BBL keine Nachholeffekte erwartet, so dass ein verlorener Umsatz aus Vorjahren nicht mehr aufgeholt werden kann.

Nach Einschätzung der Gesellschaft wird sich das Wettbewerbsumfeld künftig nicht wesentlich verändern, aber eine starke Konkurrenzsituation im Bäder- und Saunamarkt wird weiterhin bestehen bleiben und möglicherweise noch wachsen.

Wichtig wird es sein, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Freizeit-sparte weiter zu beobachten und sich ergebende Chancen zu identifizieren und zu nutzen. Der Fokus der Aktivitäten wird neben dem operativen Geschäft weiterhin auch auf der Optimierung der Prozesse und Strukturen liegen.

BBL als ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWL wird von der Lage des Mutterunternehmens bzw. der ENERVIE Gruppe (Konzern) beeinflusst. Die aktuelle wirtschaftliche Situation der ENERVIE Gruppe und damit auch der BBL ist hinsichtlich der Ertrags- und Liquiditätsentwicklung robust und stabil, welches auch durch die am 12. Dezember 2022 durch den Aufsichtsrat der ENERVIE gebilligte Mittelfristplanung belegt ist.

## **Investitionen**

In den nächsten Jahren wird BBL gezielt investieren, um sich für die Anforderungen des Marktes adäquat aufzustellen. Notwendige Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen werden durchgeführt, um auch weiterhin einen sicheren und qualitativ hochwertigen Betrieb zu gewährleisten. Künftig wird BBL jährlich 0,06 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investieren. Zusätzlich werden Investitionen im Familienbad im Bereich der Damen- und Herrenduschen im Jahr 2023 in Höhe von ca. 0,01 Mio. € erfolgen.

Die jährlichen Abschreibungen werden zukünftig rund 0,9 Mio. € betragen. Mit den vorhandenen Finanzierungsquellen stellt BBL auch in Zukunft die Finanzierung des Unternehmens sicher.

Um die Attraktivität und Funktionalität der Freizeiteinrichtungen auch für die Zukunft zu gewährleisten, wird ein Konzept zur nachhaltigen Substanzerhaltung und Attraktivitätssteigerung in den nächsten Jahren erarbeitet. Die notwendige Finanzierung wird sich am Maßnahmenkonzept orientieren, somit werden über gezielte Investitionen ein störungsarmer und attraktiver Betrieb sichergestellt.

## **Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung**

Die Prognose für das Jahr 2023 ist vor dem Hintergrund hoher und volatiler Energiepreise, der schnelllebigen Politik, dem Russland-Ukraine-Krieg, Engpässen auf den Zulieferermärkten, Auswirkungen der gesperrten Rahmedetalbrücke der A 45 sowie der stärkeren Klimaschutz- ausrichtung in Deutschland abzugeben.

Die BBL ist sich der schwierigen Rahmenbedingungen im Freizeitmarkt bewusst und hat neben kostensenkenden und effizienzsteigernden Maßnahmen auch eine weitere Optimierung der Arbeitsabläufe und -prozesse eingeleitet, um trotz steigender Kosten das Ergebnis konstant zu halten. Infolgedessen wurden zum 1. Januar 2023 die Eintrittspreise des Familienbades angepasst und die Öffnungszeiten für das öffentliche Schwimmen reduziert. Grundsätzlich sind Bäderbetriebe Dauerverlustgeschäfte bzw. Verlustbringer in der steuerlichen Organisation.

Der zielgerichtete, kompetente und serviceorientierte Personaleinsatz bildet die Grundvoraussetzung, um eine nachhaltige betriebswirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens sicherzustellen. Die primäre Zielsetzung beinhaltet, die bestmögliche und ressourcenorientierte Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage in den Folgejahren zu erzielen.

Obwohl die BBL eine klare Ausrichtung hat, kann sie, wie weite Teile der gesamten Volkswirtschaft, die Folgen des Russland-Ukraine-Krieges, der Energiepreisentwicklungen und der Engpässe auf den Zulieferermärkten und damit die weitere Entwicklung für die BBL nur unzureichend in Gänze absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2023 ist deshalb wie im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin mit größeren Unsicherheiten verbunden.

Für das Geschäftsjahr 2023 geht die BBL von einem EBT von -3,7 Mio. € aus. Umsatzerlöse werden in Höhe von 2,0 Mio. € erwartet, die mit 0,8 Mio. € und geplanten 205.500 Besuchern auf das Familienbad Nattenberg sowie mit 1,0 Mio. € und geplanten 27.800 Besuchern auf das Saunadorf entfallen.

Insgesamt erwartet die BBL für das Geschäftsjahr 2023 eine unverändert solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation der ENERVIE Gruppe und der am 12. Dezember 2022 durch den Aufsichtsrat der ENERVIE gebilligten Mittelfristplanung kann von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung der BBL im Planungszeitraum ausgegangen werden.

#### **4 Organisation der Beteiligungsverwaltung**

Die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung werden von dem Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen (FD 20) wahrgenommen. Nachfolgend werden die wesentlichen Ziele bzw. Aufgaben dargestellt:

- Die gesetzlich und vertraglich vorgesehene Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den einzelnen Gesellschaftsorganen wird gesichert. Es werden Ratsvorlagen für die Wahl der Vertreter sowie Vorlagen zur Vorbereitung wichtiger Unternehmensentscheidungen erstellt.
- Die wesentlichen Unterlagen z.B. die Gesellschaftsverträge der Beteiligungsunternehmen werden zentral aufbewahrt.
- Die Sitzungsunterlagen, Niederschriften, Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne werden durchgesehen und ausgewertet.
- Die Teilnahme der städtischen Vertreter an Sitzungen wird organisiert. Die Vertreter erhalten das Protokoll der jeweiligen Sitzung.
- Die Mandatsträger werden bei Bedarf beraten und unterstützt. Es werden betriebswirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Fragen beantwortet.

Weitere Erläuterungen sowie die finanziellen und personellen Ressourcen sind dem Produkt 01.08.02 des Haushaltsplanes der Stadt Lüdenscheid zu entnehmen.

Für die Prüfung der Beteiligungsverwaltung ist die örtliche Rechnungsprüfung (FD 14) zuständig.

## **5 Public Corporate Governance Kodex**

Die Stadt Lüdenscheid hat noch keinen Public Corporate Governance Kodex erstellt.

Freie Demokratische Partei  
Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid



FDP-Ratsfraktion, Bahnhofstraße 29, 58507 Lüdenscheid

An den Vorsitzenden des Ausschusses für  
Beteiligungen, Finanzentwicklung und  
Verwaltungsmodernisierung  
Herrn Christoph Weiland  
per E-Mail

Fraktionsvorsitzender  
Jens Holzrichter  
Am Ramsberg 21 b  
58509 Lüdenscheid  
Telefon (02351) 79487

26. Februar 2024

Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende  
Anfrage für die Ausschusssitzung am 1. März 2024

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Weiland,  
lieber Christoph,

namens der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid stelle ich folgende Anfrage an die Verwaltung:

Die flächendeckende Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende wird auf verschiedenen Ebenen diskutiert. 14 Bundesländer möchten sich daran beteiligen, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nähert sich dem Thema zaghaft und schließt auch nicht (mehr) aus, bei einer landesweiten Einführung die Kosten nicht auf die Kommunen abzuwälzen. Der Märkische Kreis möchte im Einvernehmen mit allen 15 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern eine gemeinsame Lösung anstreben, wartet aber – so hieß es zuletzt – die Entwicklung auf Bundes- und Landesebene ab.

Die FDP unterstützt die Bemühungen auf allen Ebenen. Neben der Verwaltungsmodernisierung, die mit der Umstellung von Bargeldauszahlungen auf die Nutzung von Bezahlkarten einhergeht, verhindert die neue Vorgehensweise auch die Zweckentfremdung von Leistungen, die für den Lebensunterhalt der Asylsuchenden gedacht sind.

Einen Alleingang der Stadt Lüdenscheid in dieser Sache halten wir dabei für unangebracht. Es bestünde die Gefahr, dass die Stadt die Kosten (insbesondere für EDV-Soft- und Hardware und die Karten selbst) allein tragen muss. Allerdings sollte die Stadtverwaltung die Bemühungen um eine einheitliche Lösung zumindest auf Kreisebene nach Kräften unterstützen.

Daher bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden seitens der Stadt Lüdenscheid Vorbereitungen für die Einführung einer Bezahlkarte getroffen?
2. Wie ist der aktuelle Sachstand in dieser Angelegenheit auf Kreisebene? Wirkt Lüdenscheid aktiv mit?
3. Ist die Verwaltung bereit, künftige regelmäßig in diesem Ausschuss über aktuelle Entwicklungen zu berichten?

Im Voraus herzlichen Dank für Ihre Antworten.

Freundliche Grüße

gez. Jens Holzrichter